



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

41. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag 25. April 2008, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt	Stefan Köster, NPD	13
	Irene Müller, DIE LINKE	14
Änderung der Tagesordnung	Beschluss	15, 52
Fragestunde	Antrag der Fraktion der FDP:	
– Drucksache 5/1436 –	Bericht zu „Munitionsbelasteten Flächen/Wracks in den Küstengewässern von Mecklenburg-Vorpommern“	
Angelika Gramkow, DIE LINKE	– Drucksache 5/1396 –	15
Minister Henry Tesch	Gino Leonhard, FDP	15, 23
Birger Lüssow, NPD	Minister Lorenz Caffier	17, 23
Gabriele Měšťan, DIE LINKE	Heinz Müller, SPD	20
Minister Dr. Otto Ebnet	Birgit Schwebs, DIE LINKE	20
Irene Müller, DIE LINKE	Matthias Lietz, CDU	22
Minister Erwin Sellering	Udo Pastörs, NPD	22
Michael Roolf, FDP	Beschluss	24
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		
Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Krankenhausinvestitionen als Landesaufgabe erhalten	Erweiterung der Tagesordnung	24
– Drucksache 5/1412 –		
Änderungsantrag der Fraktion der FDP	Antrag der Fraktion der NPD:	
– Drucksache 5/1445 –	Landesinnenminister als Landes- vorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.	
Dr. Marianne Linke, DIE LINKE	– Drucksache 5/1404 –	24
Minister Erwin Sellering	Stefan Köster, NPD	24, 29
Günter Rühls, CDU	Peter Ritter, DIE LINKE	27
Ralf Grabow, FDP	Beschluss	30
Martina Tegtmeier, SPD		

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Deutsch-polnische Zusammenarbeit
vertiefen – Entwicklung und Ausbau
zur Wirtschafts- und Kulturregion**

– Drucksache 5/1416 –	30
Birgit Schwebs, DIE LINKE	30
Detlef Müller, SPD	31
Toralf Schnur, FDP	33
Werner Kuhn, CDU	33
Tino Müller, NPD	34
Torsten Koplin, DIE LINKE	34
Michael Andrejewski, NPD	36
B e s c h l u s s	38

Erweiterung der Tagesordnung

gemäß § 74 GO LT	38
Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung)	38
Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung)	38
B e s c h l u s s	38

Antrag der Fraktion der FDP:

**Festlegung des Schutzstatus
im Peenetal zurückstellen**

– Drucksache 5/1395(neu) –	39
Sigrun Reese, FDP	39, 46
Minister Dr. Till Backhaus	40
Matthias Lietz, CDU	42
Birgit Schwebs, DIE LINKE	43
Dr. Gottfried Timm, SPD	44
Michael Andrejewski, NPD	45
B e s c h l u s s	46, 49

Antrag der Fraktion der NPD:

Erbenhaftung im SGB II

– Drucksache 5/1406 –	47
Michael Andrejewski, NPD	47, 48
Jochen Schulte, SPD	48
B e s c h l u s s	49, 53

Nächste Sitzung

Mittwoch, 4. Juni 2008	49
------------------------------	----

Beginn: 9.08 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 41. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet.

Gestatten Sie mir eingangs zwei Bemerkungen:

In der Sitzung am Mittwoch habe ich über den Parlamentarischen Geschäftsführer der NPD-Fraktion den Abgeordneten Herrn Müller auffordern lassen, sich entsprechend der Würde des Hohen Hauses zu kleiden und hier nicht im Freizeitlook zu erscheinen.

(Udo Pastörs, NPD: Freizeitlook?!)

Herr Müller hat am gestrigen Tag dieser Bitte entsprochen. Heute erscheint er hier wieder im Pullover.

(Udo Pastörs, NPD: Joschka Fischer lässt grüßen mit Turnschuhen.)

Ich halte das genau wie die Vertreter der demokratischen Fraktionen für eine nicht angemessene Bekleidung im Parlament

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und betrachte Ihren Aufzug, Herr Müller, hier als Missachtung der anderen Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, Raimund Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ich fordere Sie nachdrücklich noch einmal auf: Kleiden Sie sich bitte in Zukunft so, wie es der Würde des Hauses entspricht und es sich eines Abgeordneten des Landesparlamentes von Mecklenburg-Vorpommern geziemt!

(Udo Pastörs, NPD: Das macht jeder, wie er es für richtig hält.)

Eine zweite Bemerkung: Nachdem es ...

(Raimund Borrmann, NPD: Geben Sie doch mal eine Anzugsordnung raus, Frau Präsidentin! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass Sie die Bemerkungen vom Präsidium hier oben nicht zu kommentieren haben.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Eine zweite Bemerkung: Nachdem es gestern Abend nach der Auszählung der Stimmen Irritationen über die Gültigkeit einer Stimme gab, will ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Geschäftsordnung des Landtages in Paragraph 91 Absatz 2 in Bezug auf namentliche Abstimmungen regelt, dass die Mitglieder des Landtages beim Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären haben, dass sie sich der Stimme enthalten.

(Udo Pastörs, NPD: Jawoll!)

Sofern ein Mitglied ...

Herr Fraktionsvorsitzender Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Udo Pastörs, NPD: Danke schön.)

Sofern ein Mitglied des Landtages hiervon abweicht, ist dessen Stimme ungültig. Ich bitte Sie, dies bei zukünftigen namentlichen Abstimmungen zu beachten.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Interfraktionell ist vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 31 nach Tagesordnungspunkt 27 und den Tagesordnungspunkt 28 nach dem Tagesordnungspunkt 30 aufzurufen.

Wir setzen jetzt unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort. Ich rufe an dieser Stelle den **Zusatztagesordnungspunkt „Fragestunde“** auf.

Fragestunde**– Drucksache 5/1436 –**

In der gestrigen Sitzung wurden die Fragen 1 bis 20 beantwortet. Wir kommen nun zur Beantwortung der Fragen 21 bis 30 der Drucksache 5/1436.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Gramkow, Fraktion DIE LINKE, die **Frage 21** zu stellen.

Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Tesch!

21. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultus und Medien, Bernd Neumann, besuchte Anfang April die kulturellen Leuchttürme Mecklenburg-Vorpommerns.

(Udo Pastörs, NPD: Leuchttürme!)

Der Medienberichterstattung war zu entnehmen, dass ein Anbau für ein Caspar-David-Museum in Greifswald durch das Land an die erste Stelle der vom Bund zu fördernden Projekte gesetzt würde.

Seit Jahren wird durch das Staatliche Museum Schwerin ein Erweiterungsbau als notwendig erachtet und eingefordert.

Welche Priorität räumt die Landesregierung dieser Baumaßnahme ein?

Wenn Sie gestatten, stelle ich die zweite Frage gleich hinterher.

Ist die Landesregierung bereit, den Erweiterungsbau für das Staatliche Museum Schwerin als zu förderndes Projekt beim Bund zu beantragen, die dafür notwendige Planung vorher in Auftrag zu geben und über eine z. B. Drittfinanzierung von Bund, Land und privatem Sponsoring abzusichern?

Minister Henry Tesch: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ein Erweiterungsbau für das Staatliche Museum Schwerin wird seitens der Landesregierung grundsätzlich begrüßt. Mittel für den Erweiterungsbau sind jedoch im Landeshaushalt weder für die Jahre 2008/2009 noch in der Mittelfristigen Finanzplanung eingestellt, da die Sicherung der Bausubstanz und die Verbesserung der Ausstellungsbedingungen an den historischen Gebäuden des Staatlichen Museums – ich erinnere daran: Galeriegebäude Schwerin, Schloss Schwerin, Schloss Güstrow und Schloss Ludwigslust – derzeit Priorität genießen. Drittmittel sind derzeit lediglich formlos in Aussicht gestellt worden. Sobald aber, und das will ich ganz deutlich an dieser Stelle sagen, und das impliziert ja auch Ihre Fragestellung, das erforderliche Gesamtbudget feststeht und die sonstigen Finanzierungsanteile, also auch, wie von Ihnen mit der Frage angeregt, insbesondere die Beteiligung Dritter über Sponsoring gesichert ist, wird

die Landesregierung auch in Gespräche mit dem Bund über dessen Beteiligung eintreten und entsprechende Bundesmittel beantragen.

Angelika Gramkow, DIE LINKE: Eine Nachfrage: Wie stellt sich diese Situation gegenüber dem von den Medien, sage ich noch einmal, angekündigten Anbau für das Caspar-David-Museum in Greifswald dar?

Minister Henry Tesch: In welchem Zusammenhang?

Angelika Gramkow, DIE LINKE: In dem Zusammenhang bezüglich der Mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltes und gegebenenfalls des Budgets in der Bundesförderung.

Minister Henry Tesch: Wir haben uns für diese Priorität, bezogen auf das Caspar-David-Friedrich-Haus, entschieden. Man muss auch ganz deutlich sagen, wo und an welcher Stelle in Deutschland sollte man sich um Caspar David Friedrich kümmern, wenn nicht in Greifswald. Das ist, denke ich, klar und das haben wir auch gegenüber dem Bund deutlich geäußert. Insofern sind für den Erweiterungsbau für das Staatliche Museum in Schwerin Drittmittel lediglich formlos in Aussicht gestellt worden.

Im Übrigen brauche ich Ihnen als Finanzausschussvorsitzende nicht zu sagen, welch langes Prozedere in dieser Fragestellung mittlerweile dort in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden ist. Und wenn wir hier – und das sage ich ganz deutlich – die Schrittfolge, so, wie ich sie angedeutet habe, und die Grundsätze, was diesen Erweiterungsanbau betrifft, zum Beispiel durch eine Drittfiananzierung geklärt haben, dann denken wir, dass wir auch in die Gespräche mit dem Bund über die Beteiligung des Bundes über Bundesmittel eintreten.

Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das heißt, dass die Finanzierung des Anbaus in Greifswald im Gegensatz zur Finanzierung des Anbaus in Schwerin in der Mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung abgesichert ist?

Minister Henry Tesch: Zumindest haben wir es gegenüber dem Bund prioritär erklärt.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Lüssow, Fraktion der NPD, die **Frage 22** zu stellen.

Birger Lüssow, NPD: Herr Bildungsminister!

22. Laut Medienberichten bereiten sich sogenannte Opferverbände auf den Besuch von Schulklassen in Gedenkstätten vor, da solche Besuche künftig verstärkt von der Landesregierung gefördert werden sollen (SVZ vom 27. März 2008).

Aus welchen politischen und pädagogischen Gründen werden diese Fahrten gefördert?

Minister Henry Tesch: Herr Abgeordneter, der Beschluss des Landtages zum Doppelhaushalt 2008/2009 vom 13. Dezember 2007 war ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Beschlusses des Landtages vom 11. Juli 2007 zur Förderung von Klassenfahrten zu Gedenkstätten durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Beschlussempfehlung und Bericht, Landtagsdrucksache 5/646) wurde die Förderung damit begründet, dass Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten sowie zu Gedenkstätten und Orten für Opfer der jüngeren deutschen Geschichte in besonderer Weise einen aktiven und

nachhaltigen Beitrag zur Erziehung der jungen Generation zu Demokratie und Toleranz leisten können. Diese Arbeit werde umso wichtiger, als demokratiefeindliche Tendenzen zunehmen und Zeitzeugen schwinden würden.

Birger Lüssow, NPD: Zusatzfrage: In welcher Weise wird der Verbrechen der Roten Armee bei der Besetzung Mecklenburgs und Pommerns gedacht und welche Gedenkstätten werden hier aufgesucht?

Minister Henry Tesch: Ich erinnere noch mal daran, Herr Abgeordneter, dass sich Ihre Frage sozusagen auf eine Landtagsdrucksache bezieht,

(Andreas Bluhm, Die LINKE: Da war er nicht dabei. Da hat er geschlafen.)

in der alle diese Fragen schon beantwortet sind.

(Andreas Bluhm, Die LINKE: Dem hat die NPD sogar zugestimmt.)

Und ich kann noch einmal wiederholen, dass es eine Gedenkstättenförderung ist, die in besonderer Weise einen aktiven nachhaltigen Beitrag zur Erziehung der jungen Generation zu Demokratie und Toleranz leisten wird und auch Orte jüngerer deutscher Geschichte da einbezogen sind.

(Andreas Bluhm, Die LINKE: Dem hat die NPD sogar zugestimmt.)

Die Zustimmung im Ausschuss war einstimmig.

Birger Lüssow, NPD: Ich habe hier speziell nach den Gedenkstätten gefragt. Und Sie als Bildungsminister müssten daher ein paar benennen können.

Minister Henry Tesch: Also noch einmal. Es liegt mittlerweile dazu eine Broschüre vor, die ich Ihnen auch gerne zuschicken kann.

Birger Lüssow, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe jetzt den Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung auf. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Měšťan, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 23 und 24** zu stellen.

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Herr Minister!

Der Bau der Ortsumgehung Hagenow im Zuge der B 321 ist im Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf eingeordnet. Die Planungen, die seit Mitte der 90er Jahre bestehen, fanden ihren Niederschlag im Regionalen Raumordnungsprogramm Westmecklenburg.

Es geht dabei um den Bau einer ortsnahen Trasse, die möglichst geringe fachliche und naturschutzrechtliche Konflikte verursacht.

Ich frage die Landesregierung:

23. Welche Gründe führten zur Aussetzung des Raumordnungsverfahrens für die Ortsumgehung Hagenow im Zuge der B 321, obwohl bereits im März 2006 die Eröffnung des Raumordnungsverfahrens mit einer Dauer von 6 Monaten angekündigt war, nachdem sich die Stadtvertretung Hagenow für die Prüfung mehrerer Varianten ausgesprochen hatte?

Und ich würde die zweite Frage auch gleich mit benennen:

24. Zu welchem Ergebnis kam der mit der Umweltverträglichkeitsprüfung beauftragte Gutachter der Straßenbaubehörde und welche Schlussfolgerungen müssen daraus gezogen werden?

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Abgeordnete, erlauben Sie, dass ich bei dieser Gelegenheit einmal vorstelle, welche Schwierigkeiten manchmal mit dem Straßenbau verbunden sind. Für die Ortsumgehung Hagenow, die im Bundesverkehrswegeplan steht, wurden sechs Varianten untersucht. Es hat sich dann aus unserer Sicht herausgestellt, dass es eine Vorzugsvariante gibt, nämlich die sogenannte Variante 5a. Diese wurde weiterverfolgt und im Rahmen der Linienplanung wurde durch das zuständige Straßenbauamt Schwerin eine Umweltverträglichkeitsstudie zur Bestimmung des Konfliktpotenzials des Raumes angefertigt. Das ist ganz normal, das ist immer so und das war so. In dieser ist die artenschutzrechtliche Untersuchung der Fledermausfauna anhand einer sogenannten Potenzialabschätzung durchgeführt worden. Hierbei wird über das Vorhandensein von bestimmten Lebensraumtypen auf das Vorkommen bestimmter Arten geschlossen. Ein exakter Nachweis der Individuen wird in diesem Verfahren nicht durchgeführt.

Wir wurden dankenswerterweise vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern darauf hingewiesen, dass sich die europäische Artenschutzgesetzgebung geändert und für den Straßenbau erschwert hat, sodass wir in jeder Planungsphase die Betroffenheit artenschutzrechtlicher Verbotsnormen überprüfen sollten. In jeder Planungsphase! Da gibt es einige. Unter Berücksichtigung dieser aktuellen Gesetzgebung im Bereich des europäischen Artenschutzes kann aus den bisher vorliegenden Ergebnissen keine belastbare Bewertung der artenschutzfachlichen Situation, insbesondere der in diesem Bereich existierenden Fledermausvorkommen, vorgenommen werden. Den neueren Kriterien genügt das, was bisher untersucht wurde, nicht mehr.

Zur Gewährleistung der Verfahrenssicherheit wurde daher entschieden, das Raumordnungsverfahren bis zum Vorliegen fundierter Ergebnisse auszusetzen. Gegenwärtig werden weitere Untersuchungen zur Feststellung des Vorkommens von Fledermäusen durchgeführt. Mittels Vor-Ort-Kartierungen der Fledermauspopulation im Untersuchungsraum werden die Vorkommen bis zum Ende der Schwärmzeit im September 2008 erfasst. Danach sind diese Zählungen auszuwerten, sodass im Oktober 2008 die Ergebnisse vorliegen werden. Das ausgesetzte Raumordnungsverfahren soll anschließend wieder aufgenommen und abgeschlossen werden.

Der Gutachter hat auf der Grundlage der Potenzialabschätzung, die der Umweltverträglichkeitsstudie zugrunde liegt, eine artenschutzrechtliche Beurteilung der Varianten vorgenommen. Um dem neuen europäischen Artenschutz umfassend entsprechen zu können, sind weitere Untersuchungen von Fledermausvorkommen notwendig. Insbesondere zur Ermittlung der Tatbestandsvoraussetzungen für eine Befreiung von den Verboten des Paragraphen 42 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz bei den einzelnen Varianten müssen exakte Kartierungen der Fledermauspopulation erhoben werden. Erst die Ergebnisse der derzeit durchgeführten Kartierungen im Untersuchungsraum können Aufschluss

darüber geben, ob es aus artenschutzrechtlicher Sicht unkritische Linienvarianten gibt, die dann im Rahmen des strikt zu beachtenden Vermeidungsgebotes weiter zu beplanen sind.

Beeinträchtigen alle Linienvarianten die Population und der europarechtlich zu schützenden Arten, dann sind für diese die Befreiungstatbestände zu prüfen. Dabei ist nachzuweisen, dass es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt und dass die beeinträchtigte Lokalpopulation trotz Befreiung in einem günstigen Erhaltungszustand verbleibt.

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ich hätte zwei Nachfragen, Herr Minister. Ich bedanke mich für die Ausführungen, die Sie jetzt zum Erhalt der Arten aufgrund der neuen EU-Richtlinien gemacht haben. Ich möchte gern trotzdem noch einmal wissen, welcher finanzielle Aufwand steht hinter dem Auftrag, ein weiteres Gutachten vorzunehmen, obwohl ich davon ausgehe, dass das, was das LUNG untersucht hat, bereits deutlich machte, dass es schwierig ist, eine Straßenführung durch das Naturschutzgebiet zu führen?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Měšťan!

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Entschuldigung. Ich habe jetzt einen Satz zu viel gesagt. Welcher finanzielle Aufwand steht dahinter?

Minister Dr. Otto Ebnet: Ich muss diese Frage, wenn Sie erlauben, schriftlich beantworten. Ich werde Ihnen die Antwort nachreichen, denn ich habe die entsprechenden Zahlen und Unterlagen für dieses Gutachten jetzt nicht bei mir.

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn ich das schriftlich bekomme. Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit. Hierzu hat der Abgeordnete Jörg Vierkant, Fraktion der CDU, die **Fragen 25 und 26** gestellt. Da er an der Landtagssitzung heute nicht teilnehmen kann, ist vereinbart worden, dass seine Fragen schriftlich beantwortet werden.

Ich bitte nun, die Abgeordnete Frau Irene Müller, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 27 und 28** zu stellen.

Irene Müller, DIE LINKE: Werter Herr Sellering! Werter Herr Minister!

Meine Fragen beziehen sich auf meine Kleine Anfrage, die ich gestellt habe, auf Drucksache 5/1359 vom 10.03.2008, die sich mit der Situation der Schuldnerberatungsstellen hier in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern befasste.

Auf meine Frage 6, ob die Landesregierung bestätigen kann, dass ihr die Probleme der Beratungsstellen bekannt sind bei der Finanzierung des geforderten 10-prozentigen Eigenanteils mindestens seit dem Jahr 2004 und diese Probleme auch in der Anhörung vom Finanzausschuss am 7. November 2007 glaubhaft vorgetragen wurden, hat mir die Landesregierung folgendermaßen geantwortet:

„Der Landesregierung sind Probleme eines Trägers bekannt, den laut Richtlinie geforderten 10%igen Eigenanteil aufzubringen.“

Damit wurde meine Anfrage nicht beantwortet und ich frage hier erneut:

27. Kann die Landesregierung bestätigen, dass ihr die Probleme der Beratungsstellen bei der Finanzierung des geforderten 10-prozentigen Eigenanteils mindestens seit dem Jahr 2004 bekannt sind?

Minister Erwin Sellering: Ich will gern auf die Fragen eingehen. Sie haben gesagt, dass die Antwort, die wir auf die Kleine Anfrage gegeben haben, nicht ausreichend und nicht richtig sei. Die Antwort ist so richtig, aber sie ist natürlich relativ knapp. Zu der Frage, die Sie jetzt stellen: „Kann die Landesregierung bestätigen, dass ihr die Probleme der Beratungsstellen bei der Finanzierung bekannt sind“, könnte ich knapp mit Nein antworten. Aber ich glaube, ich muss ein bisschen weiter ausholen und Ihnen die Situation einfach erklären.

Es geht um Folgendes: Uns ist ein einzelner Fall eines Trägers bekannt gewesen – ich glaube, seit 2002 gab es immer mal Probleme –, dass dieser in manchen Bereichen nicht den Eigenanteil aufbringen konnte und er in der Tat Beratungsstellen nicht weiterbetrieben hat. Das war ein Träger; wobei man sich natürlich auch fragen muss, die jetzige Analyse, die wir zu den Schuldnerberatungsstellen machen, zeigt, dass wir hinreichend versorgt sind im Land; sodass natürlich nicht nur der Eigenanteil dahinterstehen kann, sondern auch eine gewisse Überlegung, ob wir diese Beratungsstellen, die dichtgemacht worden sind, wirklich gebraucht haben. Wir haben konkret von einem Träger gehört, dass er Schwierigkeiten mit den zehn Prozent hatte.

Ihre Frage zielt ja darauf ab, ob es generelle Schwierigkeiten gibt beziehungsweise seit wann wir generelle Schwierigkeiten kennen. Dazu muss ich Ihnen sagen, uns als Ministerium sind generelle Schwierigkeiten der Träger, dass man sagt, dieses ganze System funktioniert nicht, die Träger können die zehn Prozent nicht aufbringen, nicht bekannt. Die gibt es nicht. An uns ist auch nichts herangetragen worden.

Eine Quelle gibt es noch, das bezieht sich gleich auf Ihre zweite Frage, dass die Landesarbeitsgemeinschaft einen jährlichen Bericht macht. Und in diesen jährlichen Berichten hat es zwei Hinweise gegeben, die ein wenig in die Richtung gehen könnten. Das ist einmal der Jahresbericht 2004. Da wird gesagt, wie wichtig Schuldnerberatung ist, und es wird gesagt, es bedarf einer verlässlichen und transparenten Finanzierung der Schuldnerberatung durch Länder und Kommunen. Man darf die Schuldnerberatung nicht einschränken, sondern man muss sie weiterhin ausbauen und weiterentwickeln. Das ist das Einzige, was in diese Richtung zielen könnte. Dass man da mehr machen muss, von den zehn Prozent ist nicht die Rede. Von den zehn Prozent ist erstmalig die Rede in einem Bericht 2006. Und da heißt es dann:

„Angesichts der Dimension der Überschuldungsproblematik ist die Forderung nach einem personellen Ausbau des Beratungsnetzes und einer verlässlicheren Finanzierungsgrundlage für die Träger nur konsequent und nahe liegend. Und dies umso mehr, da diese Forderung von Wissenschaft und Gläubigerseite gleichermaßen vertreten wird.“ Und dann kommt ein Satz, der sich auf Sie bezieht: „Ein erster Schritt in die richtige Richtung könnte die Abschaffung des Eigenanteils für die Träger der Beratungsstellen sein, um auf diese Weise den Fortbestand

des bestehenden Beratungsnetzes in M-V für die Zukunft zu sichern.“ In einem zweiten Schritt müsste man an personelle Verstärkung denken.

Man muss natürlich sehen – Sie wissen ja, Ihre Frage hier im Landtag und auch Ihre Kleine Anfrage zielte darauf ab –, dass wir demnächst den Bericht über die Schuldnerberatungsstellen vorliegen haben werden. Ich muss Ihnen sagen, dass dieser Bericht sich deshalb verzögert, weil wir intern in Würdigung der Zahlen in Diskussionen eingetreten sind, und das ist keine leichte Problematik. Ich kann vielleicht heute hier nur sagen, unterm Strich kann ich die Wertung der Landesarbeitsgemeinschaft nicht teilen, dass wir zu wenig Personal haben und man aufstocken müsste.

Ich will Ihnen vielleicht einmal drei Daten sagen: Die Entwicklung der Eingangszahlen, wie viele neue Fälle haben wir, hielt sich seit vier, fünf Jahren auf einem Niveau von 5.000 und geht etwas zurück. Die Zahl der Erledigungen – die auch eine Rolle spielen, wenn man guckt, ob wir mit den Fällen fertig werden – steigt kontinuierlich an und liegt um 1.000 im letzten Jahr über den Eingängen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf den Bestand. Wir haben etwa 18.000 im Bestand. Dieser Bestand ist ab 1999 kontinuierlich angestiegen, was völlig logisch ist, weil die Verfahren etwa 5 bis 6 Jahre dauern. Wir haben ja immer gesagt, die schwierigen Verfahren müssen so lange betreut werden, bis völlig klar ist, dass man nach 5, 6 Jahren den normalen Stand erreicht. Ab da, kann man sagen, haben wir Normalität und wenn wir diesen Bestand beschauen, dann hat er sich seit 2004 konstant gehalten. Und im letzten Jahr gab es erstmalig einen signifikanten Abbau um etwa 1.000. Der Bestand wird weniger und wenn ich das betrachte – ich gebe zu, auch mit der Erfahrung eines Justizministers, der versucht, seine Leute über Zahlen an die Arbeit zu bekommen –, dann, muss ich sagen, ist die Ausstattung auf den ersten Blick ausreichend. Wir werden das noch genau würdigen, aber die Zahlen sprechen nicht die Sprache, dass man sagt, hier muss dringend verstärkt werden.

Was den Bericht der Landesarbeitsgemeinschaft angeht, muss ich deutlich sagen, das ist ein ganz wichtiger Partner. Alle Schuldnerberatungsstellen sind sehr wichtige Partner für uns in diesem wichtigen Politikfeld und alles, was diese uns mitteilen darüber, sind wichtige Informationen. Soweit es darum geht, dass die Landesarbeitsgemeinschaft sagt, wir brauchen mehr Geld, muss man natürlich auch im politischen Raum immer im Hinterkopf haben, hier artikulieren sich die Zuwendungsempfänger. Diesen Teil haben natürlich die Schuldnerberatungsstellen auch und deshalb neige ich dazu, sehr vorsichtig hinzuschauen. Und wenn Sie dann sehen, dass die Zuwendungsempfänger selbst den zehnprozentigen Eigenanteil bisher nur ein einziges Mal generell angesprochen haben in 2006, dann schließe ich daraus, dass unser Bild, was sich sonst bisher dargestellt hat, dass dieser Eigenanteil bisher bei nur einer Stelle das Problem war, ob man weitermachen kann oder nicht, dass das jedenfalls kein Problem ist, das in der Vergangenheit dringend auf dem Tisch gelegen hat.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das will ich Ihnen sagen, das Besserstellungsgebot gilt aber.)

Ja, ich will aber ganz deutlich sagen, Frau Gramkow, dass meine Tendenz jetzt bei der Erstellung des Berichtes auch deutlich sagt, ich sehe zunächst mal in aller Vorsicht nicht, dass wir so belastet sind, dass man personell

draufsatteln muss, aber ich sehe Probleme, bei den Trägern zu fragen, was mit den zehn Prozent ist. Da möchte ich schon mal sagen, dass wir als Haus auf diese zehn Prozent schauen werden, und ich werde natürlich auch den Dialog mit den Abgeordneten suchen, um zu sagen, dass man da vielleicht etwas anderes machen muss.

Das war jetzt eine lange Antwort, aber es ist auch ein wichtiges Politikfeld. Bisher haben wir nur von einem Träger sozusagen die Brandmeldung bekommen. Wir haben seit 2006 die Landesarbeitsgemeinschaft, das ist angesprochen worden. Schaut euch das an und wir werden das tun. Vielleicht bis dahin, Frau Müller.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Eine Nachfrage bitte: In der Antwort, die Sie mir gegeben hatten, sind unter 1 a und 1 b zwei verschiedene Zahlen, die ich bitte noch aufgeklärt haben möchte. Wie viele Beratungsstellen sind denn nun von der Personalkürzung betroffen, 9 oder 11?

Minister Erwin Selling: Oh, jetzt bin ich überfragt. Wenn Sie 1 a und 1 b sagen, beziehen Sie sich auf Ihre Kleine Anfrage?

Irene Müller, DIE LINKE: Ja, da bitte ich um Aufklärung.

Minister Erwin Selling: Das muss ich schriftlich beantworten. Ich hatte mich auf diesen Teil konzentriert in der Vorbereitung und bin jetzt auskunftsbereit für die gesamte Frage.

Ich kann Ihnen nur sagen, was im Moment in der Diskussion ist,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und das ist die Frage: Können wir alle Anmeldungen bezahlen? Und da ist es so, dass ich sagen kann, ja, das ist bis Ende des Jahres gesichert. Wir kommen bei einem Schlüssel von 1:25.000 auf 67 Beratungsstellen im Land und diese sind ausfinanziert. In der Vergangenheit hat es über den Schlüssel von 1:25.000 hinaus 2 Komma und ein bisschen mehr Personal gegeben. Diese Anmeldung haben wir wieder und die können wir jetzt bis Ende des Jahres bezahlen. Aber im Moment ist die Tendenz, zu sagen, so, wie wir jetzt ausgestattet sind, wird man ab nächstes Jahr insgesamt mit dem Schlüssel 1:25.000 auskommen können, und dann wird man in der Tat 2 Komma Personalstellen sagen müssen, die wir nicht mehr finanzieren können.

(Harry Glawe, CDU: 2,8!)

2,8 sagte Herr Glawe gerade eben. Wir haben darüber gesprochen.

Irene Müller, DIE LINKE: Sie reichen das aber bitte nach, ob das nun 9 oder 11 sind?

Minister Erwin Selling: Ja, natürlich.

Irene Müller, DIE LINKE: Die zweite Nachfrage bitte: Ab wann wussten die Träger Bescheid, dass sie nach einem neuen Schlüssel, nach einer neuen Richtlinie berechnen müssen?

(Harry Glawe, CDU: Sie ist nicht neu.)

Minister Erwin Selling: Wir berechnen ja nicht nach einem neuen Schlüssel.

Ich bin jetzt ein bisschen überrascht über Ihre Nachfragen, weil ich der Meinung war, dass sich diese eigentlich auf die Frage beziehen sollten,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und wir gehen jetzt ganz in die Breite. Aber okay, alles klar, das können wir gern beantworten.

Die Träger haben die Anträge gestellt für dieses Jahr und dann sind sie ganz normal darüber unterrichtet worden, dass das nach der Richtlinie so nicht geht. Ich glaube, das haben wir Ihnen auch im Einzelnen mitgeteilt in der Kleinen Anfrage.

Irene Müller, DIE LINKE: Meine zweite Frage:

28. Sie hatten schon geantwortet, dass die Landesregierung Berichte jährlich erhält, in denen für sie auch ersichtlich ist, so habe ich es jedenfalls jetzt verstanden, dass sich die Situation verschärft dahin gehend, dass mehr Verschuldung ist, und dahin gehend, dass eine größere Belastung da ist.

Meine Frage als Nachfrage nur noch: Warum ergreift die Landesregierung Maßnahmen, die die Situation in den Schuldnerberatungen noch verschärfen?

Minister Erwin Selling: Erlauben Sie, dass ich zunächst Ihre zweite schriftlich gestellte Frage beantworte.

Irene Müller, DIE LINKE: Das hatten Sie schon.

Minister Erwin Selling: Bei der Zwischenfrage, die Sie gerade gestellt haben, gehen Sie davon aus, dass sich aus diesen Berichten ergibt, dass sich die Situation verschärft hat. Das ist nicht so. Nach meiner bisherigen Wahrnehmung, aber bitte vorläufig, hat sich die Situation nicht verschärft. Wir werden das in dem Bericht, den wir dem Landtag in den Ausschüssen vorlegen werden, im Einzelnen darlegen. Ich will dem nicht vorgreifen, aber nach meiner jetzigen Wertung kann man nicht sagen, dass sich die Beratungssituation verschärft hat. Wie gesagt, die Zahlen gehen runter, es gibt etwas weniger Eingänge, es gibt mehr Erledigungen. Das ist eigentlich normalerweise ein klares Signal für eine Entwarnung, was die Bearbeitung betrifft.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Minister Erwin Selling: Bitte.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte nun den Abgeordneten Herrn Michael Roolf, Fraktion der FDP, die **Fragen 29 und 30** zu stellen.

Michael Roolf, FDP: Herr Minister!

Aus Drucksache 5/1152 geht hervor, dass das Krankenhaus HANSE-Klinikum Wismar GmbH im Jahr 2006 einen Antrag auf Einzelförderung gestellt hat. Zielsetzung des Förderantrages, mit einem Investitionsvolumen von ca. 46,59 Mio. Euro, ist es, umfangreiche und dringend erforderliche Um- und Neubaumaßnahmen im Interesse der Sicherstellung einer modernen medizinischen Versorgung einzuleiten. Die Förderwürdigkeit dieses Einzelfördermittelantrages ist nach entsprechender Aussage des Ministeriums für Soziales und Gesundheit (Drucksache 5/1152) noch nicht abschließend geprüft worden.

Ich frage:

29. Was im Detail hat die Landesregierung bislang unternommen, um die vom HANSE-Klinikum Wismar beantragten Fördermittel oder Teile davon möglichst zeitnah in den Landeshaushalt einstellen zu können?

Minister Erwin Sellering: Also eine abschließende Prüfung solcher Investitionsformen, die an uns herangetragen werden, erfolgt dann, wenn es um eine konkrete Baugestaltung geht. In die konkrete Baugestaltung gehen wir erst, wenn wir Vorhaben in die Investitionsplanung aufgenommen haben, und in die Investitionsplanung können wir solche Vorhaben nur aufnehmen, wenn sie finanziert sind, wenn wir Geld dafür haben. Und das ist vielleicht der Punkt, über den wir insgesamt reden müssen.

Im Vorfeld dieser Anfrage gab es ja auch Presseberichte, die sagen, das Sozialministerium tut nicht genug, wir fördern die Krankenhäuser im Lande nicht genug. Deshalb will ich einmal etwas weiter ausholen und sagen, wie der Stand ist.

Wir sind ...

Michael Rooff, FDP: Entschuldigung, Herr Minister, ich habe noch mehrere Zusatzfragen.

Minister Erwin Sellering: Ja, ja, aber Sie werden mir jetzt sicherlich ...

Michael Rooff, FDP: Die Antwort reicht mir erst einmal im Ergebnis aus. Eine generelle Darlegung ...

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin, würden Sie dem Abgeordneten bitte sagen, dass er sich meine Antwort anhören muss.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD –
Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

Also ich rede weiter, Herr Rooff. Sie haben mir eine Frage gestellt und ich möchte diese beantworten. Und wenn Ihnen die Antwort nicht gefällt, müssen Sie sich diese trotzdem anhören.

Es geht um Folgendes: Mecklenburg-Vorpommern ist bei der Krankenhausfinanzierung in Deutschland absolut an der Spitze. Wir haben in den letzten Jahren 1,9 Milliarden Euro investiert und in den verschiedenen Kliniken, auch in denen, über die wir hier reden, ist Geld investiert worden. Die Frage ist, wie viel Geld dann weiter zur Verfügung steht. Natürlich ist man bei vielen privaten Kliniken hier im Land der Meinung, dass sie noch mehr Geld brauchen, um Kliniken zu modernisieren. Es ist allerdings so, dass wir in unserem solidarisch finanzierten Gesundheitswesen auch durchaus zulassen, dass Menschen sich privat engagieren, um in diesem solidarisch geführten Gesundheitswesen Gewinne zu machen.

Allerdings ist das nicht unsere Hauptaufgabe, sondern es ist die, dafür zu sorgen, dass die Krankenversorgung im Land, gemessen an dem, was wir an Finanzen zur Verfügung haben, in bester Weise organisiert wird. Das tun wir. So haben wir zum Beispiel in diesem Haushalt – vorher waren die Investitionen auf null, bei der Vorgängerregierung, die das Haus geführt hat, waren zunächst null Investitionen vorgesehen –, wir haben jetzt zusätzlich 50 Millionen Euro vorgesehen und wir werden diese Gelder natürlich nach Priorität einsetzen, in diesem Falle in erster Linie bei der Kinderklinik in Neubrandenburg. Es ist ja so, dass der finanzielle Rahmen, der dem Sozialministerium zur Verfügung steht, das Ergebnis der allgemeinen

Beratung hier im Landtag ist, wo wir gesagt haben, dafür brauchen wir dieses Geld.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mir liegt sehr daran, dass Sie das, was wir tun hier im Land, einordnen in die Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Wir werden gleich noch einen Antrag der LINKEN haben, wo es darum geht, zu sagen, wir wollen die Monistik nicht. Da bin ich vollständig Ihrer Meinung. Es gibt inzwischen, weil in Westdeutschland ein ungeheurer Investitionsstau besteht, Bestrebungen der Bundesregierung, zu sagen, wir wollen die Krankenhauserneuerung demnächst aus dem Gesundheitsfonds machen. Das würde bedeuten, wenn Sie sich anschauen, wie der Standard in den einzelnen Ländern ist, dass das Geld nach Westdeutschland in andere Länder fließen würde, weil wir vergleichsweise einen absolut hohen Standard haben.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Und das bitte ich, als Hintergrund bei Ihrer Frage und bei meiner Antwort unbedingt zu berücksichtigen. Wir sind, was Investitionen im Krankenhauswesen angeht, absolute Spitze, aber wir können nicht alles finanzieren, was Private von uns möchten, und deshalb ist es so, dass hier dieser Antrag noch nicht entscheidungsreif ist, dafür ist kein Geld da.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Es ist allerdings so, dass wir mit dem HANSE-Klinikum noch Gelder haben, um eine bereits genehmigte Baumaßnahme durchzuführen. Da gibt es allerdings Schwierigkeiten, weil das Klinikum bei der Bauausführung von dem bewilligten Teil abgewichen ist, sodass das nicht mehr genehmigt werden kann. Man könnte deshalb sagen, dann kann man nichts mehr machen, wir packen unser Geld ein, aber wir sind in sehr guten Gesprächen mit dem Klinikum, um zu sagen, wenn ihr euren Bau entsprechend umgestaltet, dann werden wir euch das Geld geben und man kann den Bau zu Ende führen. Diese Gespräche sind auf einem sehr guten Stand.

Michael Rooff, FDP: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Meine Nachfrage: Ist Ihnen bekannt, dass das HANSE-Klinikum Wismar angeboten hat, eine zinslose Vorfinanzierung der dringend notwendigen Baumaßnahme durchzuführen?

Minister Erwin Sellering: Also es gibt von denen, die Privatkliniken betreiben und die eine Bewilligung von uns haben wollen, immer wieder Versuche, zu sagen,

(Gino Leonhard, FDP: Das ist unglaublich!)

auch wenn das noch nicht genehmigungsreif ist, was ihr da macht, dann wollen wir mit dem einen oder anderen Kunstgriff festlegen, dass ihr uns finanziert. Eine Möglichkeit ist zum Beispiel, zu sagen, genehmigt uns einen vorzeitigen Baubeginn. Wenn man normalerweise vorzeitig beginnt in einem Förderfall, dann heißt das, man hat selbst Geld genug, also gibt es keine Förderung. Deshalb gibt es das Instrument der Bewilligung des vorzeitigen Baubeginns. Aber diese Bewilligung heißt natürlich, am Ende werde ich das fördern. Aber wir wissen noch nicht, nach dem, was ich gesagt habe, was an Geld im Haushalt ist, bei dem wir fragen,

(Gino Leonhard, FDP: Es ist nicht zu glauben!)

wo sind die klugen Investitionen, um die Gesundheitsversorgung des Landes sicherzustellen. Da werden wir im Einzelnen schauen müssen und das können wir uns natürlich nicht dadurch vorgeben lassen, dass der eine oder andere Private in der Lage ist, Geld vorzuschießen und dann zu sagen, das tue ich jetzt und damit verpflichte ich dich. Deshalb ist weder ein vorzeitiger Baubeginn noch die Sache, ich finanziere das irgendwie zinslos vor, ein Weg für uns, um zu sagen, jetzt ist das genehmigungsfähig.

Michael Rooff, FDP: Das war aber nicht meine Frage. Meine Frage war, ob Sie Kenntnis darüber haben.

(Ralf Grabow, FDP: Richtig.)

Die kann man einfach mit Ja oder Nein beantworten.

Minister Erwin Sellering: Also Sie stellen Fragen ...

(Gino Leonhard, FDP: Schöne Antwort.)

Michael Rooff, FDP: Ich habe gefragt, ob Sie wissen, dass es angeboten worden ist.

Minister Erwin Sellering: Ich habe den Vorgang hier immer so verstanden, dass Sie mir eine Frage stellen und ich diese beantworte.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und Sie haben weder meine Antwort zu kommentieren noch etwas zu tun. Ihr Kommentar interessiert mich auch nicht weiter. Also Sie haben mir eine Frage gestellt und ich habe sie beantwortet. Wenn Sie noch eine Nachfrage haben, müssen Sie die Präsidentin fragen, ob sie die zulässt.

Michael Rooff, FDP: Ja, vielen Dank. Ich ziehe meine zweite Frage zurück, denn das hat keinen Sinn. – Vielen Dank.

(Gino Leonhard, FDP:
Unglaublich, Herr Minister!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Also ich muss an der Stelle noch einmal auf die Geschäftsordnung verweisen. Jeder Abgeordnete, der hier Fragen einreicht für die Fragestunde, hat die Möglichkeit, bis zu zwei Nachfragen zu stellen.

(Michael Rooff, FDP: Er hat aber
auch Anspruch auf klare Antwort. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Krankenhausinvestitionen als Landesaufgabe erhalten, auf Drucksache 5/1412. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1445 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Für ein solidarisches Gesundheitswesen –
Krankenhausinvestitionen als
Landesaufgabe erhalten
– Drucksache 5/1412 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/1445 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Krankenhäuser des Landes sind bedeutende Zentren der medizinischen Versorgung und stehen deshalb immer wieder hier in unserem Blickpunkt, wie eben auch die Fragestunde zeigte.

Den Krankenhäusern obliegt gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten, den zahlreichen medizinisch-therapeutischen sowie medizinisch-diagnostischen Einrichtungen des Landes die schwierige Aufgabe, in einem dünn besiedelten Flächenland mit einer rückläufigen und älter werdenden Bevölkerung die flächendeckende, wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung Tag und Nacht sicherzustellen. Das Land, die Kommunen, die Krankenhausträger, natürlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Krankenkassen haben in der Vergangenheit gemeinsam Großartiges geleistet, damit Krankenhäuser zum Wohle der kleinen und großen Einwohner unseres Landes ihre Aufgaben erfüllen können. Die Krankenhäuser verfügen durchweg über sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen ich für ihre verantwortungsvolle Arbeit von dieser Stelle aus von Herzen danken möchte.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Unsere Krankenhäuser verfügen über eine sehr gute Ausstattung. Allein 1,9 Milliarden Euro, wir haben es gerade gehört, sind seit 1991 hierfür durch Bund, Land und Kommunen eingesetzt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, bei allen Effizienzparametern wie Landesbasisfallwert, Verweildauer, Bettenkapazität, Bettenauslastung erreicht das Land Mecklenburg-Vorpommern im internationalen Vergleich wie auch im Bundesvergleich optimale Werte. Das ist sowohl das Ergebnis einer vorausschauenden Krankenhausplanung wie auch Ausdruck einer ausgezeichneten Ausstattung und einer hervorragenden Arbeitsorganisation in den Häusern. Meine Fraktion will im Interesse der Versorgung der Bevölkerung des Landes diesen Spitzenplatz halten und will, dass die Krankenhäuser diesen weiter ausbauen können.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Wir wissen, dass andere, insbesondere viele alte Bundesländer hier neidvoll auf uns schauen und das Problem der Modernisierung ihrer Krankenhäuser, die Optimierung der Kapazitäten weniger gut bewältigt haben, deshalb heute vor einem großen Berg notwendiger Investitionen stehen, den sie nun möglichst ohne große Belastung der eigenen Haushalte abtragen wollen.

(allgemeine Unruhe)

Frau Präsidentin, ich würde doch bitten, dass die Abgeordneten das Reden einstellen. Es ist unheimlich schwierig, zum Beispiel gegen Herrn Glawe anzureden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Seit etwas mehr als einem Jahr wird wegen dieser Situation zwischen den zuständigen Bundes- und Landesgesundheitsministerien nun ein emsiger Disput geführt, ob die im Krankenhauswesen übliche duale Finanzierung erhalten bleiben soll. Dual heißt, wir erinnern uns: Die zur Versorgung der Bevölkerung anerkannten Bedarfe an stationären medizinischen Leistungen sind von den Län-

dern investiv zu fördern und von den Kassen als Pflegeleistungen zu finanzieren. Finanzminister, die – anders als unsere Finanzministerin in Mecklenburg-Vorpommern – nicht bereit waren, diesen Verpflichtungen nachzukommen, suchen deshalb im Ausstieg aus der dualen Finanzierung einen Ausweg, der für die Bürgerinnen und Bürger ein Irrweg sein könnte. Wir hatten dieses Thema bereits vor einem Jahr erörtert und alle Fraktionen hatten sich wie immer bei unseren Anträgen die Verwundungsmütze aufgesetzt. Sprich, im Brustton der Überzeugung haben die Koalitionsvertreter erklärt, die duale Finanzierung bleibt. Punkt.

Wie stellt sich nun die Situation heute dar? Auf der Gesundheitsministerkonferenz am 8. März 2007 einigten sich die Gesundheitsminister der Länder auf das Prüfen von Alternativen zum dualen Modell. In der Diskussion ist seither, die Krankenhausfinanzierung komplett an die gesetzlichen Krankenkassen zu übertragen, die Krankenhäuser also monistisch zu finanzieren. Hierfür veranschlagten die Gesundheitsminister auf ihrer Konferenz am 8. März 2007 eine Übergangszeit von 10 bis 15 Jahren. Heute, ein Jahr später, deutet sich an, dass die Umstellung auf die monistische Finanzierung möglicherweise viel schneller erfolgen soll. In ihrer Rede anlässlich des Frühjahrsempfangs der Deutschen Krankenhausgesellschaft am 11. März 2008 sprach sich die Bundesgesundheitsministerin Frau Ulla Schmidt gezielt für einen Wechsel zur monistischen Finanzierung der Krankenhäuser aus.

Wie dieser Wechsel erfolgen soll und welche neuen Strukturen geplant sind, erklärt die am 12. März veröffentlichte Studie von Professor Bert Rürup unter Mitwirkung von Mitarbeitern des IGES zum Thema „Umstellung auf eine monistische Finanzierung von Krankenhäusern“, die vom Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegeben wurde. Die Studie beziffert den bundesweiten Bedarf für Krankenhausinvestitionen auf 5 Milliarden Euro. Diese Summe soll durch die bisherigen Krankenhausinvestitionen der Länder und durch zusätzlich 22 Euro pro Einwohner finanziert werden. Allein diese Zusatzforderungen würden Mecklenburg-Vorpommern mit weiteren 37,4 Millionen Euro belasten, zusätzlich zu den bisher geplanten und in den Haushalt eingestellten Krankenhausinvestitionen.

Nach den Vorstellungen von Professor Rürup und Mitarbeitern sollen die Mittel für die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen nicht mehr über die Landeshaushalte bereitgestellt werden, sondern im Rahmen eines Vorwegsteuerabzugs aus dem Umsatzsteueraufkommen, das den Ländern zusteht. Diese Mittel sollen direkt in den Gesundheitsfonds, also in die Hoheit der Kassen eingehen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, das genau ist der Knackpunkt. Im vergangenen Monat haben wir uns hier mit dem Gesundheitsfonds befasst. Nach den Vorstellungen des Bundesgesetzgebers soll dieser Gesundheitsfonds künftig aus bundeseinheitlich festzulegenden Beiträgen, zu 50 Prozent von den Versicherten und zu 50 Prozent von den Arbeitgebern, erbracht und aus Steuern gespeist werden. Die Modalitäten der Steuerfinanzierung des Gesundheitsfonds durch den Bund wurden bislang noch nicht genauer festgelegt. Es ergibt sich also die Frage nach der Relation dieser beiden Steueranteile, Umsatzsteuer und Bundessteuer. Sollen die Gelder aus der Umsatzsteuer für die

Krankenhausinvestitionen die Zahlungen des Bundes an den Gesundheitsfonds ergänzen oder sollen sie mit den geplanten 14 Milliarden Euro des Bundes verrechnet werden?

Angesichts der Entschuldungsdebatten kann man wohl davon ausgehen, dass die Mittel aus der Umsatzsteuer mit den Zuwendungen des Bundes für den Gesundheitsfonds verrechnet werden und der Bund sich auf Kosten der Länder zu entlasten gedenkt. Das kann natürlich nicht im Interesse der Länder liegen. Steuern dieser Größenordnung im System des Gesundheitswesens machen das System anfällig. Ich erinnere an die Tabaksteuer. Kaum war ihr Zweck bestimmt und die neue Steuer beschlossen, fand auch schon eine Umwidmung statt. Was zur Finanzierung des Gesundheitswesens geplant worden war, fand sich dann in der Realität als Elterngeld wieder. Circa 4 Milliarden Euro wurden zu diesem Behufe flugs mal hin und her geschoben.

(Harry Glawe, CDU: So schnell geht das.)

Steuerfinanzierung befördert damit eine Gesundheitspolitik nach Kassenlage. Die Kostenträger, also die Kassen, werden die Planungsverantwortung beanspruchen und ich erinnere an die immer wiederkehrenden Forderungen einzelner Kassen unseres Landes nach Krankenhaus-schließungen. Die Planungsbeteiligten in der Vergangenheit haben, eben wegen dieser Kompetenzverteilung zwischen Planung und Finanzierung, immer wieder einvernehmliche Lösungen zum Erhalt der Krankenhausstandorte gefunden

(Harry Glawe, CDU:

Das ist ihr Entscheidungsrecht.)

und das dann auch im vierten Krankenhausplan festgeschrieben.

Eine monistische Finanzierung über die Kassen wird den Prozess einer bedarfsgerechten, wohnortnahen, flächendeckenden Krankenhausplanung gefährden. Kassen haben Eigeninteressen, sie wollen Geld sparen, auch wenn damit Einschränkungen oder Zusatzbelastungen für die Versicherten wie zum Beispiel ein regional eingeschränktes Leistungsangebot und längere Wege verbunden sind.

Wir wissen, die Gesundheitsreform 2007 hat das Problem der Beitragsschwäche der gesetzlichen Krankenversicherung nicht thematisiert, folglich auch nicht gelöst. Kassen werden möglicherweise Bedarfe anders definieren, um Ausgaben zu mindern. Das flächendeckende Gesundheitswesen des Landes würde ausgedünnt. Bei einer monistischen Finanzierung droht also die Gefahr, dass der hohe Stand der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung im Krankenhausbereich, den das Land heute erreicht hat, nicht gehalten wird. Das hätte für die Patienten, aber auch für das Land, welches sich gerade zum Gesundheitsland Nummer eins profiliert, schwerwiegende negative Folgen.

Mecklenburg-Vorpommern, das seine Verpflichtungen gegenüber den Krankenhäusern seit Jahren hervorragend erfüllt, wie auch die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Jörg Vierkant von der Fraktion der CDU und Torsten Koplin von der Fraktion DIE LINKE in der jüngsten Vergangenheit ergaben, wäre bei einer monistischen Finanzierung der geschilderten Art mehrfach benachteiligt. Das Land würde notwendiger Finanzmittel beraubt, das Land würde seine Kompetenz für die Krankenhaus-

planung und Krankenhausfinanzierung verlieren. Mecklenburg-Vorpommern würde aus dem Gesundheitsfonds nicht die Zuwendungen erhalten, die seinen Einzahlungen entsprechen, da das Land bereits über eine moderne Klinikversorgung verfügt. Die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern würden folglich für die Versäumnisse anderer Länder bei der Krankenhausplanung und Krankenhausfinanzierung bezahlen. Das ist übrigens auch ein Grund, warum diese Pläne durch andere Länder wie zum Beispiel Bayern und Baden-Württemberg abgelehnt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Ihnen liegt auch ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor, den meine Fraktion aus den genannten Gründen ablehnt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich plädiere im Namen meiner Fraktion, sich dafür einzusetzen, dass die investive Krankenhausförderung in der Kompetenz der Länder verbleibt, um das hohe Niveau der stationären Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin zu sichern. Ich bitte um Annahme des Antrages meiner Fraktion. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Linke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herr Erwin Sellering.

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN! Ich kann das, glaube ich, kurz machen. Es geht hier um ein Anliegen, das wir, denke ich, hier im Hohen Hause alle gemeinsam tragen müssen. Und wenn wir da erfolgreich sein wollen, brauchen wir auch die Unterstützung mindestens aller Ostländer. Da muss man, glaube ich, sehr eng zusammenrücken, denn das, was da möglicherweise auf uns zukommen könnte, wäre für Mecklenburg-Vorpommern sehr schädlich.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)

Ich habe dem Kabinett im März darüber berichtet und auch meine Haltung dazu gesagt. Diese Haltung ist auf eindeutige Unterstützung gestoßen. Ich will das nur in aller Kürze hier skizzieren. Und wenn ich sage, ich möchte, dass hier das Hohe Haus insgesamt zusammensteht, dann geht es um das Gesamtsystem der Krankenhausversorgung im Land, und nicht, was ja auch der eine oder andere gern betreiben kann, um engagierte Lobbyarbeit für ein einzelnes Unternehmen. Das muss jeder Einzelne für sich machen, dafür haben wir eben auch ein engagiertes Beispiel erlebt.

Aber jetzt geht es um das Ganze und da ist klar, Frau Schmidt hat angekündigt, dass sie aus dem Gesundheitsfonds die Investitionen in den Ländern bezahlen will. Das ist natürlich keine Freundlichkeit,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Börsartigkeit. –
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

sondern sie will dafür 5 Milliarden Euro Umsatzsteuer einkassieren, für uns 100 Millionen Euro pro Jahr. Völlig klar ist, wo das Geld hinfließen würde. Es würde nicht in unsere sehr gut ausgebaute Krankenhauslandschaft fließen, sondern dahin, wo bisher nicht ordentlich investiert worden ist.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Genau.)

Frau Linke, eins ist nicht ganz richtig: Die Arbeitsgruppe hat eindeutig gesagt, das finanzielle Engagement der Länder in der Krankenhausfinanzierung ist Ausdruck der Daseinsvorsorge und deshalb beizubehalten. Das ist etwas, worüber ich ganz froh bin, dass wir das geschafft haben, dass das drin ist. Aber völlig klar ist, das ist gefährdet. Die Monistik ist eine große Versuchung für die starken westlichen Länder, die bisher nicht genug getan haben.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja.)

Und deshalb ist, glaube ich, klar, wir müssen da sehr viel tun.

Ich habe in der Vorlage an das Kabinett im Einzelnen aufgelistet, weshalb das für uns notwendig ist und weshalb das richtig ist. Ich glaube, ich brauche das hier nicht im Einzelnen zu wiederholen. Sie haben das angesprochen. Es würde eine klare Verschiebung geben, dass der Bund bestimmt, wir hätten keine Möglichkeit mehr der Einflussnahme. Das ist gerade in einem dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern problematisch, wo wir die schwierige Aufgabe haben, in den nächsten Jahren die Krankenversorgung sicherzustellen mit weniger Geld und weniger Ärzten. Da brauchen wir einfach die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten des Landes und darum geht es bei diesem Vorgang. Den müssen wir erhalten und da bitte ich, dass wir das alle zusammen so sehen. Dass ich es jetzt anpreise, daran sehen Sie, dass wir da die ganze Zeit aktiv sind.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Gut, das müssen die Koalitionsfraktionen entscheiden.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Oh nein!)

Also das ist ein wichtiges Anliegen, bei dem wir gemeinsam erfolgreich sein wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühls von der Fraktion der CDU.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:

Na, da sind wir jetzt mal gespannt. –
Reinhard Dankert, SPD: Der lässt doch
seinen Minister nicht im Regen stehen.)

Günter Rühls, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute haben wir den Antrag der LINKEN „Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Krankenhausinvestitionen als Landesaufgabe erhalten“ erneut im Landtag auf der Tagesordnung. Schöner Titel, leider nichts Neues. Es ist erstens festzustellen, dass es sich um eine Weiterentwicklung des Antrages der ehemaligen Linkspartei.PDS mit dem Titel „Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Zukunft der Krankenhäuser sichern“ handelt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Wir bleiben uns treu. –
Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Wir denken mit. – Zuruf von
Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Ich höre immer zu, Herr Bluhm.

„Statt Zukunft der Krankenhäuser sichern“ nun also „Krankenhausinvestitionen als Landesaufgabe erhalten“. Am Beginn steht immer: „Für ein solidarisches Gesundheitswesen“. Auch wir sind für Solidarität.

(Zurufe von Angelika Gramkow, DIE LINKE,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Gleichwohl mussten wir Ihren ersten Antragsvorschlag ablehnen. Er fand dann auch keine Mehrheit im Parlament, er fiel berechtigterweise durch. Außer Ihnen fand sich niemand, der ihn unterstützen wollte,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und ich denke, so wird es auch heute wieder kommen,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Aber
der Minister hat das eben anders gesehen.)

denn Sie laufen den Dingen erneut hinterher, Frau Gramkow.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das ist doch gar nicht wahr! Haben
Sie den Minister nicht verstanden?)

Die Landesregierung muss doch nicht zum Handeln aufgefordert werden. Die Landesregierung handelt bereits.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Somit ist der Antrag zweitens auch in der Sache nicht zu unterstützen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Wie bitte?)

Mecklenburg-Vorpommern hat, wie wir gehört haben, eine sehr gut ausgestattete Krankenhauslandschaft,

(Irene Müller, DIE LINKE: Und
deshalb gehen wir von der Monistik ab.)

sowohl der Grund- als auch der Regelversorgung sowie der Maximalversorgung.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Was ist denn das?)

Wir gewährleisten flächendeckend wohnortnahe stationäre und medizinische Versorgung. Das ist doch bekannt.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Das Land ist bis heute für diese Bedarfsplanung verantwortlich und wird es auch in Zukunft bleiben. Die Krankenhausplanung wird weiterhin Sache der Länder sein

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist offen. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und somit die Aufgabe des zuständigen Ministeriums für Soziales und Gesundheit. Hierzu gibt es in den deutschen Bundesländern einen sehr breiten Konsens, auch ohne diesen Antrag.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Den gibt es eben nicht.)

Er kommt zu spät und ist in der Beziehung überflüssig.

Ich gebe Ihnen recht, dass wir uns die Monistik nicht wünschen. Sie wird, wenn wir es ehrlich betrachten, frühestens in fünf bis sechs Jahren in Kraft treten

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und die Gefahr, das hat Minister Seling hier betont, könnte sein, dass die Letztentscheidung der Länder wegfallen würde. Das gefällt uns natürlich nicht. Dem Vorschlag von Frau Ministerin Schmidt geben wir von unserer Seite hier im Land natürlich keine Unterstützung,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

denn der würde, wenn wir ehrlich sind, die drei Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz insbesondere bevorzugen. Nichtsdestotrotz lehnen wir Ihren Antrag ab. – Danke schön.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das ist wirklich kleinlich. –

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das war schwach.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rührs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde auf das eben Gesagte gerne eingehen, weil ich glaube, in der Rede von mir steht Gleiches drin. Ich würde lieber von hinten anfangen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir nicht wollen, dass das Geld in den Gesundheitsfonds geht. Ich glaube, da sind wir uns über alle Grenzen einig, dass diese 5 Milliarden, die da umgebucht werden sollen, dort nicht reingehen. Ich glaube, da weiß ich keinen, der dagegen ist, weil wir nicht wissen, wo das Geld bleibt.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das ist ja schlimm.)

Was mich allerdings ein bisschen ärgert, ist, dass die Monistik so auseinandergenommen wird, weil – und das sage ich mal so deutlich – sie an anderen Stellen im Land schon längst eingeführt ist. Wenn wir uns das mal angucken: Bei den Altersheimfinanzierungen hat das Land sich vor Jahren zurückgezogen, das wird jetzt über den Pflegekostensatz refinanziert. Im Behindertenbereich haben wir die ersten Häuser, die auch so finanziert werden. Also ganz verdammen kann ich es nicht. Herr Kuhn, Sie geben mir recht als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Also Sie müssen die Angelegenheit sachlich angehen.

Sicherlich bin ich bei Ihnen. Und wer unseren Änderungsantrag richtig liest, der liest auch deutlich, was wir wollen, und zwar, dass wir uns das nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir lassen uns das auch nicht im Behindertenbereich aus der Hand nehmen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch da reden wir noch ein ganz gewaltiges Wort mit. Auch im Altenbereich reden wir mit und genauso wäre das möglich. Ich finde es nicht richtig, dass man sich der Diskussion nicht stellt. Sicherlich wäre es besser, wenn wir im Ausschuss über diese Sachen reden. Vielleicht sollten wir uns auch im Zuge des Selbstbehalts noch mal die Krankenhausfinanzierung anschauen und ruhig mit-

diskutieren. Insofern wäre das eine Möglichkeit im Ausschuss.

Ich würde ganz gerne noch mal auf den Investitionsstau eingehen. Wir können jetzt lange nachdenken, aber ich habe mir die Liste von der Anfrage angeguckt. Auf dieser Liste sind noch circa 150 Millionen Investitionsstau. Und wenn jetzt gesagt wird Neubrandenburg, dann bin ich glücklich, dass das geklappt hat in Neubrandenburg.

(Harry Glawe, CDU:
Das haben die sich auch verdient.)

Aber wenn ich sehe, wie lange das gedauert hat, Herr Rühs, und wie lange wir dafür gekämpft haben, sage ich auch mal ehrlicherweise, dann sind da so manche Anträge noch auf der Liste,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

wo wir uns Gedanken machen müssen. Wie lange wollen wir warten?

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Aber wir müssen auch daran denken, dass
40 Prozent die Kommunen bezahlen müssen. –
Irene Müller, DIE LINKE: Ja, eben!)

Ja, deswegen denke ich ja anders darüber nach und denke, ob die Monistik nicht eine Variante ist unter verschiedenen, natürlich unter Prämissen, da es das Land ist.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das ist eine schlechte Variante.)

Ja, aber wenn die Kommunen es sich nicht leisten können,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Noch
schlechter. – Torsten Koplin, DIE LINKE:
Ja, das ist eine schlechte Variante.)

dann geht es nicht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber wenn ich mir Krankenhäuser, so wie in Stralsund die Kinderpsychiatrie, angucke, ist sicherlich viel passiert.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Aber es gibt Krankenhausstandorte, da können wir auch nicht die Augen zumachen. Die sind es eben noch nicht

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wir
machen noch lange nicht die Augen zu.)

und insofern muss man sich darüber Gedanken machen.

Und, Herr Minister, ich schenke Ihnen noch mal eine Studie, weil Sie vorhin in der Fragestunde darüber sprachen. Da können Sie nachlesen. Das deckt sich nicht ganz mit Ihren Aussagen, meint jeder. Es gibt da so ein Sprichwort mit den Statistiken. Ich weiß nicht, aber die gebe ich Ihnen mal. Und ich gebe Ihnen auch gerne das Konzept für die Ausgestaltung der ordnungspolitischen Rahmen ab 2009. Das ist von der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Ich glaube, die haben das Thema sehr, sehr sachlich angefasst.

(Harry Glawe, CDU: Wir haben
einen Landeshaushalt, Herr Kollege!)

Ich werbe also für unseren Änderungsantrag. – Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Dr. Linke, Sie haben einen Antrag gestellt zu einem Anliegen, das hier eigentlich alle teilen, so weit ich das überschaue.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Dann können Sie zustimmen.)

Ich möchte nichts wiederholen. Sie wissen, dass ich das nicht gerne tue. Ich möchte nur noch eins ergänzen. Wenn ich richtig informiert bin, wird die Krankenhausfinanzierung seit 1972 aus zwei Töpfen finanziert, also als duale Finanzierung. Davor war es anders und das hat sich nicht bewährt. Es gab gute Gründe dafür, das System umzustellen. Und es gibt auf der anderen Seite wirklich keine sachlichen Gründe, und schon gar nicht in Mecklenburg-Vorpommern, das wieder anders zu wünschen.

Ich erinnere daran, dass die Krankenkassen selbst auch keinen Sicherstellungsauftrag für die Gesundheitsversorgung haben, und Übertragung derart weitgehender Steuerungsbefugnisse ohne gleichzeitige Übertragung der Verantwortung ist deshalb auch gar nicht hinnehmbar.

Aber obwohl ich, wie gesagt, hier nicht Dinge wiederholen möchte, die der Minister schon gesagt hat und auch die Klarstellung, dass wir in der Sache voll und ganz bei Ihrer Position sind, muss ich dennoch sagen, Sie fordern in Ihrem Antrag die Landesregierung zu einem Handeln auf, das sie seit langer Zeit schon unnachgiebig verfolgt. Aus diesem Grund können wir Ihren Antrag nur ablehnen und demzufolge auch den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na, dann warten Sie
mal ab, wenn der Antrag der Koalitionsfraktionen
dazukommt. – Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das ist schwach.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Tegtmeier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rühs erklärte gerade, die CDU ist die Partei der Solidarität. Herr Rühs, das war der Witz des Jahres. Die finanzielle Situation und auch die Lage der Krankenhäuser sehen nämlich ganz anders aus. Die finanzielle Situation in vielen Krankenhäusern ist sehr beunruhigend. Beinahe jedes vierte Krankenhaus soll mittlerweile von der Schließung bedroht sein und die Lage scheint sich immer mehr zuzuspitzen. Die monistische Finanzierung der Krankenhäuser aus dem Gesundheitsfonds soll nun alles zum Wohle der Allgemeinheit verbessern, zusätzlich gewürzt mit einem Ausschreibungsmodell für Krankenhausleistungen, bei der die Länder, wie die bayrische Ministerin für Arbeit und Sozialordnung Christa Stewens feststellte, nur noch ein Aufsichtsrecht ausüben dürfen.

Die Handlungsnotwendigkeit im Krankenhauswesen ist seit vielen Jahren offenkundig. Wo sich der Staat heute noch direkt mit Steuergeldern an der Finanzierung der

Krankenhäuser beteiligt, soll dies zukünftig nur noch den Krankenkassen überlassen bleiben. Was kommt aber, wenn die Länder in der BRD die Handlungshoheit verlieren? Die Pläne der Bundesgesundheitsministerin werden zu einer Unterversorgung im ländlichen Raum führen. Die Länder dürfen diese Unterversorgung dann noch mit finanziellen Mitteln fördern.

Die von der Gesundheitsministerin geplante Änderung in der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen mit der Zielrichtung „Alles aus einer Hand“ macht zuvor eine komplette Veränderung des Gesundheitswesens notwendig. Zu nennen wäre hier beispielsweise die Vereinigung der vielen Krankenkassen in eine Gesundheitskasse. Wir benötigen einen vollständigen Systemwechsel zum Wohle unseres Volkes, auf den Sie als Anhänger des Liberalismus natürlich allergisch reagieren. Für Sie sind die Menschen nur Humankapital, für uns hingegen ist der Mensch Teil der natürlichen Ordnung, eingebunden in seine Heimat mit Pflichten und vor allem auch Rechten.

Die Gefahr des totalen Ausverkaufs in den deutschen Kliniken ist keine Fantasterei, sondern grausame Wirklichkeit. Krankenhäuser sind jedoch Instrumente des staatlichen Gesundheitssystems und kein Basar oder Experimentierfeld unternehmerischer Strategien. Eine rein an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete Krankenhauslandschaft wird zu noch mehr Leistungseinschränkungen im Gesundheitsbereich für die Mehrheit unseres Volkes führen. Zweck und Ziel einer nationalen Gesundheitspolitik ist es aber, nicht nur präventiv zu wirken, sondern Kranken auch die notwendige medizinische Behandlung zu gewährleisten, die sie zur Genesung benötigen. Sofern der Liberalismus in den Krankenhäusern noch weiter voranschreitet, ist eine gute stationäre medizinische Versorgung in erster Linie eine Frage des Geldbeutels.

Eine Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen ist ein Irrweg, dem sich die NPD konsequent entgegenstellt. Wie beispielsweise die Schulbildung und die Sicherstellung von Ordnung und Sicherheit ist die medizinische Versorgung eine öffentliche Aufgabe. Daraus folgt, dass die stationäre Regelversorgung durch die Krankenhäuser im Bereich der staatlichen Fürsorgepflicht bleiben muss. Auch muss wesentlich konsequenter geprüft werden, was mit den Geldern im Gesundheitswesen geschieht. Eine wirksame Kontrolle, auch um Veruntreuung zu verhindern, ist zwingend notwendig. Durchsichtigkeit des Gesundheitswesens ist eine der ersten Handlungen, welche eine volkswohlausgerichtete Regierung umzusetzen hat. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, es ist noch früh am Morgen.

(Heinz Müller, SPD: 10.00 Uhr.)

Da sind vielleicht bei manchen die sportlichen Aktivitäten noch heftig im Gange und demzufolge sind die Eislaufpirouetten, die gestern schon mal beschworen wurden, am heutigen Morgen wohl nicht mehr zu übertreffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Ganz klipp und klar, deutlich und in der Zeitabfolge auch verständlich – nicht nur zuhören, sondern auch verstehen, Herr Rühls – hat der Minister dargelegt, welche Diskussionen in Richtung Krankenhausfinanzierung im Bund geführt werden. Er hat dargestellt, wie er im Kabinett agiert hat und welche Dinge auf uns zukommen, wenn man mit wachen offenen Augen und offenen Ohren, die auch etwas verstehen, durchs Land geht. Wie kann man sich hier hinstellen, frage ich mich jetzt wirklich ganz besorgt, vollmundig erklären, dass man selbstverständlich stolz ist über unsere Krankenhausentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, dass man natürlich die Finanzierung so beibehalten will, wie sie ist, dass man natürlich dafür ist, dass flächendeckend Menschen die Krankenhäuser erreichen können, aber damit ist es dann erledigt?

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich weiß überhaupt nicht, wo Sie die Arroganz hernehmen, einen Minister agieren zu lassen und als Parlament zu erklären, damit ist es genug.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir haben doch alle die Erfahrung gemacht, dass Ministerinnen und Minister weitaus besser agieren können, wenn sie sich auf einen Beschluss des Parlamentes stützen können, als wenn sie so tun müssen, als ob sie selber Alleinverwalter bestimmter Erkenntnisse, bestimmter Begründungen und bestimmter Aktionen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –

Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wie kann man sich hier hinstellen und sagen, hier wird alles schon gemacht und nun ist es gut?!

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Dann müssen wir Herrn Selling alleine unterstützen. –

Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Das ist für mich eine Art und Weise, den Minister im Regen stehen zu lassen, die unverständlich ist, ganz einfach unverständlich. Wir wissen ganz genau, wie sich eine monistische Krankenhausfinanzierung für uns auswirken sollte. Sie haben es selber gesagt. Gut, Herr Grabow macht da so seine Abstriche. Ich weiß nicht genau, wie seine Träger von Verbänden und Vereinen darüber wohl denken werden, aber wir wissen alle ganz genau, wie monistische Finanzierung sich auswirken würde. Wir sind ein Flächenland, welches mit den Krankenhäusern die Verpflichtung der Versorgung gut gelöst hat, immer noch gut löst. Es ist schwierig genug gewesen in den ganzen Jahren, das wissen Sie. Und wenn alle der Meinung sind, jawohl, das wollen wir so beibehalten, ist meine Frage hier ganz klipp und klar: Warum wollen Sie unseren Antrag nicht unterstützen? Er schadet nicht, im Gegenteil. Er ist eine gute Sache des Parlamentes zum Agieren des Ministers.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und weil das alles so ist und weil man bestimmte Dinge auch mal klar aussprechen muss, verlangt unsere Fraktion namentliche Abstimmung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Müller.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die namentliche Abstimmung wird vorbereitet.

Meine Damen und Herren, ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1445 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1445 bei Zustimmung der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der NPD abgelehnt.

Die Fraktion DIE LINKE hat namentliche Abstimmung erbeten über den Antrag auf der Drucksache 5/1412.

Wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte, auch die Hinweise der Präsidentin zu der namentlichen Abstimmung entsprechend der Geschäftsordnung zu berücksichtigen. Wir stimmen jetzt ab über den Antrag 5/1412. Wir beginnen mit der namentlichen Abstimmung, der Schriftführer ruft die Namen auf.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Mathias Brodkorb,
Lorenz Caffier, Dr. Armin Jäger
und Dr. Klaus-Michael Körner werden
nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 10.24 Uhr

Wiederbeginn: 10.26 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Ergebnis bekannt. Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1412 stimmten 17 Abgeordnete, mit Nein stimmten 41 Abgeordnete, enthalten haben sich keine Abgeordneten. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1412 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat Beratungsbedarf angekündigt. Ich unterbreche die Sitzung bis 10.45 Uhr.

Unterbrechung: 10.27 Uhr

Wiederbeginn: 10.48 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Bericht zu „Munitionsbelasteten Flächen/Wracks in den Küstengewässern von Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 5/1396.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Bericht zu „Munitionsbelasteten
Flächen/Wracks in den Küstengewässern
von Mecklenburg-Vorpommern“
– Drucksache 5/1396 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme mir jetzt mal das Recht heraus und warte eine Minute, bis sich die Reihen hier ein bisschen füllen.

(Michael Andrejewski, NPD: Gut,
dass die FDP uns darauf hinweist.)

Ich habe gestern gesagt, ich führe mit Ihnen keine Kommunikation, ganz einfach.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das war keine Kommunikation.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion beantragt, dass wir uns hier in diesem Hohen Hause mit der Problematik von munitionsbelasteten Flächen und von Schiffswracks in den Küstengewässern unseres Landes beschäftigen. Ich weiß, dass das mittlerweile zu vielen Diskussionen unter den Kolleginnen und Kollegen geführt hat, und ich bin auch dankbar, dass wir das bisher so offen und ehrlich miteinander besprochen haben. Es wurde diskutiert: Ist der richtige Zeitpunkt jetzt? Soll er jetzt kommen? Schadet er unserem Land nicht vor Beginn der Hauptsaison? Oder ist er gar völlig unangebracht?

Glauben Sie mir bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir haben uns in der FDP-Fraktion sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben auch sehr wohl abgewogen, ob wir diesen Antrag hier heute an dieser Stelle diskutieren wollen, und wir sind zu dem Entschluss gekommen, dass dieses Thema so wichtig ist, dass es schnellstmöglich behandelt werden sollte,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

erst recht und gerade im Interesse unserer Tourismusslogans, die wir haben. Wir sollten uns alle die Frage stellen, ob wir es uns leisten können abzuwarten, bis noch mehr passiert. Denn leider gab es in der Vergangenheit genügend Anlass, sich Gedanken über den Umgang mit versenkter Munition zu machen. Es geht hier um mindestens 100.000 Tonnen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg in die Ostseeküste versenkt worden sind. Daher erinnere ich daran, dass es sich nicht nur um die mecklenburg-vorpommersche Ostseeküste handelt, sondern auch um die schleswig-holsteinische Ostseeküste.

Jeder, der heute den „Medienspiegel“ gelesen hat, und ich gehe davon aus, dass uns das durch den Innenminister heute auch noch vorgetragen wird, weiß, es ist ein Wrack aktuell vor der Ostseeküste gefunden worden, und im Grunde genommen wissen wir gar nicht, wie wir damit umgehen. Darunter fallen auch Munition und

andere Kampfstoffe, die von der Nationalen Volksarmee, der Westgruppe der Truppen sowie der Bundeswehr in der Ostsee belassen worden sind. Daraus ergeben sich teils erhebliche Gefährdungen für Mensch und Umwelt in Form von regionalen Gefährdungspunkten. Darauf will ich noch mal ganz besonders hinweisen: Es geht um regionale Gefährdungspunkte. Und genau um diese Gefährdungsabschätzung, die vorgenommen werden muss, geht es uns mit unserem Antrag.

Andere Bundesländer sind uns da weit voraus. Auch Schleswig-Holstein beschäftigt sich seit Längerem mit diesem Thema. In der Lübecker Bucht wurden unter anderem 15 bis 20 Gasflaschen aufgespürt. Der dortige Kampfmittelräumdienst wurde umgehend angewiesen, eine Gefährdungsabschätzung vorzunehmen. Auch da hat man sich durchgerungen mit den Stimmen der Mehrheit im Landtag Schleswig-Holsteins, eine Gefährdungsabschätzung vorzunehmen. Sollte eine Gefährdung durch diese Objekte nicht ausgeschlossen werden, wird ein Auftrag zur Bergung und Entsorgung der entsprechenden Behälter erteilt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Einige mit Kampfmitteln belastete Flächen auf See sind dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie durch die Landesregierung benannt worden,

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

doch der Informationsfluss von der Landesregierung hin zum Bundesamt ist mehr als dürftig, wenn man weiß, dass nicht alle Flächen dorthin gemeldet werden. So sind beim BSH Flächen unbekannt, die Mecklenburg-Vorpommern vorgibt, dort öffentlich gemacht zu haben. Das BSH hat die Landesregierung angeschrieben und um weitere Informationen gebeten. Bisher sind nach unserem Kenntnisstand keine Antworten vonseiten der Landesregierung beim BSH eingegangen. Ich frage daher die Landesregierung, ob es nicht in ihrem Interesse sein muss, dass Gefährdungsstellen beräumt werden

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

beziehungsweise wenigstens bekannt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Herr
Minister, Sie dürfen sich jetzt noch nicht
äußern. – Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Herr Minister, Sie haben nachher auch die Möglichkeit, entsprechend zu antworten.

Meine Fraktion hat sich inhaltlich mit diesem Thema im Rahmen einer Kleinen Anfrage befasst. Insbesondere auf die Frage, welche Flächen auf See schon geräumt worden sind, antwortete das Innenministerium, dass bisher noch keine planmäßige Räumung von belasteten Flächen sowie munitionsbelasteten Wracks stattgefunden hat. Nun meine Frage: Warum nicht?

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Na weil
es noch zu gefährlich gewesen ist.)

Und warum fließt ein Großteil des Geldes in die sogenannte Landbereinigung? Warum steht die Säuberung der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern an zweiter Stelle, wenn wir doch mit unserem wunderschönen maritimen Touristikstandort werben?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Weil
man wahrscheinlich mehr Schaden anrichtet.)

Muss es nicht im Interesse von uns allen sein – Herr Professor Methling, Sie hatten acht Jahre lang Gelegenheit dazu –,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na, das war nun auch wieder daneben.)

dass hier mögliche Gefährdungspunkte so schnell wie möglich beseitigt werden? „Augen zu und durch“, das kann und darf hier nicht das Motto sein.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Ich möchte hier an dieser Stelle an Ihr Gewissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, appellieren, erst recht, wenn es uns um die Gefährdung von Menschen geht. Lassen Sie mich noch einmal klarstellen: Der Großteil unserer fantastischen Küste – und Sie wissen zum großen Teil, denke ich, dass ich Hiddenseer bin, leidenschaftlicher Insulaner – kann gefahrlos betreten werden und es geht hier überhaupt nicht um Panikmache. Es geht hier um eine nüchterne Betrachtung eines sehr ersten Themas, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Betrachten Sie das mal nüchtern.)

Ja, wir betrachten es wenigstens, Herr Methling.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

Und mit einer gewissen Nüchternheit muss gesagt werden, dass es an der Küste unseres Landes neuralgische Punkte gibt, auf die dringend ein Auge geworfen werden sollte. Was die Landesregierung allerdings tut, ist nicht nachzuvollziehen. Sie bestreitet belegte und belegbare Schadensfälle, so geschehen bei unserer Kleinen Anfrage.

Uns sind zum Beispiel im Bereich der östlichen Ostseeküste seit 1990 14 Schadensfälle bekannt, die mit der Anspülung von Phosphor zu tun haben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, und was machen Sie dagegen? –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Die Fälle waren teils mit erheblichen Verletzungen von Menschen verbunden.

Ich frage mich immer, warum Sie mich fragen. Sie waren doch acht Jahre Minister im Umweltministerium.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Schon seit 20 Jahren.)

Die Fälle waren teils mit erheblichen Verletzungen von Menschen verbunden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Schützen Sie mal Ihre Insel, Herr Leonhard! –
Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

In der Zeitschrift „Waterkant“ kann man dies noch einmal nachlesen. Erst vor Kurzem ist es an dieser bekannten Stelle wieder zu einem Zwischenfall gekommen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Aus dem Spaß an der Suche nach Bernstein kann schnell gesundheitsgefährdender Ernst werden.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Das Sammeln von Bernstein an unserer Küste ist beliebt und ich kann Ihnen dazu auch Hiddensee empfehlen. Es ist wunderschön, an Hiddensees Küste Bernsteine zu sammeln. Was aber passiert, meine Damen und Herren, wenn man keinen seltenen Bernstein findet, sondern Phosphor,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

welcher selbst von Experten nicht von Bernstein unterschieden werden kann? Der vermeintliche Bernstein wird in die Hosentasche gesteckt, er trocknet und wenn er getrocknet ist und etwa 30 Grad Celsius erreicht, entzündet sich der falsche Bernstein. Er kann mit normalen Löschmitteln nicht gelöscht werden. Schwere Verbrennungen vor allem an den Händen und den Beinen sind die Folge.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist kein falscher Bernstein, das ist weißer Phosphor!)

Das muss einmal ausgesprochen werden. Vor dieser realen Gefahr müssen unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Kinder und auch unsere Gäste geschützt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was wollen Sie dagegen tun? –
Michael Andrejewski, NPD: Und
uns wird Panikmache vorgeworfen!)

Was ist wichtiger, meine Damen und Herren, meine Kolleginnen und Kollegen: Die Gefahr schnell zu beseitigen oder weiter zu hoffen, dass nichts passieren wird?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wie wollen Sie die beseitigen? Wie
wollen Sie die beseitigen? – Zuruf
von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Es muss endlich gehandelt werden.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ostsee umbuddeln.)

Gehandelt werden kann zeitnah, indem dem Landtag eine Studie zur Gefährdungsabschätzung für Mensch und Umwelt vorgelegt wird.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Sechs Wochen.)

Aus dieser Studie sollen dann zeitnah mögliche Handlungsmöglichkeiten zur Gefahrenabwehr vorgeschlagen werden.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Und, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, je schneller gehandelt wird, desto besser für unseren Tourismusstandort Mecklenburg-Vorpommern. Ich bitte Sie aus diesem Grund, unserem Antrag zuzustimmen. Lassen Sie uns gemeinsam mit den Kollegen im Innenausschuss dieses Thema weiterbehandeln und nachträglich eine gemeinsame Abschätzung vornehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Leonhard.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Werter Kollege Leonhard, der Antrag macht mich schon etwas traurig, traurig deswegen, weil wir Sie nicht umsonst gebeten haben, dass man darüber diskutiert und redet, das ist unstrittig, aber dann bitte im Ausschuss, wo es hingehört, und das sind zwei Ausschüsse.

(Raimund Borrmann, NPD: Wo es
geheim ist, damit es das Volk nicht hört.)

Es geht hier nicht um Geheimhaltung,

(Raimund Borrmann, NPD:
Es geht um Geheimhaltung.)

sondern es geht hier um Sachlichkeit.

(Udo Pastörs, NPD: Warum nicht im Parlament? –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und eben weil die Ausführungen von Herrn Leonhard zu großen Teilen nicht korrekt waren – ich formuliere es sehr freundlich –, was die Zuständigkeiten betrifft, was die Anträge betrifft, was das Land bisher getan hat, was das Wrack in Tarnowitz beispielsweise betrifft,

(Raimund Borrmann, NPD:
Sie sind unfähig. Sie sind unfähig.)

sind zunächst die Genehmigungen durch das Bundesamt für Hydrographie in Lübeck einzuholen.

(Udo Pastörs, NPD: Dann sagen Sie
es doch hier im Parlament. Dann
hören es alle, wie gut Sie sind.)

Die haben seit Oktober letzten Jahres bisher auf unsere Anfrage beziehungsweise Antragstellung noch keine Genehmigung gegeben.

(Raimund Borrmann, NPD: Sie sind doch
nur mit der NPD beschäftigt. Alles
andere sehen Sie doch gar nicht.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Herren von der NPD, der Minister hat das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Das haben wir letztendlich bei dem Thema Vogelgrippe damals erlebt, als es von außen hereingetragen wurde. Ich kann Ihnen nur sagen, die Themen gehören in die Ausschüsse, und dieses Thema insbesondere.

(Gino Leonhard, FDP: Dann lassen Sie
uns das im Ausschuss besprechen!)

Ich glaube, dass das Thema, wie es hier ausgeführt worden ist, falsch ist. Eine Studie hilft in der Form auch nicht weiter. Dann müssen Sie bitte diesen Antrag, und das müssen Sie Ihren Kollegen sagen, im Bundestag stellen, weil die Zuständigkeit dafür die Bundesrepublik Deutschland hat.

(Udo Pastörs, NPD: Nicht nur, es
gibt auch andere Kompetenzen.)

Aber dazu kommen wir noch im Laufe der Ausführungen.

Die Munitions- und Kampfmittelbeseitigung, hierunter ist die Erfassung, Bergung und Entsorgung zu verstehen, ist ein weites und komplexes Aufgabenfeld. Ein Aufgabenfeld, und das möchte ich noch einmal ausdrücklich erwähnen, welches sich nicht nur auf das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern beschränkt. Die Regelungen in Mecklenburg-Vorpommern sind keine anderen als in Schleswig-Holstein. Wir arbeiten hier sogar Hand in Hand und genauso intensiv wie die Kollegen aus Schleswig-Holstein. Vielmehr stellt sich die Aufgabe im gesamten Europa und weit über diese Grenzen hinaus. Wir tragen hier letztendlich die Folgen und Lasten einer menschenverachtenden Ideologie,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD:
Das ist richtig. Das ist die Ideologie. Das haben
Sie gesagt. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

eines irren Gefreiten und seiner Gehilfen, die Europa in ein blutiges Schlachthaus verwandelt haben. Leider sind die Lasten nicht nur beschränkt auf die Beseitigung von Munitions- und Waffenteilen, die sich auf Land und in der See befinden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie gehen mal lieber Uhren reparieren, da machen Sie vielleicht einmal was Gescheites!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In Mecklenburg-Vorpommern ist das Landesamt für zentrale Aufgaben ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, einen Moment bitte.

Herr Abgeordneter Pastörs, ich hatte schon in der letzten Landtagssitzung ausgeführt, dass die Zwischenrufe der Würde dieses Hauses entsprechen müssen. Deswegen erteile ich Ihnen für den letzten Zwischenruf einen Ordnungsruf.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Minister Lorenz Caffier: In Mecklenburg-Vorpommern ist das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz, kurz LPBK, für Maßnahmen zur Kampfmittelbeseitigung und hier speziell der Munitionsbergungsdienst zuständig. Der Munitionsbergungsdienst hat primär die Aufgabe der Vorsorge und der Gefahrenbeseitigung. Die Vorsorge umfasst hierbei folgende Schwerpunkte: die im Land vorhandenen kampfmittelbelasteten Flächen zu erfassen, aus den Ergebnissen von Untersuchungen vor Ort sowie Recherchen in sonstigen verfügbaren Quellen eine Bewertung der vorliegenden Erkenntnisse und die Einstufung des Belastungsgrades vorzunehmen.

Die Ergebnisse fließen in den sogenannten Flächenplan ein. Seit 2001 wird hierzu das computergestützte grafische Informationssystem genutzt, das auf dem Disastermanagementprogramm des Katastrophenschutzes basiert. Auf der Grundlage der vom Landesvermessungsamt Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestellten Geobasisdaten für eine elektronische Karte des Landes werden alle kampfmittelrelevanten Flächen dokumentiert. Bekannte und vermutete Belastungsflächen werden eingetragen und entsprechende Untersuchungen konkretisiert, Luftbilddauswertungen werden übernommen und Fundstellen von Soforteinsätzen punktgenau eingetragen. Hieraus ergibt sich im Laufe der Zeit ein sehr

genaues, topografisch eindeutig zuzuordnendes Bild der Kampfmittelbelastungen innerhalb des Landes.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Im Rahmen der Gefahrenbeseitigung wird der Munitionsbergungsdienst selbstverständlich aktiv. Die Alarmierung erfolgt in der Regel über die Polizei. Hierzu stehen rund um die Uhr über das Land verteilte Einsatzteams zur Verfügung, um sofort tätig zu werden. Die bei Soforteinsätzen und geplanten Räummaßnahmen geborgenen Kampfmittel werden gegebenenfalls an Ort und Stelle vernichtet beziehungsweise bei festgestellter oder hergestellter Transportfähigkeit zu einem der beiden Zerlegebetriebe abtransportiert. Hier erfolgt zunächst eine Zwischenlagerung, bevor die Kampfmittel delabouriert, zerlegt und schließlich unschädlich gemacht werden. Zu den Aufgaben des Munitionsbergungsdienstes gehört ebenfalls die Entschärfung von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen als Gefahrenabwehr. Die weiteren polizeilichen Ermittlungen erfolgen durch die zuständigen Stellen der Kriminalpolizei.

Der Munitionsbergungsdienst ist im Land mit vier Dienststellen über das Flächenland verteilt. Durch diese Struktur und die räumliche Verteilung der Außenstellen ist sichergestellt, dass bei Soforteinsätzen zur Gefahrenabwehr die Bereitschaftsteams des Munitionsbergungsdienstes innerhalb von maximal zwei Stunden jeden Punkt des Landes erreichen können, um die Zeit zwischen Meldung und Bergung von Kampfmitteln möglichst gering zu halten. So weit zur Struktur und zu den Aufgaben des Munitionsbergungsdienstes.

Der Antrag von Ihnen, Herr Leonhard, mag auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, aber bei genauerer Betrachtung zeichnet er ein unrealistisches und sehr einseitiges Bild der Bedürfnisse im Bereich der Munitionsbergung. Ich möchte Ihnen das anhand einiger Zahlen zunächst näherbringen. In den letzten fünf Jahren wurden durch den Munitionsbergungsdienst insgesamt 2.544 sogenannte Soforteinsätze durchgeführt. Das sind die Fälle, bei denen ungeplant durch den Bürger Kampfmittel entdeckt werden, die umgehend beseitigt werden müssen. Von den erwähnten 2.544 Einsätzen waren ganze 23 Einsätze auf der Ostsee. Das sind gerade mal 0,9 Prozent. Im gleichen Zeitraum wurden durch den Munitionsbergungsdienst 672 geplante Aufträge bearbeitet. Darauf entfielen 12 Aufträge des Bundes in den Bereich der Ostsee. Das sind wiederum nur 1,79 Prozent. Insgesamt wurden in den vergangenen fünf Jahren 911,4 Tonnen Kampfmittel bei Soforteinsätzen und geplanten Beräumungen geborgen, davon 12,4 Tonnen aus der Ostsee. Das wiederum sind 1,36 Prozent. Der letzte hier bekannte Unfall mit Kampfmitteln auf hoher See stammt aus dem Jahre 1952. Auch aus dem stärker werdenden Tauchsport sind in allen Küstenländern keine Unfälle mit Kampfmitteln bekannt. Das verbessert die Situation nicht, ist aber zurzeit die Realität.

Aus diesen Ausführungen wird deutlich – und das war ja eine Ihrer Fragen –, wo im Augenblick aus unserer Sicht die Prioritäten liegen und auch liegen müssen. Ich möchte nicht missverstanden werden, die Belastung der Küstengewässer ist vorhanden. Die erheblich geringere Gefährdung durch Kampfmittel in der See aufgrund ihrer eingeschränkten Zugänglichkeit hat zur Folge, dass diese nicht der Beräumung der Landflächen voranzustellen ist, denn die Kampfmittel an Land sind für jedermann

zugänglich und erreichbar, ob als Wanderer, Spaziergänger, Pilzsucher oder durch die Land- und Forstwirtschaft sowie Baumaßnahmen. Alle können damit unmittelbar konfrontiert werden.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das heißt nicht, dass der Munitionsbergungsdienst im Bereich der Küstengewässer keine Informationen sammelt. Diese ergeben sich aus bekannten Materialien wie über die Lage von Schießbereichen von Übungsplätzen der Nationalen Volksarmee oder über die Lage von Kampfmitteln, die bei Kampfhandlungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg gegen Ziele an der Küste ins Wasser gelangt sind. Weiterhin gibt es lokal begrenzte Flächen kleiner Abmessung, in denen räumlich begrenzt Kampfmittel gefunden wurden, die dort nach Beendigung der Kriegshandlungen durch die Alliierten versenkt wurden. Einzelfunde werden hochgenau vermessen und die gewonnenen Koordinaten zum Beispiel zur Information dem Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie bereitgestellt.

Die Risikoeinschätzung, und hier sind wir d'accord mit dem Innenministerium Schleswig-Holstein, was die Gefährdung durch Kampfmittel in den Küstenbereichen anbelangt und den Menschen betrifft, wird durch das Umweltministerium dahin gehend bestätigt, dass auch eine akute Gefahr für die Umwelt nicht vorhanden ist. Wie bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage, die hier schon angesprochen wurde, ausgeführt, haben die Monitoringprogramme im nachgeordneten Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die Aufgabe, die Qualität der Küstengewässer langfristig hinsichtlich der Wirksamkeit von Maßnahmen zu beobachten und als Frühwarnsystem für problematische Entwicklungen der Gewässergüte zu fungieren. Munitionsinhaltsstoffe und ihre Abbauprodukte haben bisher nicht zu einer messbaren Beeinträchtigung der Gewässergüte im Land Mecklenburg-Vorpommern geführt. Auch aus dieser Sicht ist eine Studie – wie von Ihnen gefordert –, die über das jetzt schon übliche Verfahren zur Erkundung von kampfmittelbelasteten Flächen in Küstenbereichen hinausgeht, nicht nachvollziehbar.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass eine Studie auch weitere Tatsachen verkennt:

Erstens. Die Komplexität der Materie erfordert eine umfassende Klärung der Zuständigkeiten von Bundesbehörden, wie dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Bundesministerium für Finanzen, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sowie der Behörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Denn so klar, wie sich die Rechtslage Ihnen bei oberflächlicher Betrachtung darstellt, so unterschiedlich ist nach wie vor, so traurig das ist, da gebe ich Ihnen recht, die Rechtsauffassung der unterschiedlichen beteiligten Stellen bei der Frage der Beräumung der Küsten, denn das Seerecht ist eine sehr komplexe Angelegenheit. Zwar trägt der Bund die Rechtsnachfolge für innere und äußere Kriegsfolgen des Deutschen Reiches und der Besatzung nach Artikel 120 des Grundgesetzes und die geübte Staatspraxis, aber wie die genaue Ausgestaltung dessen ausfällt, ist nicht immer abschließend geklärt.

Hier stehen wir mit den genannten Bundesministerien in Kontakt, um eine endgültige und für alle Seiten akzeptable Lösung herbeizuführen. Ich bin seit einiger Zeit bemüht, mit meinen Länderkollegen aus den Nordländern eine komplexe und für alle Beteiligten tragbare

Lösung zu finden, weil es ja nicht nur Mecklenburg-Vorpommern betrifft, sondern gleichermaßen Schleswig-Holstein, auch Hamburg und Niedersachsen. Das habe ich dem Bundesminister gegenüber noch einmal explizit angezeigt – um auf die Frage des angesprochenen Wracks noch einmal zurückzukommen – und gebeten, dass nun endgültig einmal eine Entscheidung aus Lübeck vom Bundesamt für Hydrographie getroffen wird, um hier auch notwendige Maßnahmen vornehmen zu können.

Zweitens. Der Finanzierungs- und Kapazitätsumfang der erforderlichen Erfassung, Bewertung und Beräumung der Kampfmittel ist – und das ist unstrittig – in einem mehrstelligen Millionenbetrag zu sehen.

Drittens. Die Struktur und der personelle Zustand des jetzigen Munitionsbergungsdienstes lässt eine derartige, wie von Ihnen hier dargestellte Aufgabenerweiterung, auch das muss deutlich gesagt werden, in dem Umfang nicht zu.

(Gino Leonhard, FDP:
Weil wir die Stellen kürzen.)

Denn wir reden hier ...

Bitte? Es hat nichts mit Kürzen zu tun. Wir reden hier über eine Fläche von 1.700 Kilometern, und zwar nur seeseitig.

(Udo Pastörs, NPD: Das hat sehr viel mit
Personal zu tun, Herr LPG-Vorsitzender. –
Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Michael Roolf, FDP)

Ich bin ja schon stolz, dass ich es ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, ich habe Sie noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass persönliche Beleidigungen oder Angriffe oder die Intonation von bestimmten Bemerkungen nicht unbedingt dem parlamentarischen Stil entsprechen. Ich werde es das nächste Mal entsprechend ahnden.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Minister Lorenz Caffier: Ich habe das hier übrigens nicht als eine Beleidigung empfunden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der CDU, DIE LINKE und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Na sehen Sie!)

Ich habe ja viel Verständnis, dass man aus einem Land kommt, wo man überhaupt nicht weiß, was ein LPG-Vorsitzender für Aufgaben hatte.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das
können die Offiziere der Bundeswehr nicht
wissen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Na ja, herzlichen Glückwunsch für Sie.

(Heike Polzin, SPD: Gute Besserung!)

Der hier vorliegende Antrag lässt in der Gesamtheit einen unsensiblen Umgang mit dem Thema erkennen.

(Michael Andrejewski, NPD: Böse FDP!)

Neben den von mir dargestellten fachlich falschen Annahmen impliziert er eine akut drohende Gefahr in den Küstengewässern des Landes, die in der Form derzeit nicht besteht.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Das kann den potenziellen Urlauber unseres Landes nur verunsichern. Der Munitionsbergungsdienst leistet gute Arbeit. Flächen werden planmäßig beräumt und bei Soforteinsätzen ist er in kürzester Zeit vor Ort, um die Gefahr zu bannen. Fundorte werden genau erfasst und einer Bewertung des Risikos für Mensch und Umwelt – und beides ist mir wichtig, weil beide Ministerien hier auch korrespondieren – unterzogen.

Aus Sicht unseres Hauses besteht also kein Grund, Ihrem Antrag hier zu folgen. Das schließt aber nicht aus, dass wir uns in den Fachausschüssen mit dieser Thematik weiterhin befassen. Wie gesagt, wenn Sie uns unterstützen wollen, dann unterstützen Sie uns dahin gehend, dass der Bund Entscheidungen über Zuständigkeitsbereiche für solche Anträge trifft, wie von uns im Oktober letzten Jahres gestellt, was das betroffene Wrack betrifft, damit wir eine Antwort in kürzerer Zeit und nicht erst in sechs Monaten – also von Oktober bis jetzt sind es schon sechs Monate – erhalten.

(Zuruf von Peter Stein, CDU)

Dafür wären wir Ihnen sehr dankbar. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Müller. Bitte, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema der Hinterlassenschaften vergangener Kriege ist, das wird, denke ich, in diesem Hause niemand bestreiten, ein wichtiges Thema, weil es natürlich eine Aufgabe ist für zukünftige Generationen, aber auch für die gegenwärtigen Nutzer von Natur und Landschaft, Probleme zu beseitigen, insbesondere Gefahren von vornherein zu vermeiden.

Insofern ist es, lieber Kollege Leonhard, in der Tat ein wichtiges Thema. Die Frage des Zeitpunkts Ihres Antrags haben Sie erfreulicherweise in der Einbringung selbst angesprochen. Ich will das Thema nicht vertiefen. Einerseits ist dieses schon fast eine Einladung für eine Polemik, aber man muss ja nicht jede Einladung annehmen, man kann eine Einladung auch mal ausschlagen. Aber die Frage, ob es wirklich gut ist, im Juni eines Jahres einen Bericht zu diesem Thema in dieser zeitlichen Breite zu diskutieren,

(Michael Roof, FDP: Das schafft Klarheit.)

das muss man sich in der Tat einmal überlegen. Man muss überlegen, ob das sinnvoll ist.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Lassen wir das Thema Zeitpunkt, auch wenn es eine Einladung ist, und kommen zur Sache selbst.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich glaube, meine Damen und Herren, der Innenminister hat mit seinen Ausführungen klargemacht, dass wir uns hier auf einem juristisch und faktisch sehr komplizierten Gebiet bewegen. Und die einfachste Lösung, die Sie uns hier präsentieren, ist, wir machen mal innerhalb von zwei Monaten eine Studie, wie das alles zu laufen hat, und haben dann die Handlungsanweisung. Dieser

einfache Weg, den Sie uns hier präsentieren, ist jedoch kein gangbarer. Das heißt, eine solche Studie ist in den zwei Monaten, denke ich, wahrscheinlich gar nicht zu erstellen – so hat es uns der Minister hier nachvollziehbar dargestellt – und sie ist nicht zielführend.

Wir sollten auch sehen, dass der Munitionsbergungsdienst seine Arbeit macht. Die Frage der Stellenausstattung des Munitionsbergungsdienstes ist in der Tat eine Frage, die wir thematisieren sollten. Aber wir sollten sie auch thematisieren vor dem Hintergrund der akuten Gefahr, die vor uns steht, und vor der Frage, ob denn der Munitionsbergungsdienst mit seiner derzeitigen personellen Ausstattung in der Lage ist, die Aufgaben, die ihm gestellt sind, zu bewältigen, oder ob er es nicht ist. Ich glaube, wenn man die Frage so stellt, dann kann man sie vernünftig beantworten und gegebenenfalls auch Veränderungen vornehmen.

Ich denke also, meine Damen und Herren, wir sollten dieses Thema im Innenausschuss behandeln. Wir sollten insbesondere, Herr Minister, wenn die Gespräche mit dem Bund und auch den anderen Küstenländern zu Ergebnissen führen oder zumindest ein gewisser Fortschritt erkennbar ist, das Thema im Innenausschuss aufgreifen. Den Antrag werden wir heute ablehnen, weil er dafür a) nicht notwendig ist und uns b) mit der Art und Weise, wie er formuliert ist, in die Sackgasse führt. Dass das Thema ein wichtiges ist, bestreiten wir damit nicht. Wir werden uns diesem Thema zuwenden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke sehr, Herr Müller.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Küstengewässer sind Seewasserstraßen und Eigentümer ist der Bund. Die Verwaltung der Bundeswasserstraßen obliegt der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Gehe ich recht in der Annahme, dass die FDP in diesen fremden Gewässern fischen will? Die Zuständigkeit des Bundes und damit die Kostenübernahme durch den Bund bei Munitions- und Kampfstofffunden und deren Beseitigung wurden durch die Landesregierung bereits auf Anfrage der FDP erläutert. Da sich der vorliegende Antrag ausschließlich auf die Küstengewässer unseres Landes bezieht, erübrigen sich für mich Aussagen für Badestrände und Hafenanlagen.

Aber warum dann heute die Aufforderung an die Landesregierung, zu handeln und einen Bericht zu erarbeiten, wenn sie nicht zuständig ist? Das kann ich nicht verstehen. Ist das Ansinnen an sich schon unverständlich, kann man über den geforderten Zeitrahmen für die Erstellung dieses Berichtes nur noch den Kopf schütteln. Bei allem Respekt, aber innerhalb von sechs Wochen ist das wohl nicht zu machen. Ich denke, damit unterschätzen Sie das Problem, liebe Kollegen von der FDP, mächtig.

(Michael Roof, FDP: Es gibt ein Problem.)

Das habe ich nicht bestritten. Das Vorhandensein von Kampfstoffmunition und konventioneller Munition in den Küstengewässern ist aber auch keine neue Erkenntnis, Herr Roof.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Michael Roof, FDP)

Es ist kein plötzliches Ereignis, was sofortiges Handeln erfordert.

(Zurufe von Michael Roof, FDP,
und Udo Pastörs, NPD)

Es ist kein sofortiges Ereignis.

Und mit Verlaub, allgemein bekannt ist doch wohl, dass nach dem Zweiten Weltkrieg große Mengen konventioneller Munition und auch chemische Kampfstoffe in den deutschen Küstengewässern von Nord- und Ostsee versenkt wurden. Es ist weiterhin bekannt, dass rund die Hälfte der Munition die ursprünglich vorgesehenen Bestimmungsgebiete für die Versenkung nicht erreichte, sondern schon während der Fahrt wild verklappt wurde. Es sollen, auch das ist bekannt, nach 1947 weitere massive Versenkungen durch die ehemalige Sowjetunion in der Ostsee stattgefunden haben. Aber in den Fokus gerät dieses unliebsame Thema immer dann, wenn Kampfmittel durch Fischer aufgefischt oder Anlandungen von Kampfmitteln an Küsten und Stränden erfolgen. Wägt man die Argumente ab, dann ist die Forderung, einen Bericht mit Gefährdungsabschätzung für Mensch und Umwelt mal eben für die nächste Sitzung einzufordern, mehr als nur naiv.

Herr Kollege Leonhard, ohne Ihnen zu nahe zu treten, vielleicht hätten Sie Ihre Leidenschaft an dieser Stelle zügeln und die Ratio zur Hilfe nehmen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das wäre gut gewesen.)

Welche Qualität, meine Damen und Herren von der FDP, soll denn so ein Bericht oder eine Studie haben? Wozu soll ein mit heißer Nadel gestrickter Bericht oder eine Studie dienen? Oder soll dieser Antrag vielleicht nur dafür herhalten, eine Medienpräsenz zu erreichen? Oder geht es hier um das Prinzip, Profilierung um jeden Preis für die FDP-Fraktion?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Das einzig Positive, was ich diesem Antrag abgewinnen kann, ist die Tatsache, dass sich der Landtag mit dem Thema befasst. Für mich steht fest, dass es durchaus eine latente Gefahr gibt, die von Kampfmittelmunition und konventioneller Munition ausgeht. Bereits auf Grundlage erster Bestandsaufnahmen von Rüstungsaltslasten in den ausgewählten Gebieten der Nord- und Ostsee, die Anfang der 90er Jahre erfolgten, kam man zu dem Ergebnis, dass längerfristig Gefährdungen der Meeresumwelt nicht auszuschließen sind. Bereits vor 15 Jahren wurde deshalb gefordert, dass die bestehenden Erkenntnislücken insbesondere in Bezug auf die Ökotoxikologie durch gezielte Untersuchungen geschlossen werden sollten.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, es gibt durchaus Handlungsansätze, sich mit dieser Thematik zu befassen.

(Zurufe von Gino Leonhard, FDP,
und Michael Roof, FDP)

Und der Handlungsbedarf für das Land besteht zum Beispiel im Rahmen der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, nach der bis 2015 Oberflächengewässer – zu denen auch die Küstengewässer gehören – einen guten Zustand haben müssen. In diesem Zusammenhang sind neben den hauptsächlich die Wasserqualität bestimmenden Einträgen aus landwirtschaftlicher Nutzung auch die chemischen Stoffe von Kampfstoffen beziehungsweise Munition einzubeziehen. Nach der Wasserrahmenrichtlinie, ich rekapituliere noch einmal, war bis Ende 2004 der gegenwärtige Gewässerzustand aufzunehmen und abzuschätzen, bis 2006 waren Überwachungsprogramme und Planungen zur Erreichung eines guten Zustandes einzuleiten, bis Ende 2009 sind Maßnahmenprogramme und ein Bewirtschaftungsplan für die Flusseinzugsgebiete aufzustellen und bis 2015 soll dann in den natürlichen Gewässern ein guter Zustand erreicht werden. Verantwortlich für die Umsetzung zeichnen das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, das LUNG und die StÄUN.

In diesem Jahr, meine Damen und Herren, ist also Halbzeit für die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Im Rahmen der Kleinen Anfrage der FDP informierte das Innenministerium, dass durch die Monitoringprogramme im nachgeordneten Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die Qualität der Küstengewässer langfristig beobachtet wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, allerdings hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen im Rahmen eines Sondergutachtens bereits im Jahr 2004 darauf aufmerksam gemacht, dass zu wenig Informationen vorliegen über den derzeitigen Zustand der Munition

(Michael Roof, FDP: Guck an!)

und somit zur Freisetzung von Schadstoffen, um die Sachlage zufriedenstellend bewerten zu können. Und die Sachverständigen führten weiter aus, ich zitiere: „Da zunehmend auch mit der Durchrostung von dickwandiger Munition zu rechnen ist, wird die Umweltbelastung durch Munitionsinhaltsstoffe wahrscheinlich noch nicht seinen Höhepunkt erreicht haben.“ Zitatende.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Der Sachverständigenrat, Herr Roof, ist ein Rat auf Bundesebene.

Insofern, so konnte ich es zwischen den Zeilen lesen, stehen die Experten den vorliegenden Berichten der Bundesländer über den Zustand der Gewässer im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie doch eher skeptisch gegenüber. Bezogen auf unser Land heißt das: Insbesondere für das Flusseinzugsgebiet Warnow-Peene – und dieses umfasst außer dem Stettiner Haff alle Küstengewässer unseres Landes – liegen nach Expertenmeinung überhaupt keine Erkenntnisse darüber vor, mit wie viel und mit welcher Art von Munition an den fünf offiziellen Munitionsversenkungsstellen und diversen weiteren Verdachtsflächen zu rechnen ist.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Auch im Bericht zur Flussgebietseinheit Oder-Stettiner-Haff finden sich keine Angaben zu Munitionsbelastungen, obwohl Munition dort auf Grundlage einer Eintragung auf amtlichen Seekarten nachweislich entsorgt worden ist.

Sie sehen, meine Damen und Herren von der FDP, ganz so gutgläubig sind wir mit diesem Thema nicht, aber die Hektik und die Eile, die Sie hier an den Tag legen, halten wir für unangebracht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich erwarte von der Landesregierung, dass gemeinsam mit dem Bund nach Wegen gesucht wird, dass eine Ersterkundung oder Sondierung zumindest für küstennahe Munitionsversenkungsgebiete vorgenommen wird. Eine fundierte Auswertung dieser Daten ist notwendig und würde zu einer wesentlichen Qualitätsverbesserung der vorgenommenen Bestandserfassungen für die Küstengewässer beitragen. Hinzuzuziehen ist dabei das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz – früher das Amt für Katastrophenschutz. Unsere Fraktion wird diesen Antrag ablehnen, denn wir sind der festen Überzeugung, dass blinder Aktionismus an dieser Stelle fehl am Platze ist.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lietz. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Matthias Lietz, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Liebe Kollegin Schwebs, ich bin Ihnen dankbar, dass ich nach Ihnen sprechen kann. Das ist vielleicht auch in Ihrem Interesse.

Liebe Kollegen, wir haben damit die Chance, den heutigen Tagesablauf etwas zu forcieren. Zu den Zuständigkeiten und Situationen, das ist uns hier allen bewusst in diesem Hause, lieber Kollege Leonhard, haben wir ausführlich den Bericht des Ministers gehört. Ich möchte an dieser Stelle nur noch einmal unterstreichen, dass auch der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz sich diesem Thema widmen wird. Wir werden auf der Basis der Daten, die ja hier zugesichert sind und die wir auch erhalten werden, darüber beraten. Ich bin mir sicher, dass wir im Verlauf dieser Legislaturperiode über dieses Thema weiterhin sprechen werden, und bitte dazu auch die anderen Ausschüsse. Angesprochen war der Innenausschuss, aber ich denke auch, dass im Bereich der Finanzen über dieses Thema ausführlich gesprochen werden muss.

Über die Notwendigkeit, das Thema zu behandeln, brauchen wir hier und heute nicht zu debattieren. Auch ich schließe mich meinen Vorrednern an: Wir werden Ihren Antrag heute hier ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Lietz.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe bereits die Schlagzeile in der Zeitung mit den vier großen Buchstaben vor mir: „Al Kaida und neue Nazis rüsten auf – Tauchtrupps bergen Munitionsaltlasten“. Der bekannte Meeresbiologe Dr. Stefan Neh-

ring befürchtet im Zusammenhang mit den in der Ostsee lagernden Kampfmitteln einen möglichen Zugriff terroristischer und sogenannter rechtsextremer Gruppen. Nehring bezieht sich dabei auf die geringen Wassertiefen vieler Versenkungsstellen, die zwischen null und 30 Meter betragen. Anscheinend folgt der Mann, zumindest was die nationale Opposition betrifft, der Spiegelfechterei des BRD-Zeitgeistes. Dr. Nehrings wissenschaftliches Renommee wird dadurch aber in keiner Weise geschmälert. Mit tiefgründigen und teilweise mühseligen Recherchen hat er unter anderem nachgewiesen, dass in der Ostsee eine Zeitbombe tickt, die zur Kontamination von Meeresorganismen führt

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

und Menschen gefährdet, zum Beispiel Fischer, aber auch Touristen, wie wir erst kürzlich wieder von der Insel Usedom erfahren mussten, als eine Frau infolge weißen Phosphors eine schwere Verletzung davontrug.

Bis heute gibt es für Usedom wie auch für die übrigen in M-V registrierten 16 Versenkungsstellen beziehungsweise Verdachtsstellen keine Gefährdungsabschätzung und erst recht keinen Bergeplan, und das, obgleich Fachleute schon vor zwölf Jahren warnten, dass zunehmend auch mit der Durchrostung dickwandiger Munition zu rechnen sei. Erst im Oktober 2007 wurde auf einem Symposium die Feststellung getroffen, dass Metallhüllen bis zu 0,15 Millimeter im Jahr rosten. Insgesamt rechnet man im Bereich der Ostsee mit mindestens 100.000 Tonnen konventioneller Munition, über 30.000 Seeminen sowie 40.000 bis möglicherweise 365.000 Tonnen Giftgasmunition.

In einem an den Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee gerichteten Offenen Brief vom 8. März 2008 forderte der NABU unter anderem einen gemeinschaftlichen Kraftakt von der Bundes- und der Landesregierung, der Bundeswehr, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Umweltverbänden unter Zurückstellung von Zuständigkeitsfragen. Das klingt auf den ersten Blick wie ein x-beliebiger Hilferuf, trifft aber den Kern, wie die Stellungnahmen beweisen. So heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf Drucksache 16/353 vom 11.01.2006 unter anderem: „Die Beseitigung von Kampfmitteln ... aus der Zeit der beiden Weltkriege ist als Gefahrenabwehr im ordnungsrechtlichen Sinn ... nach der durch das Grundgesetz festgelegten Zuständigkeitsverteilung eine Aufgabe der Länder (Artikel 30, 83 GG).“

In der „Tageszeitung“ vom 14. Januar 2008 wird ein Sprecher des hiesigen Umweltministeriums zitiert. Zitat: „Die Munition liegt entweder außerhalb der Zwölfmeilenzone oder nahe an den Bundeswasserstraßen. Zuständig ist deshalb in jedem Fall die Schifffahrtsdirektion des Bundes.“ Dagegen enthält eine Publikation des Wissenschaftlers Liebezeit die Bemerkung: „Der überwiegende Teil konventioneller Kampfmittel wie Explosivstoff und Brisanzmunition sei in den deutschen Küstengewässern innerhalb der Zwölfmeilenzone versenkt worden.“ Wer hat Recht? Oder spielen sich hier zwei Ebenen auf Kosten von Mensch und Natur die Bälle zu? Wird gar versucht oder vertuscht, wie es die „Süddeutsche Zeitung“ vom 01.02.2008 aufgrund ihrer vorliegenden Dokumente für die Bundesseite feststellte?

Die Lübecker Bucht betreffend – und dies sollte auch uns in M-V etwas angehen – sei das Bundesamt für See-

schifffahrt und Hydrographie in den 90er Jahren vom Verkehrsministerium unter Druck gesetzt worden, Funde nicht aufzuführen beziehungsweise umzudeklarierten von „chemischer Munition“ zu „Chemikalien“. In offiziellen Dokumenten fehlen die Fundstellen so gänzlich, was auch einer Hintergehung der internationalen Helsinki-Kommission gleichkommt. Dies ist ein Treppenwitz. Derweil sich BRD-Regierungen tatsächlich souveränen Staaten gegenüber in oberlehrerhafter Manier anmaßen, Demokratie und Toleranz anzumahnen, wird das Thema Munitionsaltlasten im eigentlichen Zuständigkeitsbereich wie eine Art Geheimwissen verhandelt. Der Antrag der NPD ist aus unserer Sicht sinnvoll und findet die Unterstützung meiner Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ja erstaunlich. – Zuruf von
Minister Dr. Till Backhaus)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Leonhard. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Der eigene Antrag findet Zustimmung in der Fraktion.)

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst lassen Sie mich noch einmal feststellen, es geht hier um den Antrag meiner Fraktion, der FDP-Fraktion. Ich werbe hier ausdrücklich nicht um die Stimmen der NPD, weil wir die nicht brauchen.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist uns klar. –
Michael Andrejewski, NPD: Oh! –
Zurufe von Raimund Borrmann, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Was ich nicht ganz verstehen kann, sehr geehrter Herr Minister, ich finde es nicht fair und auch nicht gerecht, dass wir das Thema Vögel mit Munition in Verbindung bringen. Das Thema Vögel hat ganz andere Gründe. Das ist eine Krankheit.

(Michael Andrejewski, NPD: Was?!)

Die Vögel fliegen und die Munition, die liegt seit mehreren Jahrzehnten. Das Thema ist virulent und es ist einfach da.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD – Zurufe von
Michael Andrejewski, NPD, und
Raimund Borrmann, NPD)

Zu der Fraktion DIE LINKE möchte ich Folgendes sagen: Wir beschäftigen uns ja auch mit dem Thema von sorbischen Minderheiten. Und wenn Sie in acht Jahren Regierungshandeln keine Notwendigkeit gesehen haben, sich diesem Problem zu widmen, dann tut mir das leid.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht. Sie haben doch gehört, es ist kontinuierlich gearbeitet worden.)

Aber wozu das geführt hat, das kann ich Ihnen mal aus der Jahresstatistik 2007 „Beseitigung von Kampfmitteln in Mecklenburg-Vorpommern“ vorlesen: „Aus Umweltschutzgründen“, Herr Professor Methling, „wurde im Oktober 2007 die thermische Vernichtung von Kampfmitteln in den beiden Zerlegebetrieben des Landes eingestellt, da hierfür keine geeigneten Rauchgasreinigungs-

anlagen zur Verfügung stehen. Zur umweltfreundlichen Entsorgung werden die Kampfmittel zukünftig zu einer entsprechend ausgestatteten Anlage in Munster – das liegt in Niedersachsen – „gefahren.“

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, es gibt Vereinbarungen zwischen den
Ländern, das so zu machen. – Zuruf
von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

„Hieraus ergibt sich zukünftig ein erhöhter Aufwand für Untersuchung, Verpacken und Verladen sowie den Transport.“

Und der zweite Punkt, der noch viel virulenter ist aus unserer Sicht: „Im Zuge der Umsetzung des Personal-konzeptes 2004 der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern ...“ – in diesem Zuge wurden schon die Stellen des Munitionsbergungsdienstes von 61 auf 23 gekürzt, meine Damen und Herren, nur damit das mal klar ist – „wurde die Stellenzahl im Zuge von Pensionierungen bis Ende 2007 auf 43 Mitarbeiter“ insgesamt „reduziert.“

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ich frage mich, wenn wir insgesamt zu der Auffassung kommen, das ist ja eigentlich von allen Rednern auch so vorgetragen worden, dass uns dieses Thema innerlich so sehr am Herzen liegt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

warum Sie unserem Antrag hier heute und an dieser Stelle nicht folgen können.

(Raimund Borrmann, NPD:
Weil das geheim bleiben soll. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach Gott, ach Gott!)

Wir werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann ich hier an dieser Stelle auch deutlich machen, sollten Sie unserem Antrag nicht zustimmen, eine Selbstbefassung sowohl im Innenausschuss als auch im Verkehrsausschuss beantragen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das hat doch der Innenminister vorgeschlagen. –
Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja.)

Wir werden eine umfassende Anhörung zu diesem Thema beantragen, und zwar zum Ende der Saison, also im Herbst dieses Jahres. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist ein
guter Vorschlag, Herr Leonhard.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Leonhard.

Es hat noch einmal um das Wort gebeten der Innenminister des Landes Herr Caffier. Bitte schön, Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wie ein Abgeordneter gerade richtig bemerkte, alles das, was Sie hier gesagt hatten, wurde Ihnen im Vorfeld gesagt. So wollen wir es gemeinsam tun.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Insofern hatten Sie zu Recht bemerkt, auch ohne das Schaulaufen hätte das erfolgen können.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Zwei Bemerkungen möchte ich aber trotzdem machen:

Erstens. Herr Leonhard, ich bitte Sie, hier nicht mit Falschdarstellungen zu arbeiten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses – wenn Ihre Mitarbeiter Ihnen so etwas zuarbeiten, ist das vielleicht möglich – zu unterstellen, dass wir bestimmte Beurteilungen von Lagen, ob die Gefährdung akut oder latent ist, falsch darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –

Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Die Mitarbeiter des Bergungsdienstes arbeiten entsprechend. Und was das Wrack betrifft, um auch das deutlich zu sagen, besteht zurzeit nach Lageeinschätzungen unserer Sprengstoffexperten – wenn Sie Sprengstoffexperte sind, okay, dann wissen Sie mehr – keine akute Gefahr. Deswegen haben wir den Antrag entsprechend gestellt. Wenn eine sofortige Gefahr bestanden hätte, dann wäre sie selbstverständlich auch sofort behoben worden.

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Zweitens. Was die Stellenanzahl anbelangt, da dieses hier mehrmals suggeriert wurde, dazu sage ich Ihnen Folgendes: Allen in diesem Parlament ist bekannt, dass diese Frage, was Munition und Altlasten betrifft, nach wie vor eine virulente und akute Gefahr bleibt.

(Michael Roolf, FDP:
Deswegen kürzen wir Stellen.)

Dementsprechend wird ein dezidierter ständiger Abbau in dem Bereich nicht möglich sein und man wird sich bei der Neuausrichtung eines Doppelhaushaltes dementsprechend einrichten. Dass wir auf einen längeren Zeitraum den Munitionsbergungsdienst mit einer stabilen Einsatzbereitschaft brauchen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Das ist ja mal ein Ansatz. –
Gino Leonhard, FDP: Das ist eine klare
Aussage. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

das ist hier im Parlament vollkommen unstrittig. Das muss man nicht im Vorfeld erörtern. Ich hatte jedoch noch einmal ein Wunsch, hier klarzustellen, dass die Mitarbeiter des Hauses, was die Munitionsbergung betrifft, dementsprechend arbeiten, um Gefahren vom Land abzuwenden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Weiter Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1396 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? –

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich denke, an den Umweltausschuss? –
Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Also es ist bei der Beantragung durch den Antragsteller nachgefragt worden. Es war beantragt: federführend Innenausschuss und mitberatend Verkehrsausschuss. Das ist jetzt der Inhalt dieser Abstimmung.

Wer also diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP und einiger Abgeordneter der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie einer Enthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1396 in der Sache. Wer dem entsprechenden Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1396 bei Zustimmung durch die Fraktionen der FDP und NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Verfassung schützen – Arbeitnehmerinteressen wahren“ eingebracht, der nach Prüfung auf Drucksache 5/1448 vorgelegt wird.

Meine Damen und Herren, wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Prüfung der Zulässigkeit und Verteilung an die Mitglieder des Landtages sowie einer angemessenen Zeit für die Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 30 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages dann erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Die Fraktion der CDU hat eine Auszeit mit einer Dauer von zehn Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung bis 11.50 Uhr.

Unterbrechung: 11.39 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung
wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 11.55 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Landesinnenminister als Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., auf der Drucksache 5/1404.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Landesinnenminister als Landes-
vorsitzender des Volksbundes
Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
– Drucksache 5/1404 –**

Das Wort zur Begründung für die Fraktion der NPD hat der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Die Verfügung über staatliche Ämter ist eines der wirksamsten Mittel von Politikern und Parteien, sich Einfluss und Gefolgschaft zu verschaffen“, so der Staatsrechtler Professor Hans Herbert von Arnim in seinem Werk.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ach, schon wieder. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Das System – Die Machenschaften der Macht“, ein Buch, welches jeder von Ihnen einmal sehr genau durchlesen sollte. Sie erkennen in diesem Buch die Mechanismen Ihrer Parteien. Professor von Arnim führt weiter aus: „Exponenten der Parteien versuchen Verwaltung, Gerichte Rechnungshöfe, Hochschulen staatsnahe Unternehmen und andere vom Grundgesetz als parteifrei konzipierte Einrichtungen mit ihren Leuten zu besetzen.“ Sie hören also, dass Staatsrechtler davon sprechen, dass sich die Systemparteien den Staat zur Beute machen, auch und vor allem in Bereichen, wo eine Besetzung dem Grundgesetz zuwiderläuft. Ähnliches gilt auch für viele Verbände in unserem Land, welche durch Ihre Systemparteien vereinnahmt wurden.

Unser Antrag beabsichtigt daher, weder den Landesinnenminister neuerlich zu brüskieren noch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Dafür muss nicht erst die NPD antreten, das haben beide bereits zur Genüge selbst getan. Es geht also nicht vordergründig darum, dass der Landesinnenminister seine Stellung missbraucht,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

um Patrioten immer und überall mit einem bizarren Gemisch aus Lüge, Verleumdung, Erlassen, Demagogie zu schmähen und zu beschimpfen und das dann noch als Demokratie verkaufen zu wollen.

(Volker Schlotmann, SPD: Sehen Sie, so ist Demokratie. Sie dürfen diesen Mist hier erzählen, ohne dass Ihnen etwas passiert.)

Und es geht auch nicht darum, dass sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im vorausseilenden Gehorsam vor diesen Karren spannen lässt. Dieses sind Auswirkungen Ihrer Parteiendiktatur, die für immer mehr Menschen deutlich sichtbar wird. Nicht umsonst bekommen wir Nationaldemokraten vermehrt Post von Menschen, die sich von Ihrer Bonzokratie abwenden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr schreibt euch selber Briefe. Das wird's wohl sein. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Auch bei diesem Antrag geht es schlichtweg um eine Interessenkollision, die dann eintritt, wenn Minister eingetragenen Vereinen vorstehen, in diesen Steuergelder verwenden und somit Geldgeber und Geldausgeber in einer Person sind.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist etwas faul im Land.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, das stimmt. Sie sind das.)

Die etablierte Politik hat sich schon lange vom Volke entfernt.

(Volker Schlotmann, SPD: Dieser braune Fleck!)

Politikverdrossenheit und Wahlenthaltungen sind dafür die besten Anzeichen. Die Ursachen dafür lassen sich unter anderem in der mangelnden Kontrolle, Transparenz der Politik und ihrer Machenschaften finden. Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Damen und Herren der Blockparteien haben durch ihre Parteien- und Ämterpatronage dem Schattensystem auf dem politischen Parkett der BRD guten Nährboden gegeben.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Allein aus machtpolitischem Kalkül werden einflussreiche und öffentlichkeitswirksame Posten und Pöstchen besetzt, um die eigene Machtposition aufrechtzuerhalten. Dafür müssen dann Vereine und Interessenverbände erhalten, die parteipolitisch missbraucht werden. Wo ein überparteiliches und korrektes Verhalten Voraussetzung wäre, findet man dann nur noch parteipolitisch motivierte Handlungsweisen. Diese Fehlentwicklung hat eine Vereinssituation mit ungemein hoher ideologischer Konzentration geschaffen. Vereinssatzungen sind da nur marginal, es zählt nur die eigene Wahrheit, die mit diktatorischer Aufdringlichkeit in Erlassen und Beschlüssen dem Verein auferlegt werden. Unrecht wird per Verordnung erlassen. Das alles widerspricht eklatant den Grundsätzen der Demokratie, wie Sie diese, meine Damen und Herren, immer wieder verstehen wollen.

(Volker Schlotmann, SPD: Von denen Sie gar keine Ahnung haben.)

Vielfalt, Toleranz, Transparenz und Teilhabe führen Sie zwar immer wieder im Munde,

(Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

doch wenn man Sie darauf festnageln will, kommen Ausflüchte, Sonderregelungen und Ausnahmen. Genau dieses trifft mittlerweile auf den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu. Der Verein ist zur Beute der Parteien geworden und wird ideologisch wie parteipolitisch missbraucht.

(Volker Schlotmann, SPD: Solange wir nicht zu Ihrer Beute werden. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Was wird geschehen, wenn dieses auch das einfache Mitglied durchschaut? Was ist, wenn der komplette Mangel an seriöser Politik des Vereines, vertreten durch den Landesinnenminister und unter der zweifelhaften Schirmherrschaft der Landtagspräsidentin, erkannt wird? Was ist, wenn sich das oberste Gremium so weit von den Mitgliedern entfernen und entfremden wird, dass die Mitglieder gehen? Fallen dann die bitter notwendigen Spenden weg wie im Falle von UNICEF Deutschland?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Vereine sind Interessenverbände. In Ihrem BRD-Verständnis haben sie unter anderem die Aufgabe, Einflussfaktor in der politischen Willensbildung zu sein. Daraus ergibt sich wiederum nach dem Diktat der BRD-Systemparteien eine Verflechtung zwischen Führungspositionen in Verbänden und politischen Gremien. Doch das, und das ist unser massivster Kritikpunkt, führt zwangsläufig zur Instrumentalisierung des Amtes, zumal wenn ideologische Ketzerrichter und parteipolitische Raffkes das Zepter führen.

(Volker Schlotmann, SPD: Machen Sie das so bei Ihren komischen Untergruppierungen? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Eine pluralistische Demokratie zeichnet sich unter anderem dadurch aus,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dass es keine NPD gibt. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

dass ein Mehrparteiensystem mit programmatischer Konkurrenz stattfindet, das durchaus polarisieren kann und darf.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:

In das Sie gerne möchten. –

Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Vereine unterliegen den Spielregeln der Demokratie und sind der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Beide bedürfen der Kontrolle durch den Souverän. Das ist jedoch leider nicht immer gegeben, wenn nach Führerprinzip geherrscht und mit Impertinenz politische Dogmatik verkündet wird.

(Gelächter bei Abgeordneten

der Fraktion der SPD – Beifall bei

Abgeordneten der Fraktion der NPD –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Jetzt ist es aber langsam genug hier! –

Dr. Armin Jäger, CDU: Also, wenn die
Brandstifter von der Feuerwehr reden, das habe
ich gerne. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Politik wird nur noch als Systemerhalt betrieben und die Vereine und Interessenvertretungen werden zum Spielball machtbesessener ehemaliger LPG-Vorsitzender.

(Unruhe bei Abgeordneten

der Fraktionen der SPD und CDU –

Volker Schlotmann, SPD: Reden Sie von

Ihrem Zukunftsprogramm oder was?! –

Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In der Präambel der Satzung des Volksbundes finden sich jene Ziele wie die unveräußerlichen Menschenrechte als Fundament des Friedens,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

die Übung von Toleranz und die Begegnung sowie das gemeinsame Wirken junger Menschen aller Nationen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Dass dieses zur hohlen Floskel verkommen ist, hat sich nach des Innenministers Führerbefehl, genannt „Extremistenerlass“, bewiesen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Das darf man sich doch nicht bieten lassen! –

Werner Kuhn, CDU: Eine Frechheit ist das! –

Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,

und Udo Pastörs, NPD)

Zu den Aufgaben des Volksbundes und insbesondere der Landesverbände

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die denken,
die haben hier Narrenfreiheit. – Zuruf von
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

zählt laut Satzung, mit der Regierung und den Behörden ihres Landes auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge zusammenzuarbeiten. Die Betonung liegt auf „Zusammenarbeit“.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es finden sich jedoch keine Zeilen über die verhängnisvolle Personalunion von Geldgebern und Geldnehmern

(Volker Schlotmann, SPD: Denken Sie an die
Liste der Vorbestraften und Verurteilten!
Die Liste werden wir fortsetzen.)

und das Beziehungsgeflecht parteipolitischer Ausrichtungen. Ein Blick in andere Parteisatzungen, Vereinssatzungen sollte ausreichen, um hier diese Fehlentwicklung rückgängig zu machen, um parteipolitische Neutralität festzuschreiben.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Wir Nationaldemokraten fordern den Landtag auf, sich für eine strikte Trennung von Politik und Vereinswesen auszusprechen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

um Interessenskollisionen und parteipolitischen Missbrauch zu vermeiden!

(Reinhard Dankert, SPD: So, wie
Sie das in Ihrer Partei machen?)

Das ist oberstes Gebot eines Vereins, der für die Verständigung steht, der sich der Opfer der Kriege angenommen hat und somit die Interessen des ganzen deutschen Volkes vertritt. Denn jede Familie dürfte Kriegstote zu beklagen haben, beziehungsweise hat sie.

(Volker Schlotmann, SPD: Das haben
die Nazis verursacht. Ihre Vorväter,
wissen Sie?! Auch wenn Sie das nicht
hören wollen, das ist so. – Zurufe von
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Jede Familie hat die Not, die Zerstörung und den Tod durch die Kriege erfahren. Oberstes Gebot eines solchen Vereines muss Unparteilichkeit sein. Dieses ist jedoch nicht gegeben.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Meine Damen und Herren, Ihre Zwischenrufe lassen deutlich erkennen, dass Sie sich hier stark getroffen fühlen.

(allgemeine Unruhe –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich denke, Sie werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren!

Herr Abgeordneter Köster, für die Beleidigung und Herabwürdigung eines Verfassungsorgans und eines Ministers erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Frau Abgeordnete Strenz, für die persönliche Beleidigung eines Abgeordneten dieses Hauses erteile ich Ihnen ebenfalls einen Ordnungsruf.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen um eine vernünftige, sachliche Debatte und die Achtung der Würde des Hauses.

Es hat im Ältestenrat eine Vereinbarung gegeben über die Dauer der Aussprache. Es ist vereinbart worden, diese mit etwa 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Michael Andrejewski, NPD: Der Sprecher
der Roten Armee. – Udo Pastörs, NPD:
Der Hüter des deutschen Volkes. – Heiterkeit
bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Peter Ritter, DIE LINKE: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haben Sie gestern Abend „Extra 3“ gesehen?

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Da gab es einen interessanten Beitrag „Deutsch für Nazis“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Volker Schlotmann, SPD: Ja, der war gut. –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und
Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Herr Köster, wir machen jetzt noch eine weitere Lektion. Es heißt „Präambel“ und nicht „Präembel“.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Stefan Köster, NPD: Bitte schön.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht wurde NPD-Mitgliedern die Mitgliedschaft im Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge verwehrt.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Durch diese Entscheidung zutiefst gekränkt, versucht die NPD-Fraktion nun mit allerlei merkwürdigen Begründungen, ihr Unverständnis über diese Entscheidung zu thematisieren. Wie immer geht es der NPD-Fraktion dabei nicht um Inhalte, sondern um Schaumschlägerei.

(Michael Andrejewski, NPD: Na klar.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Minister der Landesregierung leisten ihren Eid auf die Verfassung des Landes.

(Udo Pastörs, NPD: Wie Sie auf die rote Fahne.)

Diese Verfassung beinhaltet seit Kurzem den Artikel 18a. Im Abschnitt dieses Artikels heißt es: „Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen“.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist ein Motto der NVA.)

Das Motto des Volksbundes, Herr Andrejewski, lautet „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“.

(Stefan Köster, NPD: Haben wir gemacht. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktion DIE LINKE – Zuruf von
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aus beidem, der Festlegung der Landesverfassung und der Zielstellung des Volksbundes, ergibt sich auch der Handlungsauftrag für den Innenminister des Landes, der im Ehrenamt Landesvorsitzender des Volksbundes ist.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist keine Interessenkollision, sondern Interessensübereinstimmung, meine sehr verehrten Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Ein Grund zum Rücktritt als Landesvorsitzender des Volksbundes ergibt sich für den Innenminister also überhaupt nicht.

Zweitens. Schauen wir uns einmal die Begründung Ihres Antrages an. Da schreiben Sie doch in der Tat: „Da der Landesverband des Volksbundes vom Land Leistungen erhält, die im Haushaltsplan des Innenministeriums aufgeführt sind“, und so weiter, und so fort. Wieder einmal zeigt sich, dass Sie von Haushaltsführung keinerlei Ahnung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Michael Andrejewski, NPD:
Aber Sie, Herr Ritter!)

Herr Pastörs, ich empfehle Ihnen einmal einen Blick in den Plan des Innenministeriums.

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Michael Andrejewski, NPD)

Dort sehen wir zum Beispiel unter der Rubrik „Einnahmen“ im Titel 231.04 „Erstattungen des Bundes nach dem Gräbergesetz“ in Höhe von rund 800.000 Euro. Und bei den Ausgaben dieser Bundesmittel, die ein durchlaufender Posten in unserem Landeshaushalt sind,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Wissen sie nicht, was das ist.)

finden wir unter dem Titel 633.01 „Zuweisungen an Gemeinden nach dem Gräbergesetz“ – falls Sie das Gräbergesetz nicht kennen sollten, sollten Sie es einmal studieren – rund 750.000 Euro und Zuweisungen an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, nach dem Gräbergesetz rund 50.000 Euro.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Diese Mittel setzt der Volksbund für Deutsche Kriegsgräberfürsorge nach dem Gräbergesetz für die Gedenkstätte am Golm ein, denn dafür ist der Volksbund zuständig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)

Eine Interessenkollision ist also auch hier nicht zu erkennen. Die Begründung Ihres Antrages ist deshalb vollkommen falsch.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ja, die lügen, wo es ihnen passt.)

Damit könnte ich meinen Redebeitrag, der die Ablehnung Ihres Antrages auch inhaltlich begründet hat, eigentlich beenden.

(Udo Pastörs, NPD: Nein,
tun Sie es nicht! Weiter so!)

Doch so einfach will ich es Ihnen nicht machen, Herr Pastörs.

(Stefan Köster, NPD: Oh, oh, oh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als mein Vater so alt war wie mein Sohn heute, nämlich 20 Jahre, war er schon in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

(Stefan Köster, NPD: Trotzdem sind Sie
Kommunist! Trotzdem sind Sie Kommunist! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Für Führer, Volk und Vaterland schwer verwundet, Herr Köster, kehrte er 1949 aus der Kriegsgefangenschaft zurück.

(Michael Andrejewski, NPD: Dass er das überlebt hat! – Raimund Borrmann, NPD: Da hat er aber Glück gehabt.)

Da hat er Glück gehabt. Da haben Sie recht, Herr Borrmann, denn viele andere, die mit ihm als junge Männer in einen sinnlosen Krieg ziehen mussten,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

angezettelt von Herrenmenschen, die heute immer noch Ihr Vorbild sind,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

viele andere hatten das Glück dieser Heimkehr nicht. Sie sind gefallen auf den Schlachtfeldern Europas.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Männern eine würdige Ruhestätte zu geben, ihren Angehörigen beim Aufklären über ihr Schicksal zu helfen, das ist Aufgabe des Volksbundes,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Das ist auch gut so.)

Versöhnung über den Gräbern und Arbeit für den Frieden.

(Beifall Udo Pastörs, NPD: Das ist gut so.)

Herr Pastörs, passen Sie auf, dass Ihre Hand nicht abfällt, denn alles das hat nichts, aber auch überhaupt nichts mit dem Heldengedenken zu tun, welches Sie alljährlich zum Volkstrauertag zelebrieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Absolut richtig. – Udo Pastörs, NPD: Das müssen Sie uns überlassen.)

Das überlassen wir Ihnen nicht, denn Ihr Heldengedenken, Herr Pastörs,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

das ist Geschichtsklitterung, das ist Verhöhnung der Opfer des Krieges, das ist Verehrung der Massenmörder und Volksverdummer.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Selbst wenn es so wäre! Selbst wenn es so wäre!)

Deshalb ist zu Recht für Sie kein Platz im Volksbund.

(Udo Pastörs, NPD: Selbst wenn es so wäre, haben wir das Recht dazu!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor wenigen Tagen konnten wir auf der traditionellen Festveranstaltung des Landesverbandes des Volksbundes erleben, wie Schülerinnen und Schüler für ihre Projektarbeiten ausgezeichnet wurden. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern aus unseren Nachbarstaaten pflegen sie Kriegsgräberstätten, erforschen sie das Schicksal der Opfer des Krieges

(Michael Andrejewski, NPD: Soll das die neue FDJ werden? – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und ziehen Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft. Damit, meine Herren von der NPD, entziehen sich diese Schülerinnen und Schüler bewusst selbst den von der NPD

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

und anderen Rechtsextremisten gebotenen demokratiegefährdenden und verfassungsfeindlichen Parolen

(Udo Pastörs, NPD: Das ist auch deren gutes Recht, dass sie das tun.)

und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zurufe von Minister Lorenz Caffier und Michael Andrejewski, NPD)

Meine Herren von der NPD, das ist Ihnen natürlich ein Dorn im Auge, denn Sie merken sehr deutlich, dass Sie für die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in unserem Land eben keine Alternative darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Wo ist denn die FDJ? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“,

(Raimund Borrmann, NPD: Sie haben sich doch nur mit einem versöhnt, mit dem Kapital.)

dieses Motto ist auch für mich Motivation, im Volksbund Mitglied zu sein und mitzuarbeiten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, für die Mauerooper, die Sie zu verantworten haben. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Natürlich stelle ich mir dabei auch die Frage: Warum müssen heute wieder Mütter und Väter darum bangen, ob ihre Söhne und Töchter unverseht aus Kriegen zurückkehren?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich stelle mir die Frage: Warum sind Frieden, Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit nicht überall verpflichtende Realität?

(Udo Pastörs, NPD: Weil Ihre Oberdemokraten sie am Hindukusch verheizen.)

Warum haben wir noch nicht begriffen, dass auf Bajonettspitzen kein Frieden wächst?

(Michael Andrejewski, NPD: Schöne Grüße nach Afghanistan!)

Das sind Fragen, die es für mich zu beantworten gilt, deshalb auch mein Engagement im Volksbund,

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein Heuchler. – Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt reicht's! – Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus und Irene Müller, DIE LINKE)

deshalb auch meine Unterstützung für den Landesvorsitzenden des Volksbundes in Mecklenburg-Vorpommern.

Herr Pastörs! Meine Herren von der NPD! Auch wenn ich nicht glaube, dass es bei Ihnen einen Erkenntniszuwachs

gegeben hat, möchte ich Ihnen raten: Ersparen Sie uns weitere Peinlichkeiten zu diesem Thema!

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Bleiben Sie einfach sitzen und halten Sie den Mund! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erteile dem Abgeordneten und Vorsitzenden der NPD-Fraktion Herrn Udo Pastörs einen Ordnungsruf für seine Beleidigung des Abgeordneten Herrn Ritter und mache ihn darauf aufmerksam, dass ihm bei einem weiteren Ordnungsruf das Wort hier für die heutige Sitzung entzogen wird.

(Volker Schlotmann, SPD: Der will nur früher nach Hause. – Reinhard Dankert, SPD: Er muss ja auch noch die namentliche Abstimmung überleben zum Schluss.)

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ritter, Sie haben uns in grandioser Weise hier gezeigt, dass Sie keine Ahnung haben.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Aber Sie! Ich lach mich ja scheckig! – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich und meine Kameraden sind weiterhin Mitglied oder Mitglieder im Volksbund. Es läuft zwar ein Schiedsverfahren gegen uns, aber wir sind der besten Hoffnung,

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, schau'n wir mal!)

dass da die angeblich wehrhafte Diktatur der Parteien wieder scheitern wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie werden sich wieder täuschen. – Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Herr Ritter, Sie sollten sich einmal den Film „So weit die Füße tragen“ anschauen. Da werden Sie erkennen, wie human Ihre Vorbilder waren.

(Volker Schlotmann, SPD: Hallo! Wir reden von Ihnen! Wir reden von Ihren Vorbildern! Hallo! Nicht ablenken! Nicht ablenken! – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Sie haben nur das Beste für die Soldaten gewollt. Insofern haben aus meiner Sicht bestimmte Worte meines Fraktionsvorsitzenden durchaus ihre Berechtigung.

(Volker Schlotmann, SPD: Ah ja! Das registrieren wir auch sehr genau. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die bereits durchgeführten Landratswahlen zeigen es und bei den kommenden Wahlen werden wir es auch wieder erleben können:

(Volker Schlotmann, SPD: Ah ja! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

In Mecklenburg-Vorpommern macht sich eine große Politikverdrossenheit breit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nicht nur wir Nationalen sehen hierfür ganz klar die Parteien des Systems als verantwortlich an, vor allem die bekannten Diätenkorruptionsaffären

(Volker Schlotmann, SPD: Wovon leben Sie, Herr Köster? Herr Köster, wovon leben Sie? Wo haben Sie Ihr Einkommen her? Wovon leben Sie? – Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie schon mal gearbeitet?)

wie jetzt bei den offensichtlichen CDU-Spendenaffären hier in Mecklenburg-Vorpommern, so, wie die stille und heimliche Diätenerhöhung, die, der NPD sei Dank, nicht geheim bleiben wird.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Sprechen Sie mal zum Thema! Sprechen Sie mal zum Thema! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Mindestens genauso schwer wiegt die Tatsache, dass die herrschenden Parteien der Ansicht sind,

(Volker Schlotmann, SPD: Sie müssen noch lauter schreien, damit Sie sich sicherer fühlen.)

sie verfügen über ein Monopol in der politischen Willensbildung.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das Thema heißt Volksbund!)

Viele Staats- und Verfassungsrechtler stellen zu Recht fest, dass die Parteien überdehnt haben und in Bereiche eingedrungen sind,

(Volker Schlotmann, SPD: Was ist die NPD eigentlich? Können Sie uns das mal erklären! Sind Sie nicht auch eine Partei?)

in denen sie nichts zu suchen haben. Sie stellen zu Recht fest, dass in vielen Bereichen, ob ehrenamtlich oder beruflich,

(Volker Schlotmann, SPD: Sie sind doch eine Partei. Ich weiß nicht, wovon der da faselt.)

das Parteibuch das wichtigste Bewerbungskriterium ist.

(Toralf Schnur, FDP: Also ist die NPD keine Partei. – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Zu Recht ist auch die Kritik an der Allgegenwart in Vereinen und Verbänden. Diese Beherrschung des öffentlichen Lebens wird wie ein Bumerang auf Sie zurückkommen.

(Karin Stenz, CDU: Na dann können Sie doch zufrieden sein.)

Das Politikverständnis Ihrer Parteien wird auch am Innenminister Lorenz Caffier deutlich. „Die Blockflöte“, so die „Junge Freiheit“ in ihrer Ausgabe vom 18. April 2008,

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

ist ein Paradebeispiel für die Politikaste.

(Volker Schlotmann, SPD: Jetzt müssen Sie noch Ihr altes Pamphlet zitieren. Das ist ja eine Lachnummer hier alles. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„Wie einst die Ost-CDU ihre Treue zur führenden Rolle der SED bekundete“,

(Volker Schlotmann, SPD:
Das ist wirklich 'ne Lachnummer!)

gibt er heute den Verfechter der Landesverfassung und des Grundgesetzes

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das muss
Sie doch schwer getroffen haben mit
Andrejewski und Co. – Zuruf von
Peter Ritter, DIE LINKE)

und biedert sich morgen wohl, wenn die Diktatur der Klicker und Lobbyisten gebrochen ist,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dem kommenden System an,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

ohne Ideale und gradlinige Haltung, einfach auf Macht konzentriert,

(Volker Schlotmann, SPD:
Wonach streben Sie eigentlich?)

nicht fürs Volk,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Zum Thema!)

sondern zur Selbstbedienung. Wie erbärmlich!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Volker Schlotmann, SPD: Also Herr Köster
war erbärmlich, das stimmt. Das kann
ich nur unterstreichen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1404.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Wer dem Antrag der Fraktion der NPD zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1404 bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Ablehnung aller übrigen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen – Entwicklung und Ausbau zur Wirtschafts- und Kulturregion, Drucksache 5/1416.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Deutsch-polnische Zusammenarbeit
vertiefen – Entwicklung und Ausbau
zur Wirtschafts- und Kulturregion
– Drucksache 5/1416 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der nun zu debattierende Antrag meiner Fraktion geht zurück auf die letzte Aktuelle Stunde des Landtages. Damals ging es um die vorurteilsfreie Gestaltung des deutsch-polnischen Zusammenlebens im erweiterten Schengenraum. In der Debatte wurde deutlich, dass dieses Anliegen von allen demokratischen Fraktionen dieses Hohen Hauses mitgetragen wird. Neben

innenpolitischen Aspekten gingen die Rednerinnen und Redner auch auf die Zusammenarbeit in Bereichen wie Bildung oder Wirtschaft ein. Aber außer dem natürlich wichtigen Bekenntnis zur deutsch-polnischen Partnerschaft im Allgemeinen hat der Landtag keine neuen und vor allem keine konkreten Signale ausgesandt. Deswegen hält es meine Fraktion für erforderlich und vor allem auch für folgerichtig, dass doch ein paar konkretere Vorstellungen auch der Landesregierung gegenüber formuliert werden, um die deutsch-polnische Zusammenarbeit weiter zu vertiefen mit dem Ziel, die Grenzregion zu einer Wirtschafts- und Kulturregion auszubauen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist sich darüber im Klaren, dass die im Antrag formulierten Vorschläge keine Patentrezepte sind. Wir wissen natürlich auch, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht bei null anfängt. Die vorherigen Landesregierungen haben sich stets für einen Ausbau der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ausgesprochen, ebenso die gegenwärtige. Meine Fraktion ist trotzdem der Auffassung, dass wir besser werden können und müssen. Sehen wir uns doch einmal die Entwicklung der Grenzregionen anderer Bundesländer an. Dort können wir deutlich erkennen, welche Chancen eigentlich für unser Land bestehen, die wir bisher noch nicht genutzt haben.

Erinnern möchte ich auch an die Veranstaltung der Staatskanzlei am 27. Februar 2008 in Schwerin unter dem Thema „Mecklenburg-Vorpommern in der EU 2008/2009 – Themen, Methoden, Akteure“. Auf dieser Veranstaltung sprach auch ein Vertreter aus der Region Elsass. Von ihm konnten wir aus erster Hand erfahren, dort gibt es de facto keine Grenzen mehr und, was noch wichtiger ist, auch keine Grenzen in den Köpfen der Menschen. Natürlich kann man die Situation im Elsassraum nicht 1:1 auf die deutsch-polnische Grenzregion übertragen, nicht aus wirtschaftlichen und schon gar nicht aus historischen Gründen. Schließlich konnte das Elsass als eine reiche Region in Europa über Jahrzehnte zusammenwachsen, aber die dortige Entwicklung und die Resultate sollten uns, so denke ich, Ansporn und Vorbild sein.

Deswegen wollen wir auch, dass die Landesregierung die jahrelangen Erfahrungen anderer Bundesländer in ihrem Handeln berücksichtigt. Wir fordern die Landesregierung auf, Erwartungen und Vorstellungen bezüglich der deutsch-polnischen Partnerschaft zu formulieren und konkret die Punkte zu benennen, wo der Schuh drückt und wo es Verbesserungsbedarf gibt.

(Udo Pastörs, NPD: Geld! Sie brauchen Geld.)

Das halte ich im Übrigen auch für ein sehr wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in den Grenzregionen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt noch einen weiteren Grund, warum wir der deutsch-polnischen Partnerschaft neue Impulse geben sollten. Dieser Grund liegt östlich der Oder. Das Agieren der Kaczynski-Regierung hat unzweifelhaft auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der Woiwodschaft Westpommern mit Mecklenburg-Vorpommern. Das haben diejenigen, die in die interparlamentarische Arbeit einbezogen sind, sehr wohl bemerkt. Aber die Regierung von Ministerpräsident Tusk hat inzwischen neben allen nationalen Interessen aus Warschau ein klares Bekenntnis zur Oderpartnerschaft signalisiert.

(Udo Pastörs, NPD: Da kann man doch Geld abkassieren.)

Damit eröffnen sich für Mecklenburg-Vorpommern wieder neue Wege für eine erfolgreiche und vor allem nachhaltige Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Westpommern.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen abschließend noch einige Punkte aus dem Antrag nahebringen. Nehmen wir zum Beispiel das Thema Schule. Das Deutsch-Polnische Gymnasium in Löcknitz ist zweifellos ein Erfolgsmodell, ebenso das Heringsdorfer Gymnasium. Seit vier Jahren gibt es ab der 8. Klasse gemeinsamen Unterricht an beiden Schulstandorten. Der Unterricht erfolgt zweisprachig.

Meine Damen und Herren, die Beispiele belegen, dass Sprachkompetenz und auch das gegenseitige Wissen um Kultur und Geschichte die grundsätzlichen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Zusammenwachsen sind. Daher sollte der zweisprachige Unterricht dringend noch mehr ausgebaut werden, nicht nur, aber besonders in der Grenzregion. Ich füge hinzu, wir sollten uns auch gut überlegen, ob derartige Gymnasien nicht ähnlich wie Musik- oder Sportgymnasien behandelt werden könnten oder ob bei der Feststellung der Klassengrößen die polnischen Mitschülerinnen und Mitschüler nicht auch berücksichtigt werden müssten. Auf jeden Fall muss verhindert werden, dass derartige Schulstandorte, ich denke da insbesondere an Heringsdorf, wegen der Klassengröße gefährdet sind.

Aber auch Beispiele aus anderen Regionen lassen Handlungsbedarf erkennen, wie im Kindergarten Grambow, im Landkreis Nordwestmecklenburg, in dem aufgrund einer Elterninitiative polnischer Sprachunterricht gegeben wird. Ein weiteres Beispiel ist die Niels-Stensen-Grundschule in Schwerin, die seit Jahren eine feste Schulpartnerschaft mit der Grundschule Nummer 7 in Stettin unterhält.

(Udo Pastörs, NPD: Stettin.)

Nur, meine Damen und Herren, diese Initiativen müssen auch leben und sich entfalten können. Gerade eine Begegnung der Schüler müsste leichter möglich sein und nicht erst ab der 7. Klasse, wie es im entsprechenden Erlass geregelt ist. Das deutsch-polnische Jugendwerk in Pasewalk könnte bei der Änderung dieser Richtlinie solche Begegnungen leichter fördern. Hier ist unzweifelhaft Handlungsbedarf gegeben. Anderenfalls würde sich das Land selbst einen Bärenienst erweisen, sollten nachweislich derart erfolgreiche Projekte mit großer Ausstrahlungskraft durch bürokratische Regularien ausgebremst werden.

Meine Damen und Herren, und nicht zuletzt aus historischen Gründen ist es eine besondere deutsche Verpflichtung, sich für das friedliche Zusammenleben mit unseren östlichen Nachbarn und den gegenseitigen Abbau von Vorurteilen einzusetzen. Diesem Ziel, aber auch dem hochaktuellen Thema des Umweltschutzes verschreibt sich das Friedenszentrum in Anklam.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Wir halten dessen Arbeit für einen wertvollen Beitrag in der politischen Willensbildung, gerade auch im Hinblick auf die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Warum nehmen wir die Angebote der Stiftung nicht stärker in Anspruch? Und vor allem sollten wir das Vorhaben zur

Errichtung einer deutsch-polnischen Friedensschule unterstützen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

in einer Region, in der es eben nicht darauf ankommt, auf welchem Hoheitsgebiet man sich befindet.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Denn das genau ist der zentrale Gedanke der europäischen Idee, einer Idee, die die nationalistische und verfassungsfeindliche NPD einfach nicht begreifen will.

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag spricht sich meine Fraktion auch für eine Professionalisierung und Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten aus. Auch hier sehen wir Reserven. Auf Arbeitsebene finden noch zu selten Kontakte statt. Die Gelegenheit für eine Weiterentwicklung in diesem Punkt ist auch deshalb perspektivisch günstig, weil die polnische Regierung zentrale Reformvorstellungen hat, mit denen den Woiwodschaften weitgehende Kompetenzen übertragen werden sollen. Und Mecklenburg-Vorpommern wird dann, sofern die Reform umgesetzt ist, einen gestärkten Ansprechpartner in der Woiwodschaft Westpommern haben.

Meine Damen und Herren, letztlich hoffe ich, dass der Landtag grundsätzlich mehr in diesen Prozess einbezogen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb gehe ich auch davon aus, dass die Landesregierung den Landtag über das im Herbst 2008 geplante Spitzentreffen der Vertreter aus allen Regionen der Oderpartnerschaft unterrichtet. Ich bin mir sicher, dass wir dann weitere Maßnahmen ableiten können, die Schritt für Schritt zur Entwicklung und zum Ausbau einer Wirtschafts- und Kulturregion beitragen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Detlef Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, ich gebe gerne zu, dass mir die Diskussion am Mittwoch zum Thema Ostseestrategie nicht leichtgefallen ist. Das konnte man, denke ich, auch meiner Rede entnehmen,

(Zurufe von Angelika Gramkow, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

weil ich einfach glaube, dass der Zeitpunkt in der Tat unglücklich war.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja abstruses Zeug.)

Heute, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, der Antrag deutsch-polnische Zusammenarbeit und dann auch die Zusammenarbeit vertiefen, ich finde, auch das ist vom Zeitpunkt her nicht besonders glücklich gewählt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war eine Rede in der Aktuellen Stunde, da wurde etwas Konkretes vorgeschlagen.)

Und wenn ich das noch anmerken darf, Herr Kollege Ritter, auch vom Inhalt finde ich es nicht besonders glücklich gewählt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, na, na!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Gutes hat dann dieser Antrag doch: Er gibt mir die Möglichkeit, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, mich sehr herzlich zu bedanken bei Frau Präsidentin Bretschneider und ihrer Verwaltung, denn sie hat dieses gewichtige Buch hier herausgegeben. In diesem Buch ist das Fünfte Parlamentsforum festgehalten. Insofern, Frau Kollegin Schwebs, die ich im Moment nicht sehe –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sitzt im Präsidium.)

ach so, Entschuldigung –, bin ich schon so ein bisschen überrascht, dass das Parlamentsforum in Ihrer Einbringungsrede überhaupt keine Erwähnung fand.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also, wie gesagt, hier ein Dokument der deutsch-polnischen Zusammenarbeit vom letzten Jahr. Ich glaube, das war eine sehr gelungene Veranstaltung seinerzeit, denn immerhin haben Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landtages

(Irene Müller, DIE LINKE:
Ja, ja, seinerzeit zu meiner Zeit.)

und der Regionalparlamente aus – und hier hören Sie bitte sehr gut zu – Pommern, Westpommern, Ermland-Masuren, also drei polnische Regionalparlamente, Vertreter aus Schonen und Kaliningrad gemeinsam und, wie ich finde, sehr intensiv gearbeitet. Die erarbeitete Resolution ist auch hier im Landtag zur Abstimmung gekommen und es wurde dieser Resolution zugestimmt. In dieser Resolution gab es schon, wie ich finde, den einen oder anderen Auftrag, auch an die Landesregierung, hier aktiv zu werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ist sie schon aktiv geworden?)

Meine Damen und Herren, bevor ich es vergesse, es gibt natürlich eine Fassung in polnischer Sprache, sodass auch unsere polnischen Kollegen die Möglichkeit haben, das hier nachzulesen. Auch das, glaube ich, ist ein Beweis der guten Zusammenarbeit, wenn ich das so sagen darf. Dann ist das hier, wie gesagt, die elfte Publikation, das heißt, es gibt schon weitere Publikationen, die sich auf die Zusammenarbeit, insbesondere die deutsch-polnische Zusammenarbeit, konzentriert.

(Udo Pastörs, NPD: Da können Sie noch 100 machen, das ändert die Situation nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

- 7. und 8. Oktober 2007: konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe „Energie“ im Parlamentsforum Südliche Ostsee in Stettin
- 19. und 20. Dezember: 1. Internationale Anhörung der Arbeitsgruppe in Schwerin

- 24. und 25. Januar 2008: 2. Internationale Anhörung der Arbeitsgruppe in Stettin

(Udo Pastörs, NPD: Das sind Leistungen, ne! Ja, das sind Leistungen!)

- 12. und 13. März 2008 in Stettin: erste Auswertungssitzung
- 17. und 18. April 2008: zweite Auswertungssitzung und Erarbeitung einer Resolution

Im Mai, auch darüber haben wir gesprochen, werden wir uns in Kolberg treffen und dann das Parlamentsforum Südliche Ostsee abhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen nicht alle Termine des letzten Jahres hier vorhalten, aber ich glaube, dass anhand der Termine, die ich hier genannt habe, und hier habe ich mich nur auf Treffen bezogen, die ich als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Energie“ im Parlamentsforum Südliche Ostsee in den letzten Monaten wahrgenommen habe und zum Großteil moderiert habe, deutlich wird, dass wir hier als Parlament, wie ich finde, eine sehr bemerkenswerte Arbeit leisten.

(Udo Pastörs, NPD: Beschäftigungstherapie.)

Aber – auch das will ich hier noch mal der Vollständigkeit halber sagen – zu dieser Initiative, zu diesem Parlamentsforum gehört auch das Jugendprojekt unter Federführung der Freunde aus Westpommern. Auch hier sind sehr häufig junge Menschen aus unserem Land in Polen zu Gast, um bestimmte Vorurteile abzubauen. Wie ich schon angedeutet habe, drei Parlamente aus Polen, die mit uns gemeinsam arbeiten. Ich glaube, wir können sehr stolz darauf sein, dass uns das gelungen ist. Auch noch einmal ein riesiges Kompliment an Frau Präsidentin Bretschneider, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass es dazu gekommen ist. Ich glaube, wir haben uns in gewisser Weise bereits zu einer Modellregion hier in der Ostsee, was das betrifft, entwickelt. Ich jedenfalls kenne kein vergleichbares Modell.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der LINKEN, Sie möchten in Ihrem Antrag die deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen, die Parlamente stärker beteiligen und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten institutionalisieren und professionalisieren. Die von mir hier vorgetragenen Daten, glaube ich, verdeutlichen, dass wir bereits sehr intensiv und vertieft zusammenarbeiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das kann man aber alles noch besser machen, Herr Kollege. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Tutti peletti.)

Das ist natürlich richtig, Herr Kollege Ritter. Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch besser machen kann. Aber ich glaube, wir müssen hier auch aufpassen, was wir leisten können. Denn unsere polnischen Kollegen sind nicht wie wir Berufspolitiker, sie sind Feierabendpolitiker. Da ist es natürlich verständlich, dass der Zeitfonds bei den polnischen Kollegen sehr begrenzt ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, umso mehr müssen wir die Arbeit übernehmen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn ich das auch noch mal so sagen darf: Wir sollten uns ...

(Udo Pastörs, NPD: Sie haben es doch in der Hand. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Machen Sie doch mal den Mund zu, Sie da am Fenster!)

Vielen Dank für die Unterstützung, Herr Kollege Ritter. Es ist kaum auszuhalten, was hier von dieser Seite sozusagen zu ertragen ist.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist auch gut so. Das kann man noch steigern.)

Ich will damit sagen, wir sollten auch schauen, dass wir uns nicht selbst überfordern, denn Sie wissen es alle selbst, all diese Termine, Kongresse und Veranstaltungen benötigen eine gute Vor- und Nachbereitung. Ich glaube, da sind wir gewissermaßen an einer Grenze angekommen.

Meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren, ich glaube, die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene ist kaum professioneller zu gestalten. Ich bedanke mich bei allen, die uns dabei tatkräftig unterstützen. Wir brauchen diesen Antrag wirklich nicht und werden ihn ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das glaube ich Ihnen ja gar nicht so richtig. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Mecklenburg-Vorpommern hat mit Polen den einzigen ausländischen Nachbarn mit einer gemeinsamen Landesgrenze. Nicht nur dies, sondern vor allem die wechselvolle gemeinsame Geschichte macht aus Polen

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und Deutschland im Allgemeinen und aus den gemeinsamen Grenzgebieten Pommern und Vorpommern eine besondere Nachbarschaft. Diese wichtige Beziehung gilt es, insbesondere im Bereich Wirtschaft und Kultur mit besonderer Sorgfalt zu pflegen und weiterhin auszubauen. Es ist daher richtig, dass gute Rahmenbedingungen für einen integrierten Wirtschaftsraum in der Grenzregion geschaffen werden müssen. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten muss weiterhin professionalisiert werden. Selbstverständlich müssen in diesem Zusammenhang wirtschaftliche und kulturelle Kontakte intensiviert und neue geknüpft werden.

An dieser Stelle möchten wir aber auch auf die Problematik der jeweiligen Minderheiten in den beiden Ländern eingehen. Wir meinen hier sowohl die deutschen Minderheiten in der Republik Polen als auch Menschen in der Bundesrepublik, die polnischer Abstammung sind. Diese müssen bei der Entwicklung und beim Ausbau der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen berücksichtigt werden. Denn nur auf der Basis eines tieferen gegenseitigen Verständnisses und bei gegenseitiger Toleranz gegenüber Sprache, Kultur und Tradition der jeweiligen anderen Seite kann Vertrauen und damit eine stabile gemeinsame Entwicklung erreicht werden.

Wichtig ist auch die gemeinsame Küstenregion. So ist die benachbarte Lage an der Ostsee sicherlich nicht nur von besonderer geografischer, sondern auch von einzigartigem umweltpolitischen und kulturellen Interesse. Beide Länder haben auch hier gemeinsame Interessen.

Wenn sie diese Interessen gemeinsam verfolgen, werden dadurch nicht nur wirtschaftliche und umweltpolitische Aspekte verbessert, sondern auch eine gemeinsame europäische Identität entwickelt.

Als dritten und vielleicht wichtigsten Punkt möchten wir ergänzen, dass eine wichtige Basis der deutsch-polnischen Zusammenarbeit die Schaffung von Vertrauen ist. Dies ist in erster Linie durch gegenseitiges Kennenlernen, umfassende Kontakte und ein enges Zusammenwirken der deutschen und polnischen Jugend zu erreichen.

Es wird Sie nach meinen Ausführungen sicherlich nicht überraschen, dass wir den Antrag der LINKEN unterstützen. Das Fundament für eine Zusammenarbeit besteht, wie ich es eben gesagt habe, aus Vertrauen, Toleranz und der freien Entfaltung von kulturellen und wirtschaftlichen Engagements. Wir begrüßen daher den Antrag der Fraktion DIE LINKE und werden ihm zustimmen. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Danke schön.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kuhn von der Fraktion der CDU.

Werner Kuhn, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion DIE LINKE hat mit dem beiliegenden Antrag die Landesregierung aufgefordert, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Grenzregion zu einem integrierten Wirtschaftsraum zu entwickeln. Als Anmerkung, Frau Kollegin Schwebs: Auch unserer Landesregierung ist nicht verborgen geblieben, dass sich in Polen ein Regierungswechsel vollzogen hat und die nationalistischen Tendenzen der Brüder Kaczynski glücklicherweise ein Ende gefunden haben und mit Donald Tusk sowie der Bürgerplattform sicher ein besseres Zusammenarbeiten, das, was Cross Border, grenzüberschreitende Aktivitäten, betrifft, in der Zukunft realistisch werden kann. Wenn Sie die Regionen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen mit Polen vergleichen beziehungsweise Elsass und die angrenzenden Bundesländer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, dann ist das sicher ein zutreffender Vergleich. Ich glaube, wir hatten in unserer Geschichte nur 15 Jahre die Möglichkeit, im wahrsten Sinne des Wortes, freundschaftliche Verbindungen mit unserem Nachbarvolk zu knüpfen und zu realisieren, währenddessen das im Elsass viel günstiger gewesen ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wie kommen Sie auf 15? – Irene Müller, DIE LINKE: Wie kommen Sie auf diese merkwürdige Zahl?)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir zu DDR-Zeiten Schüleraustausche hatten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich gab es das. – Irene Müller, DIE LINKE: Selbstverständlich!)

Das weiß ich nicht. Ich hatte nie eine Einladung dorthin.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Da hätten Sie sich mal ein bisschen kümmern sollen.)

Ich weiß, dass Gryfino mit der Stadt Ribnitz-Damgarten einen Vertrag hatte. Aber das, was jetzt an Möglichkeiten besteht, das hat etwas mit freiheitlicher Demokratie zu tun. Das hat mit dem etwas zu tun, wie wir das gemeinsame Haus Europa bauen. Ich möchte diesbezüglich noch einmal anmerken, das ist eine völlig andere Qualität. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist mein Empfinden und das darf ich hier in diesem Hohen Hause auch sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Ich will noch das eine oder andere, was Ihren Antrag betrifft, was zurzeit an Aktivitäten läuft, erwähnen: Wirtschaftsrepräsentationen haben wir in Größenordnungen zu dem Thema Ernährungsindustrie, eine riesige Kooperationsbörse fing schon 2003 in Stettin und Greifswald an,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

das Thema Wissenschaft und Wirtschaft – hochinteressant – mit dem zuständigen Wissenschaftsinstitut in Stettin, Koczalin, Wissenschaft und Wirtschaft im Jahr 2005, zur Gesundheitswirtschaft hatten wir hier in Schwerin auch einen hochinteressanten Kongress mit unseren polnischen Partnern sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Tourismus. Das sind alles Dinge, die wirklich sehr wichtig und erwähnenswert sind, wo sich natürlich schon das eine oder andere zu einer Selbstverständlichkeit entwickelt hat, zum Beispiel das Haus der Wirtschaft in Stettin, die IHK Neubrandenburg federführend.

Sie haben das sehr gut gemacht mit Unterstützung der Landesregierung. Ich brauche nicht zu sagen, wann das gewesen ist, denn daran haben viele Anteil. Deutsch-polnischer Wirtschaftskreis im Haus der Wirtschaft, alles Dinge, die tatsächlich auch Initialzündungen gewesen sind, die jetzt für viele Unternehmen schon die Möglichkeit geben, dass sie dort ihre Eigeninitiativen entwickelt, Kooperationen gegründet haben und exzellente gute wirtschaftliche Zusammenarbeit, meistens Final Assembly, der Zusammenbau von vielen Modulen, die in Polen gefertigt werden und hier in Deutschland. Da ergänzen wir uns wirklich exzellent. Es gibt praktische Beispiele, was ich ganz toll finde. Das sollte man einfach erwähnen.

Und dass wir uns strategisch neu ausrichten müssen, so, wie Sie das in Ihrem Antrag sagen, mit Institutionalisierung und Professionalisierung meine ich, ist nicht in diesem Umfang notwendig. Wir haben so unterschiedliche Aktivitäten, dass eines nur mal angemerkt werden muss, was sicher notwendig ist, dass man schon die einzelnen Programme der Exekutive, sprich in dem INTERREG-Programm Cross Border, verknüpfen sollte mit dem, was auf parlamentarischer Ebene läuft. Da, glaube ich, ist das eine oder andere wirklich noch optimierungsbedürftig. Diese Zusammenfassung sollte der Landesregierung als Anregung mit auf den Weg gegeben werden. Das wird in der Zukunft auch viel besser laufen, davon bin ich überzeugt. Das INTERREG-Programm „Südliche Ostsee“ ist natürlich dazu ein sehr beredtes Beispiel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass dieser Antrag, so, wie er hier in das Parlament eingebracht worden ist, nicht notwendig ist. Die Aktivitäten laufen, denke ich, sehr optimal. Es sind so vielfältige Initiativen, dazu könnte man eine Zweistundendebatte führen, was wir, denke ich, in dieser Form nicht tun sollten.

(Toralf Schnur, FDP: Dann machen Sie doch mal einen besseren Vorschlag!)

Insofern bedarf es nicht der Aufforderung der Opposition an die Landesregierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, nur die Koalition darf das einfordern.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kuhn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Miss Germany Bretschneider! Business gekleidete Abgeordnete! Es war nur eine Frage der Zeit, bis DIE LINKE ihr Steckpferd des internationalen ...

(Das Mikrofon wird abgeschaltet. – Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, gemäß Paragraph 99 unserer Geschäftsordnung schließe ich den Abgeordneten Herrn Tino Müller von der Landtagssitzung aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es bahnte sich eben an, was wir hier noch zu hören bekommen. Und angesichts dessen ist jede Von-oben-herab-Betrachtung unseres Antrages etwas, das muss ich Ihnen sagen, Herr Kuhn und Herr Müller, was uns allen nicht gut zu Gesicht steht. Das sei angemerkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Sie haben selbst darauf hingewiesen, Herr Kuhn, dass es einige Empfehlungen an die Landesregierung geben sollte. Sie hatten selbst dazu das Wort geführt, dass unser Antrag hier und heute um einiges konkreter ist als das, was Sie in der letzten Landtagssitzung dazu vorge schlagen hatten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wenn Herr Kuhn das sagt, dann ist das besser.)

Ich kann im Übrigen auch eine Zeitpunktdiskussion nicht richtig verstehen. Ich finde es angebracht, einmal einen Moment innezuhalten,

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie eine Gedenkminute!)

um zu überlegen, wenn wir jetzt über deutsch-polnische Zusammenarbeit reden, dann reden wir über einen zivilisatorischen Fortschritt. Über Jahrhunderte haben sich diese Völker befehdet, als in Europa viele Kriege und Kämpfe stattgefunden haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dass wir jetzt über Frieden, Völkerverständigung und ein gedeihliches Zusammenleben reden, ist ein zivilisatorischer Fortschritt, den Sie nicht wollen. Und es ist wichtig, dass wir darauf aufmerksam machen, dass Sie den nicht wollen, sondern es Ihnen darum geht, Menschen aufeinanderzuhetzen aus ethnischen und religiösen Gründen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich komme noch darauf zurück.

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit nach 1945 – Herr Kuhn, Sie waren nicht bei den Jungen Pionieren, wie ich vermute, sonst ...

(Udo Pastörs, NPD: Aber Sie!)

Ja, war ich, war ich. Dazu stehe ich. Stehen Sie doch zu Ihrer Vergangenheit! Ach, das machen Sie ja, das machen Sie ja. Sie bleiben ja sitzen.

(Michael Andrejewski, NPD: Ich
war nicht in der HJ. Tut mir leid. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit nach 1945, sehr geehrte Damen und Herren, ist eine Lehre aus der Geschichte und birgt eine Chance für ein friedliches Zusammenleben. Und über die Chancen möchte ich unbedingt reden, denn da gibt es sehr viel sehr Gutes zu berichten.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und NPD)

Frau Schlupp wird mir sicherlich recht geben, wenn wir uns einmal die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen angucken in unserer Heimatregion im Uecker-Randow-Kreis, die Firma Romag – die haben Sie sicherlich auch schon besucht, ich war letzts da – ist ein gutes Beispiel dafür, dass polnische Investoren sich in Pasewalk angesiedelt haben, Arbeitsplätze schaffen und deutsche und polnische Mitbürger eine gemeinsame Wirtschaft entwickeln wollen zu unser aller Wohl.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Oder umgekehrt: Ich war jüngst beim Metallbau Wittenberg in Torgelow. Die kennen Sie sicherlich auch, Frau Schlupp, Herr Müller. Metallbau Wittenberg hat eine Firma ausgegründet. In Polen beschäftigt sie polnische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Stahlbaufirma und in einer Messebaufirma. Das ist gelebte wirtschaftliche Zusammenarbeit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Oder auf kulturellem Gebiet: Schloss Bröllin.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, Herr Pastörs, da einmal einen Besuch hinzuwerfen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Moderne Kunst mit Laborcharakter. Künstlerinnen und Künstler nehmen teil an Theaterfestivals in Szczecin. Eine tolle Sache, das sollten Sie sich mal antun. Das wäre auf alle Fälle ein kultureller Gewinn und ein Bildungszuwachs auch für Sie.

Oder zur Bildungspolitik: Frau Lochner-Borst und ich haben gestern ein Gespräch mit Herrn Wack gehabt. Herr Wack hat mit strahlenden Augen darüber berichtet, dass es ihm mit der deutsch-polnischen Gesellschaft gelungen ist, mit Sitz in Ueckermünde, zwölf Muttersprachlerinnen für eine frühkindliche Erziehung zu gewinnen, also eine zweisprachige Bildung und Erziehung in dieser Region. Das Interessante an der ganzen Sache ist, das möchte ich Ihnen nicht verschweigen, die haben eine Umfrage unter 400 Eltern in der Region gemacht, und zwar Eltern von Kindern, die in Kindertagesstätten sind, Eltern von Kindern und Heranwachsenden an Schulen, und haben die Eltern gefragt, was sie denn davon halten – jetzt rückblickend –, dass die polnische Sprache dort mit unterrichtet und gebildet wird. 400 Elternhäuser sind angefragt worden, etwa 200 haben sich an der Umfrage beteiligt. Schätzen Sie doch mal, wie viele gesagt haben, es war nicht gut, dass unsere Kinder mit der polnischen Sprache konfrontiert werden im Kindergarten und in der Schule. Ganze fünf, ganze fünf angefragte Elternhäuser haben gesagt, es war nicht gut. Alle anderen 195, die sich dazu geäußert haben, haben gesagt, das ist eine gute Sache, das ist unterstützenswert. So viel nur zu den Ressentiments, die immer wieder so im Raum wabern.

Von den Begegnungen unter Schülerinnen und Schülern in Grabow und an der Nils-Stensen-Schule hat Frau Schwebs gesprochen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass zum Beispiel die Schulen in Rehna und Gadebusch ebenfalls gerne diesen Schüleraustausch haben möchten. Insofern, Herr Bildungsminister – er ist leider im Moment nicht da –, bitten wir darum und empfehlen nachdrücklich, den Erlass zu ändern, der vorschreibt, dass dieser Schüleraustausch erst ab der siebenten Klasse diese Begegnungen ermöglicht. Das sollte früher geschehen, das ist im Interesse der Schülerinnen und Schüler unseres Landes insgesamt. Wir bitten deshalb, den Erlass diesbezüglich zu ändern.

Sehr geehrte Damen und Herren, dass die Nationalisten in diesem Haus bei diesem Antrag Gift und Galle spucken, ist völlig klar, das ist völlig klar.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ihr Weltbild, Herr Andrejewski, geht davon aus, dass Kulturen in sich abgeschlossene Gebilde sind, sie dürften einander nicht zugänglich sein. Erfreulicherweise hatten diese Weltsicht unsere Vorvorfahren nicht.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Überlegen wir doch mal einen Moment ...

(Raimund Borrmann, NPD: Überlegen
Sie doch mal, was die SED gemacht hat!)

Herr Köster, überlegen wir doch mal einen Moment, wenn unsere Vorvorfahren, wenn die Urmenschen Nationalisten gewesen wären, was wäre dann? Dann säßen wir wahrscheinlich jetzt noch mit einem Antilopenfell auf dem Rücken um ein Lagerfeuer in Afrika, würden womöglich mit Holzknüppeln aufeinander losgehen und unsere Eltern wären Geschwister.

(Michael Andrejewski, NPD: Keine
Vorbehalte gegen Naturvölker!)

Sie brauchen das nicht abzuwiegen! Das NPD-Programm belegt Ihre Einstellung und Weltsicht. Dort heißt es wörtlich: „Deutschland muss wieder deutsch werden“ oder „die deutsche Volkssubstanz wäre zu erhalten“.

(Stefan Köster, NPD: Richtig. –
Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Oder ich zitiere einmal aus einer Meldung vom 25.11.2005 einer NPD-Vorfeldorganisation im Uecker-Randow-Kreis, die in Richtung Landrat schrieb: „Ist es das offizielle Konzept des Landkreises, das Kreisgebiet mit Polen neu zu besiedeln oder will der Landrat für eine Abtretung Uecker-Randows an Polen eintreten?“ Was steckt dahinter?

(Raimund Borrman, NPD: Eine
Art Sorbenschutz nur für Deutsche.)

Was steckt hinter dieser völkischen Blutgruppen- und Stammbaumpolitik, frage ich mich ganz besorgt. Dahinter steckt nichts anderes als ein Angriff auf die Menschenwürde.

(Stefan Köster, NPD: Dann
gehen Sie doch nach Polen!)

Menschen werden nicht geboren, um uniformierte Bataillone zu bilden, Herr Köster,

(Michael Andrejewski, NPD:
Auch nicht die NVA?)

sondern um mit anderen zusammenzufinden, sich zu vermischen und trotz kultureller Unterschiede ihre wesentliche Ähnlichkeit zu erkennen.

(Stefan Köster, NPD: Wo haben
Sie das denn her? – Zuruf von
Michael Andrejewski, NPD)

Die kennzeichnende Zwangsvorstellung der Nationalisten ist eine Verherrlichung einer notwendigen Zugehörigkeit jedes Menschen zu seiner Scholle. Im Grunde handelt es sich um die verachtenswerte Geisteshaltung des Besitzwollens, jedes Haus, jedes Ding, Grund und Boden, Landschaften ...

(Stefan Köster, NPD: Jetzt
kommt der Marxist wieder raus.)

Ja, ich bin Marxist, natürlich. Das ist das Gute, dass hier Liberale sitzen,

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

dass hier Sozialdemokraten sitzen, Christdemokraten und Sozialisten untereinander ihre Auffassungen darlegen.

(Stefan Köster, NPD: Und Nationalisten. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Aber das sind alles menschenfreundliche und nicht menschenfeindliche Auffassungen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der
Fraktion DIE LINKE – Unruhe bei
Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Die dumme Parole, Herr Köster, „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ in Verbindung mit der mythischen Verklärung der eigenen Wurzeln

(Stefan Köster, NPD: Ihre Rote Armee hat
Millionen Deutsche verrecken lassen. Ihre
Armee hat Millionen Deutsche umgebracht.)

blockiert die wirklich menschliche Notwendigkeit des Zusammenlebens und der Gastfreundschaft.

(Raimund Borrman, NPD: Meine
Großmutter ist Gast in ihrem eigenen Land. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nationalisten praktizieren geradezu einen – dazu sind sie prädestiniert – biologischen Kult: Rhesusfaktor des Blutes, Hautfarbe, Stammbaum, als wären Menschen Pflanzen. Tatsächlich sind wir alle Fremde, alle, die wie wir hier sitzen, ewig auf Wanderschaft. Unsere einzige wirkliche Heimat ist die Welt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Da Sie jetzt Brecht für sich entdeckt haben – Ihre Vorbilder haben Brechts Bücher 1933 verbrannt, jetzt scheuen Sie sich nicht davor, ihn zu zitieren. Also zitiere ich hier einen jüdischen Publizisten, George Steiner.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Er hat einmal gesagt: „Bäume haben Wurzeln, Männer und Frauen haben Beine, um damit die Stacheldraht-idiotie von Grenzen zu überqueren, um damit die anderen Menschen als Gäste zu besuchen, unter ihnen zu wohnen.“

(Udo Pastörs, NPD: Sie haben
den Stacheldraht hochgezogen. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ein wunderbarer Gedanke, Herr Pastörs, der Ihnen natürlich völlig fremd ist.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Amen!)

In dem Sinne lassen Sie uns die deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen! Je besser uns die deutsch-polnische Zusammenarbeit gelingt,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

davon bin ich zutiefst überzeugt – genau, Herr Köster –, desto besser sind die Chancen, dass die Nationalisten aus diesem Landtag verschwinden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Volker Schlotmann, SPD: Jetzt kommt der
Richtige. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich trage jetzt die Rede von Tino Müller vor,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die wird dadurch
auch nicht besser, Herr Andrejewski.)

gekleidet in einem Anzug für 70 Euro, Hemd 10 Euro. Ich hoffe, das ist hier angemessen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

und unterschreitet nicht die Würde des Hauses.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Na klar, volkstümlich.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber auch einfache Leute ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hätten Sie sich bei der Frisur mal mehr Mühe gegeben, dann wäre es gut.)

Designerklamotten sind noch nicht vorgeschrieben, hoffe ich mal.

Eine Vorbemerkung: Wenn Sie Ihre gestrige Sorbenrede nehmen und für „Sorben“ einfach „Deutsche“ einsetzen, mehr wollen wir gar nicht.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich weiß gar nicht, was das ganze Rassismusgefasel soll.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Oder vorgestern. Das verschwimmt hier schon alles, das ganze Gelaber, das von Ihrer Seite kommt, das kann man schon gar nicht mehr zuordnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hier labert nur einer, der steht da vorne.)

Aber nun zur Rede. Es war nur eine Frage ...

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ja, das glaube ich Ihnen gern, Auge um Auge.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Es war nur eine Frage der Zeit, bis DIE LINKE ihr Steckenpferd des Internationalismus wieder einmal auf die Tagesordnung setzen würde. Um es vorwegzunehmen: Wir werden den Antrag ablehnen, das ist klar.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie erschüttern mich zutiefst.)

Wir lehnen ihn jedoch nicht aus Gründen irgendwelcher ...

(Volker Schlotmann, SPD: Da frage ich mich wirklich, wo sind die 36 Semester geblieben?)

Überraschung, ne?

... uns gern unterstellter Vorurteile ab, sondern aus rein sachlichen Gründen. Durchaus führen die Damen und Herren der LINKEN in ihrem Antrag Punkte an, vor denen sich auch die NPD nicht verschließt, wie die gemeinsame Kriminalitätsbekämpfung, obwohl es die an der Grenze gar nicht gibt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit oder das friedliche Zusammenleben.

(Volker Schlotmann, SPD: Bei der Zusammensetzung der NPD-Kader funktioniert die Kriminalitätsbekämpfung.)

Dennoch überwiegen Ansichten, die sich entweder aus vollkommen falschen Voraussetzungen oder aus ideologischer Verblendung ergeben und daher von uns keine Unterstützung erfahren. Zunächst die Prüfung und gegebenenfalls Initiierung einer gemeinsamen deutsch-polnischen Wirtschafts- und Kulturregion. Wer aber ständig Globalisierung und Liberalismus predigt, steht mit Kultur, und zwar mit jeder, auf Kriegsfuß. Kultur erwächst immer aus der Eigenheit eines Volkes heraus oder eines Urzeitstammes, wie auch immer, dann kann es Austausch geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber ein zusammengewürfeltes Durcheinander aus verschiedenen Kulturen ist letztlich kulturzerstörend und muss aufs Entschiedenste abgelehnt werden.

(Volker Schlotmann, SPD: Gucken Sie sich mal Ihren Stammbaum an!)

Im Übrigen haben Naturvölker wie die Papuas eine genauso hohe Kultur, nur andersartig. Also Ihr Kulturchauvinismus, den Sie hier vertreten gegenüber den Naturvölkern, den finde ich wirklich sehr bedenklich. Dass solche Leute bei unserer Vergangenheit noch im Landtag sitzen, ist grauenhaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Volker Schlotmann, SPD: Ich weiß auch,
wo Sie herkommen. – Zuruf von
Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Papuas haben vielleicht mehr Kultur als Sie.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Der Ausbau des zweisprachigen Unterrichts und die erweiterten Möglichkeiten für Jugendliche, sich früh für die Sprache des Nachbarn zu interessieren, sie zu lernen und anzuwenden, all dies ist auch wieder so ein Trojanisches Pferd. Ziel ist wieder einmal die totale Globalisierung. Wenn sich tatsächlich Jugendliche für Polnisch begeistern sollten, bitte schön, dann sollen sie es lernen, wenn sie Lust haben. Aber Zweisprachigkeit im Vorschulalter ...

(Volker Schlotmann, SPD:
Sie haben 36 Semester nichts gelernt.)

Doch, einiges gelernt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber nur einiges, nicht alles.)

... anzustreben, ist auf jeden Fall der falsche Weg.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Alles wissen nur Sie, das ist klar.

In Ansätzen scheint der Antrag zukunftsorientiert, aber es scheint nur so. Doch da er eine bilaterale Komponente hat, muss selbstverständlich auch der Nachbar mit einbezogen werden. Und wie sieht es hier aus? Der Abbau von Misstrauen und Ängsten muss beiderseitig gewollt sein.

(Volker Schlotmann, SPD:
Bei Ihnen funktionierte das ja nicht.)

Es nützt nichts, wenn die deutsche Seite um Freundschaft buhlt, sich anbiedert – Wandel durch Anbiederung – und die Polen wollen davon überhaupt nichts wissen.

(Udo Pastörs, NPD: Die Fische
in der Ostsee zum Beispiel.)

Exponenten der polnischen Politik, allen voran Herr Premier Kaczynski, der immer und überall das Bild vom deutschen Erzfeind vertritt, antideutsche Stimmung hochkocht, eine Fortsetzung der harten Politik gegenüber Berlin ...

Ja, was soll's, ich komme mit der Rede nicht ganz zu Ende. Ich sage nur, wir lehnen diesen Antrag ab,

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist auch gut so.)

und dabei bleiben wir auch,

(Volker Schlotmann, SPD: Die rote Lampe leuchtet. Jetzt können Sie wieder zum Stammtisch zurückgehen! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und zwar im Abo. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1416. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1416 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/1448 ein Antrag zum Thema „Verfassung schützen – Arbeitnehmerinteressen wahren“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht?

(Stefan Köster, NPD: Das macht unser Fraktionsvorsitzender.)

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, der vorgelegte Dringlichkeitsantrag bezieht sich auf die Schmiergeldaffäre der CDU in unserem Land. Meine Damen und Herren, er ist dringlich, da die Bürger ein Anrecht darauf haben, auch im Hinblick auf die bevorstehenden Landratswahlen, zu erfahren, wer von wem wann Schmiergeld vom kriminellen Schelsky genommen hat. Er ist dringlich, weil auch die FDP in Verdacht steht, Empfänger von Schmiergeld gewesen zu sein.

(Volker Schlotmann, SPD: Deswegen ist er dringlich? Wo gibt's denn so was?!)

Meine Damen und Herren, er ist auch dringlich, weil es Indizien dafür gibt, dass eine Verfilzung von CDU und FDP im Zusammenhang mit der schlecht beleumundeten Pseudogewerkschaft zu vermuten ist, die wir alle kennen, und hier auch eventuell Schmiergelder zum Einsatz gekommen sein könnten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb ist es geboten, heute hier darüber zu debattieren.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist das Demokratieverständnis. Keine Ahnung von Gewaltenteilung, nur Sprachrohr.)

Ich bitte das Hohe Haus, unserem Antrag stattzugeben und zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Herr Dankert, bitte.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Vorab gestatten Sie mir eine kleine Vorbemerkung: Die Bezeichnung „Gewerkschaft“ – auch wenn sie in das Wort „Konkurrenz“ im Zusammenhang mit Schelskys AUB verwickelt ist – ist meiner Meinung nach eine Beleidigung aller ehrlichen und ordentlichen Gewerkschafter,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig.)

sowohl ehrenamtlicher als auch hauptamtlicher.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich glaube, dass die IG Metall, ich beziehe mich auf Ihren schriftlich vorliegenden Antrag, mit Sicherheit nicht Ihrer Unterstützung bedarf.

Nun komme ich zur Dringlichkeit: Sie beziehen Ihre Dringlichkeit offensichtlich aufgrund von Pressemitteilungen und Pressemeldungen, es sei denn, Sie hätten Insiderkenntnisse.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Also beziehe ich mich auch nur auf Pressemitteilungen. Nach dem, was da drinsteht, ist es eindeutig eine Angelegenheit der CDU, was Herrn Adam betrifft. Und wenn Sie es auf die FDP erweitern wollen, dann ist es Sache der FDP.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist eine Angelegenheit für die Menschen im Lande.)

Die Prüfung hat laut Pressemitteilung der Bundestagspräsident durchzuführen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

der auch dafür zuständig ist.

(Udo Pastörs, NPD: Da achten wir drauf, dass das geklärt wird.)

Die Ermittlungsbehörden, soweit Sie es wünschen diese einzuschalten, sind jederzeit in der Lage zu handeln, wenn es notwendig ist. Ich gebe Ihnen recht, der Vorgang ist ohne Zweifel brisant, er ist aktuell und er ist auch dringlich für einige Personen,

(Udo Pastörs, NPD:

Na sehen Sie! Das wollen wir hier besprechen im Parlament heute und morgen.)

aber nicht für den Landtag. Die Aufsetzung auf die Tagesordnung heute lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Ablehnung der übrigen Fraktionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern abgelehnt.

(Unruhe bei Volker Schlotmann, SPD, und Stefan Köster, NPD)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Festlegung des Schutzstatus im Peenetal zurückstellen, auf Drucksache 5/1395(neu).

**Antrag der Fraktion der FDP:
Festlegung des Schutzstatus
im Peenetal zurückstellen
– Drucksache 5/1395(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Schutzstatus Peenetal, darüber wurde in meiner Region in den letzten Wochen heiß debattiert. Wenn man vergangenen Pressemitteilungen Glauben schenken kann, ist das gesamte Verfahren bereits nahezu gelaufen. Wenn man aber den Ausführungen des Ministers gestern in der Fragestunde folgt, ist noch längst nicht alles entschieden. Und das ist gut so.

Vor 16 Jahren wurde das Naturschutzgroßprojekt Peenetal/Peenehaffmoor als Förderprojekt des Bundes mit gesamtstaatlicher Bedeutung gegründet. Träger dieses Projektes war der am 3. November 1992 gebildete Zweckverband Peenetallandschaft. Seit der Gründung des Zweckverbandes sind bis zum Jahr 2008 immerhin knapp 29 Millionen Euro zur Umsetzung der Zweckverbandsaufgaben an den Verband geflossen. Dies sind 19 Millionen Euro vom Bund und 9,5 Millionen Euro vom Land und den Kommunen. So weit, so gut.

Grund der bisherigen Diskussionen ist gewesen, die Möglichkeit einer geeigneten Organisationsform zur Weiterführung des Zweckverbandes zu finden. In der Diskussion zur Weiterführung des Zweckverbandes machten verschiedene Lösungsvarianten die Runde. Begriffe wie Naturschutzgebiet, Naturpark, Nationalpark und Stiftungsnationalpark sind dort immer wieder gefallen. Auf eine Kleine Anfrage von mir zu diesem Thema antwortete die Landesregierung, dass auch die Weiterbetreuung des Zweckverbandes an sich eine Möglichkeit wäre. Wir stimmen mit den Verantwortlichen überein, eine Nachfolge des Zweckverbandes möglichst in Form eines Projektes weiterzuführen.

Und nun zur Erinnerung: Wir wissen, das Hauptziel des Naturschutzgroßprojektes war die Unterschutzstellung des gesamten Peenetales mit einer Kernzonenfläche von circa 20.000 Hektar und einer Gesamtfläche von circa 45.000 Hektar. Das Land und der Zweckverband hatten sich in der Einverständniserklärung zum Zuwendungsbescheid unter anderem dazu verpflichtet, das Projektkerngebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen. Bis zum Ende 2008 sollte die Ausweisung vollzogen sein. Das war 1992, also vor 16 Jahren. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor 16 Jahren wurden Entscheidungen unter ganz anderen Voraussetzungen getroffen. Nach 16 Jahren ist man zu neuen Erkenntnissen bezüglich der Flächennutzung gekommen. Es ergeben sich jetzt zum Teil andere Gegebenheiten. Als Beispiel: Vor 16 Jahren war ich das zweite Mal schwanger. Ich war der Meinung, meine Familienplanung ist damit abgeschlossen. Heute bin ich glückliche Mutter von fünf Kindern. Das zeigt, die Entwicklung geht weiter.

Den Gemeinden wurde nun folgerichtig ein Verordnungsentwurf für die Ausweisung eines Naturschutzgebietes Peenetal von Jarmen bis Anklam vorgelegt. Viele waren überrascht, die Verpflichtung von 1992 war ihnen gar nicht bekannt oder nicht mehr geläufig. Heute haben

sich in der Region Chancen entwickelt, an die 1992 noch niemand dachte, zu deren Erhalt beziehungsweise Umsetzung andere Beschlüsse notwendig sein könnten als die vor 16 Jahren getroffenen. Ich spreche hier speziell von touristischen Entwicklungschancen. Gespräche mit Bürgern und den Bürgermeistern der Gemeinden vor Ort ergaben, dass sie einen Naturpark eventuell befürworten, aber die Ausweisung eines Naturschutzgebietes aufgrund der angekündigten Restriktionen ablehnen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Es gibt keinen Naturpark ohne
Naturschutzgebiete. So ein Schwachsinn!)

Den Bürgern gehen die Restriktionen durch die Ausweisung eines Naturschutzgebietes einfach zu weit. In der „Anklamer Zeitung“ des „Nordkurier“ war am 7. März 2008 beispielsweise die große Überschrift zu lesen: „Neetzower Abgeordnete fürchten eine ‚verbotene Zone‘“. In einem Naturschutzgebiet gelten wesentlich restriktivere Anforderungen als beispielsweise in einem Naturpark. Der Geltungsbereich der Verordnung bezieht sich auf Landschaftsteile der Städte Jarmen, Gützkow, Anklam, Loitz und ebenso auf die Gemeinden Groß Polzin, Liepen, Lüssow, Murchin, Neetzow, Postlow, Stolpe und Ziethen. Hier ist eine Reihe von Gemeinden dabei, die nicht selbst Mitglied im Zweckverband gewesen sind und somit die Entscheidung 1992 nicht mittragen konnten.

Der Schutzzweck nach Paragraph 3 der Verordnung wird von den Gemeinden kaum infrage gestellt, aber allein die Liste der absoluten Verbote in Paragraph 4 des Verordnungsentwurfes umfasst 30 Punkte und Maßnahmen. Ich möchte hier nur einige beispielhaft nennen: Verbot, Straßen oder Wege jeder Art zu errichten, bauliche Anlagen jeglicher Art zu errichten, außerhalb bisher offiziell ausgewiesener Badestellen zu baden, das Naturschutzgebiet außerhalb der in einer Karte verzeichneten Wege zu betreten oder mit dem Fahrrad oder anderen Kraftfahrzeugen jeder Art zu befahren, Verbot des Bootfahrens außerhalb des Hauptstroms und so weiter.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Deswegen
ist es ja auch ein Naturschutzgebiet.)

Des Weiteren ergeben sich durch den Paragraphen 5 beispielsweise Einschränkungen für die Jagd. Sind jagdliche Einrichtungen erst einmal zurückgebaut, ist laut Verordnung ein Wiederaufbau nicht möglich.

Allein aus diesen Gründen sind die ablehnenden Beschlüsse von Gemeindevertretungen, denn die Gemeinde Neetzow blieb mit ihrer ablehnenden Haltung in dem Verfahren längst nicht allein, unserer Meinung nach vollkommen verständlich. Nach Aussagen des Ministeriumssprechers Kay Schmekel gegenüber der „Anklamer Zeitung“ gibt es im Landkreis Demmin insgesamt 137 ablehnende Stellungnahmen. Durch die Ausweisung eines Naturschutzgebietes sehen sich die Gemeinden massiv in ihrem Handlungsspielraum und ihren Entwicklungschancen eingeschränkt. Sie sehen es so, dass die positiven Aspekte der Ausweisung die negativen Auswirkungen keinesfalls ausgleichen können.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Von einigen Gemeinden wurde mir mitgeteilt, dass sie an dem Projekt „Vorpommersche Dorfstraße“ beteiligt sind, aber aufgrund des Nichtvorhandenseins finanzieller Mittel derzeit keine Eigenmittel zur Durchführung von Projekten

aufbringen können, dies aber in Zukunft mit auf dem Plan haben, denn gute Ideen gibt es ausreichend. Durch die Ausweisung eines Naturschutzgebietes befürchten diese Gemeinden nun, dass sie später nicht mehr in dem Programm „Vorpommersche Dorfstraße“ berücksichtigt werden können, da das Anlegen zum Beispiel von Rad- und Wanderwegen nicht mehr möglich ist.

Ich möchte Ihnen hier von einer kleinen Brücke erzählen, die im vergangenen Jahr für 30.000 Euro über den Stegenbach gebaut wurde. 29.000 Euro dafür kamen aus dem Projekt „Vorpommersche Dorfstraße“. Zu dieser kleinen Brücke führt kein Weg hin und kein Weg weg. Und mit der Ausweisung eines Naturschutzgebietes in dem Bereich wird es auch niemals einen Weg dort hin und von dort weg geben.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Die arme kleine Brücke, die bleibt ganz alleine.)

Eines will ich an dieser Stelle sagen: Uns ist sehr wohl bewusst, dass die Ausweisung von Naturschutzgebieten per Rechtsverordnung der obersten Naturschutzbehörde erfolgen kann und somit eine Befassung hier im Landtag durchaus fraglich erscheint. Ebenso ist uns klar, dass die betroffenen Gemeinden, Behörden und Träger öffentlicher Belange vor Erlass der Verordnung anzuhören sind und deren Stellungnahmen zur Abwägung geprüft werden. Trotzdem sehen wir uns veranlasst, dieses Gremium zu bemühen.

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, uns geht es mit dem Antrag darum, bei den Betroffenen für Klarheit zu sorgen, um vielleicht ein gewisses Verständnis zu erzeugen. Ich möchte es an dieser Stelle noch einmal betonen: Es geht nicht darum, einen von nahezu allen Beteiligten gewollten Naturpark zum Beispiel zu verhindern. Aber auch hier gibt es noch weiteren Klärungsbedarf. Die Betroffenen sollten im Vorfeld auf jeden Fall mehr Klarheit über das Projekt bekommen. Der Schutzstatus der Region sollte in jedem Fall aber nur so groß sein, dass der Mensch die Natur weiterhin nutzen und erleben kann. Wir haben kein Problem damit, dass es dort, wo es wirklich sinnvoll ist, innerhalb eines Großprojekts mehrere begrenzte Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Vogelschutzgebiete gibt. Dies sehen wir aufgrund des dort schon vorhandenen Status als völlig unproblematisch an, aber doch nicht hundert Prozent des Gebietes.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das wurde schon einmal als Naturschutzgebiet ausgewiesen.)

Wichtig ist für uns, an dieser Stelle zu sagen, dass Standorte nicht für alle Zeiten so unter Schutz zu stellen sind, dass sie für keine anderen Zwecke mehr genutzt werden können. Die Vorteile zum Beispiel eines Naturparks gegenüber einem Naturschutzgebiet liegen eigentlich klar auf der Hand.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Es gibt keinen Naturpark ohne Naturschutzgebiet.)

Während in einem Naturpark die Bewohner, Eigentümer und Nutzer, also alle Interessenskreise, gemeinsam über Entwicklungsziele und mögliche Nutzungen diskutieren können, verbieten sich bei der Ausweisung eines Naturschutzgebietes eine Vielzahl von wirtschaftlichen Entwicklungs- und Nutzungsmöglichkeiten von vornherein.

Im Naturpark zum Beispiel regelt sich das ganze Verfahren dann in einem Miteinander und führt zu erhöhter Akzeptanz als beispielsweise eine aufdiktierte Verordnung, durch die viele Betroffene die notwendige Luft

zum Leben vermissen. Mit Naturparks schafft man Identifikation und Heimatverbundenheit, woraus Attraktivität, Unverwechselbarkeit und Einzigartigkeit entstehen. Neben dem Schutz der Kulturlandschaft gilt es hier, auch eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, deren Grundlage Pflege und Entwicklungskonzepte sein werden. Ein Naturpark ermöglicht eine für alle Seiten akzeptable Abstimmung zwischen Natur, Mensch und Wirtschaft.

Die Verordnung eines Naturschutzgebietes hingegen bringt Frust bei den Betroffenen – das sage ich hier sehr deutlich und sehr bewusst – und stärkt die Politikverdrossenheit gerade in der betroffenen Region. Auch wenn die Finanzierung des Naturparks derzeit noch nicht vollständig geklärt ist und in Punkt 136 der Koalitionsvereinbarung aufgeführt ist, dass in dieser Legislatur keine weiteren Großschutzgebiete ausgewiesen werden sollen, würden wir die Ausweisung eines Naturparks in der Fraktion befürworten. Eine Ausweisung der kompletten Projektkernzone als Naturschutzgebiet lehnen wir als Fraktion allerdings ab.

Ich möchte an dieser Stelle nur noch einmal anbringen, dass es bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten nicht unbedingt wieder zu solchen Aktionen kommen muss wie im letzten Jahr bei Herrn Ringguth. Herr Ringguth nahm eine Zange und entfernte kurzerhand den Zaun, der Badewillige am Rechliner See aus dem Naturschutzgebiet heraushielt. Seine Meinung hat sich auch nicht geändert, wie man dem heutigen „Medienspiegel“ entnehmen kann.

Meine sehr geehrten Kollegen, um schnellstmöglich Sicherheit und Akzeptanz bei den Kommunen, Unternehmen und Bürgern der Region zu schaffen, beantragen wir, dass der Antrag in den Agrarausschuss überwiesen und schnellstmöglich in den Dialog mit den Betroffenen getreten wird. Ich bitte um Zustimmung zur Überweisung unseres Antrags. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Reese.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Reese, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses Projekt 1992 beschlossen worden ist. Ich gehe davon aus, dass Ihnen damit auch bewusst ist, dass die FDP, die seinerzeit hier im Lande in der Verantwortung gestanden hat, dieses Projekt auf den Weg gebracht hat. Sich heute hinzustellen und zu sagen, jetzt müssen wir aber noch mal darüber nachdenken, ob wir dort Naturschutzgebiete ausweisen dürfen, ja oder nein, das haben Sie eigentlich sehr schön zum Ausdruck gebracht, das war 1992 bereits klar,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

dass im Zusammenhang mit dem Projektgebiet 40.000 Hektar, davon 20.000 Hektar Kernzone, das heißt Ausweisung für Naturschutzgebiete, stattzufinden hat. Sie haben zu Recht auch darauf hingewiesen, dass der

Bund, die Länder und die Kommunen fast 29 Millionen Euro für dieses Projekt bereitgestellt haben – und damit aus meiner Sicht das Peenetal, Peenehaffmoorprojekt, ich glaube, da sind wir uns auch einig, als ein vom Staat und damit als repräsentatives staatlich anerkanntes Projektgebiet – auch finanziell in die Lage versetzt haben, es überhaupt umsetzen zu können. Es ist eines der wertvollsten – ich betone das –, unbebautesten Flusslandschaftsgebiete und Flusstalmoorgebiete, die wir in Deutschland haben.

Träger des Projektes, auch das ist für mich von entscheidender Bedeutung, weil Sie das nicht richtig herausgearbeitet haben, sind neben dem Bund die Landkreise Demmin und Ostvorpommern sowie die Städte Demmin, Loitz, Jarmen, Gützkow und Anklam und – das haben Sie vielleicht wissentlich oder auch unwissentlich verschwiegen – der Förderverein Naturschutz im Peenetal e. V. Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt 28,53 Millionen Euro.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, das Projektgebiet – auch das haben Sie aus meiner Sicht nicht richtig in der Rede dargestellt – umfasst insgesamt 40.000 Hektar.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Genau.)

20.000 Hektar davon sollen als Kernzone im Rahmen dieses gesamtstaatlich repräsentativen Gebietes unter Schutz gestellt werden. Die Kerngebietsausweisung ist das Ergebnis eines offenen – ich betone das, Sie haben gewissermaßen darauf hingewiesen – und über mehrere Jahre hinweg geführten Diskussionsprozesses aller Beteiligten vor Ort. Hierzu ist im Jahr 1999 ein entsprechender Pflege- und Entwicklungsplan beschlossen, ich betone das, ein Pflege- und Entwicklungsplan ist beschlossen und auch bestätigt worden, und zwar durch die Beteiligten. Zur Umsetzung der Projektziele werden bis Ende der Projektlaufzeit circa 6.000 Hektar insgesamt erworben. Weitere 3.000 Hektar sind mit 30-jährigen Extensivierungsverträgen langfristig gebunden. Darüber hinaus wurden beziehungsweise werden 35 teure Rückbauverfahren durchgeführt. Mit dem Einverständnis zum Zuwendungsbescheid des Bundes und damit der Bundesrepublik Deutschland sind der Zweckverband, das Land und damit auch die Kommunen und die Landkreise sowie der Förderverein in die Verpflichtung gegangen, dieses Projekt Kerngebiet bis zum Ende der Projektlaufzeit – und das ist richtig, was Sie gesagt haben – bis zum 31.12.2008 abzuschließen.

Diese Verpflichtung ist allen Beteiligten seit 1992 bekannt und auch mit Beschluss des Zweckverbandes aus dem Jahr 2003 noch einmal bestätigt worden. Wir sind also eine vertragliche Verpflichtung eingegangen, um Fördermittel des Bundes zu erhalten. Diese Verpflichtung gilt es umzusetzen, um Mittelrückforderungen zu vermeiden beziehungsweise zu verhindern. Denn, das wissen wir alle, beim Geld hört auch beim Bund die Freundschaft auf. Dies ist im Übrigen angedroht worden.

Nach der Zusammenlegung des ehemaligen Umweltministeriums mit dem Landwirtschaftsministerium habe ich an dieser nichterledigten Aufgabe schnellstmöglich gearbeitet, um dieses zu Ende zu bringen und nicht Gefahr zu laufen, gegebenenfalls Rückforderungen vornehmen zu lassen oder umsetzen zu müssen.

Aber nicht nur die monetären Aspekte sind Grundlage für diese Naturschutzgebietsausweisung. Nach dem Landesnaturschutzgesetz müssen diese Gebiete natürlich zuallererst die fachlichen Voraussetzungen erfüllen. Dies ist im Peenetal unzweifelhaft der Fall.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Das haben Sie gut gemacht.)

Ich möchte dieses nur an ein paar Zahlen darstellen. Im Jahr der Biodiversität ist das ein ganz wesentlicher Beitrag, den wir hier auch innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern dafür leisten. Nachgewiesen wurden in diesem Gebiet 730 Farn- und Blütenpflanzen, von denen circa 24 Prozent auf der Roten Liste stehen. 156 Brutvogelarten konnten kartiert werden. Das sind circa 80 Prozent der heute in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Brutvogelarten. Das ist ein Pfund, mit dem wir in unserem Lande absolut werben und für diese Region den Tourismus weiterhin vorantreiben können.

Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass aufgrund der erfolgten Maßnahmen im letzten Jahr erstmalig Rallenarten nachgewiesen werden konnten, die hier bereits als verschollen beziehungsweise als ausgestorben deklariert worden sind. Das Artenspektrum der Insekten ist enorm. Dabei gibt es wirklich Besonderheiten, nämlich Arten, die nur noch in dieser Region überhaupt vorkommen. Weiter ist davon auszugehen, dass das Peenesystem an Fischen und Rundmäulern die reichste Flusssystemlandschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern darstellt. Von rund 51 in der Roten Liste des Landes aufgeführten einheimischen Süßwasser- und Wanderfischarten kommen allein in der Peene 37 regelmäßig vor.

Die Peeneflussniederung stellt eines der größten geschlossenen Niedermoorgebiete Westeuropas dar. Der charakteristische Aufbau eines Flusstalmoores und die wesentlichen Funktionen des Wasserhaushaltes sind in weiten Teilen erhalten und unberührt geblieben. Diese herausragende Naturlandschaft hat unter anderem auch dazu geführt, dass das Peenetal im Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern vom 30.05.2005 als Vorranggebiet für den Naturschutz und die Landschaftspflege festgeschrieben worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Naturschutzgebietsausweisung stellen wir uns lang bekannten Verpflichtungen in einem Landschaftsraum, der die Anforderung an Schutzgebiete in besonders herausragender Weise erfüllt. Wir sollten mit unserer Naturlandschaft nicht hinter den Berg halten und derart prädestinierte Gebiete im Rahmen der Naturschutzgebietsausweisung deutlich machen, dafür werben und damit auch für das Tourismusland werben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Zu Ihrer Information noch einmal, Frau Reese, und vielleicht auch für dieses Hohe Haus: Das Land Mecklenburg-Vorpommern verfügt gegenwärtig über 290 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 76.993 Hektar. Das entspricht einem Flächenanteil von 2,5 Prozent der Landesfläche. Mehr ist es nicht. Hier ein Drama heraufzubeschwören, das lehne ich nach dem, was ich in den letzten Wochen und Monaten aufgenommen habe, ausdrücklich ab.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also wurden die Fragen schon länger ausdiskutiert.)

Es ist ein Pfund, mit dem wir ausdrücklich werben können und werben müssen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

Seit dem Jahr 2003 ist lediglich ein Naturschutzgebiet neu ausgewiesen worden. Ich will damit deutlich machen, wenn so getan wird, als ob der Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern alles und jedes verhindert, ist das unwahr. Das ist unwahr. Im Rahmen der Schutzgebietsausweisungen sind durch unser Haus eine Vielzahl von Gesprächsterminen vor Ort durchgeführt worden. Allein 35 Termine vor Ort – Frau Reese, ich weiß nicht, ob Sie daran teilgenommen oder es nicht aufgenommen haben – hat es durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

Ich glaube, diese Vorgehensweise hat es in der Vergangenheit in der Form nicht gegeben. Dies hat aber auch zu einem intensiven Meinungsaustausch und damit zu einer hohen Akzeptanz in der Region geführt. Bei der Auswertung der ersten Verfahren konnten durch sehr konstruktive Gespräche insbesondere auch die Themen, die Sie hier angesprochen haben, mit den Kommunen und deren berechtigten Belangen berücksichtigt werden. Das Problem der Brücke werde ich sofort überprüfen lassen, darauf können Sie sich verlassen.

Natürlich gibt es nicht nur Befürworter für die Frage von Schutzgebietsausweisungen. Von den bisher 26 beteiligten Gemeinden und kreisfreien Städte haben zwei – ich betone, zwei – den Schutzstatus abgelehnt und zwei weitere starke Vorbehalte ausgedrückt. Von 26 sind nach Adam Riese vier ganze Vorbehalte ausgeübt worden. Hier sehe ich Beratungsbedarf, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

In dem vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion wird ein weiterer Schutzstatus angesprochen, nämlich der des Naturparks.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ist doch gar kein Schutzgebiet.)

Ich hatte den Eindruck, als der erste Antrag kam, wusste man nicht so richtig, ob Sie die einzelnen Schutzstatusfragen eigentlich auseinanderhalten können und Ihnen die Dinge bewusst sind. Insofern bedanke ich mich, dass Sie noch einmal einen Antrag nachgeschoben und es ein bisschen klarer formuliert haben. Ich will an dieser Stelle nochmals herausarbeiten, damit Sie wissen – und davon gehe ich aus, dass Sie es jetzt wissen –, dass die Ausweisung von Naturschutzgebieten und die Ausweisung eines Naturparks zwei verschiedene Paar Schuhe sind, die völlig unterschiedlich zu betrachten sind. Was einen Naturpark anbetrifft, so kommt dieser aufgrund von Kommunalbeschlüssen zustande, also nach dem ausdrücklichen Willen der Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Genau das wollen wir. Das ist vielleicht ein etwas anderer Stil als der, den wir aus der Vergangenheit kennen. Ich bin der festen Auffassung, denn ich bin zweimal dort vor Ort gewesen und meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ich betone es noch einmal, hatten 35 Termine vor Ort, dass sich hier ein sehr positiver Diskussionsprozess entwickelt hat.

Im Übrigen will ich an dieser Stelle auch herausgearbeitet haben, dass wir erst nach dem Vorliegen solcher Beschlüsse der Gemeinden, der Landkreise und entspre-

chender Anträge der Landkreise an die Landesregierung prüfen und anschließend per Verordnung mit Kabinettsbeschluss diesen Naturpark gegebenenfalls festsetzen können. Nach den mir gegenwärtig vorliegenden Informationen scheint der Wunsch aus der Region Realität zu werden, das Peenetal – besser gesagt insgesamt die 40.000 Hektar – als Projektgebiet als einen Naturpark zu etablieren. Ich kann das nur ausdrücklich begrüßen. Dafür werden die Beteiligten vor Ort sicherlich gute Gründe haben, warum sie jetzt diesen Weg gehen wollen. Denn nach Ablauf des Projektes werden neben der Sicherung der erbrachten Leistungen auch Folgekosten und Verpflichtungen auf den Zweckverband zukommen. Das ist wohl scheinbar dort vor Ort jetzt allen bewusst geworden.

Ein Naturpark in gemeinsamer – ich betone das ausdrücklich – Trägerschaft von Gemeinden, von Landkreisen und vom Land kann tatsächlich ein geeignetes Modell sein, um diese Aufgabe dauerhaft zu lösen. Darüber hinaus bestünde die Möglichkeit, in dieser Region im Sinne nachhaltiger Wirtschaftsformen zu einer naturverträglichen Erholung und Entwicklung des Tourismus, aber auch für eine wirtschaftliche Entwicklung zu werben, um damit zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region zu kommen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass dies nicht die Überlegungen meines oder unseres Hauses sind, sondern dass das die Überlegungen der Region sind. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, dass die Ziffer 136 der Koalitionsvereinbarung deutlich macht, dass es keine weitere Ausweisung von Großschutzgebieten geben wird. Trotzdem habe ich das Interesse der Region an einem Naturpark zur Kenntnis genommen, da es ein Ausdruck der Wertschätzung unserer anderen sieben Naturparke des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist. Wir können also mit Recht auf deren Qualität und Bekanntheitsgrad stolz sein. Ich persönlich sehe in einem Naturpark an der Peene durchaus reale Chancen für eine gute Entwicklung der Region und damit der Regionalentwicklung. Sollte sich also zeigen, dass eine überwiegende Mehrheit der Region die Ausweisung eines Naturparks befürwortet, würde ich diese Idee in die Landesregierung hineintragen, vorstellen und auch darum werben. Das setzt natürlich voraus, dass im Vorfeld die damit verbundenen finanziellen und organisatorischen Fragen hinreichend geklärt sind.

Lassen Sie mich abschließend anmerken, dass Schutzgebiete und Naturparke wirklich einen deutlichen Unterschied darstellen. Auch ohne Ihren Antrag werden wir im weiteren Verfahren die ökologischen, die sozialen, aber auch die wirtschaftlichen Belange der Kommunen, der Landkreise, soweit es möglich ist, berücksichtigen, sei es bei der Grenzziehung für die Naturschutzgebiete oder bei der Ausgestaltung der einzelnen Verordnungstexte. Allerdings werden wir dabei auch nicht außer Acht lassen dürfen, solche herausragenden Flächen wie im Bereich der Peene als Entwicklungsräume für die Natur zu erhalten und diese weiterzuentwickeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lietz von der Fraktion der CDU.

Matthias Lietz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Reese, zu dem Antrag – Sie haben gerade die ausführliche Darstellung der realen Situation vor Ort gehört – kann ich nur sagen, die Fraktion der CDU wird diesem Antrag „Festlegung des Schutzstatus im Peenetal zurückstellen“ schon wegen der Begründung, dass spätestens bis zum Ablauf des Förderzeitraums die Naturschutzgebietsausweisung zu erfolgen hat, und das ist durch den Minister gerade deutlich geworden, eine klare Absage erteilen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle zu der Frage des Naturparks versichern – zu der der Minister zuletzt noch referiert hat –, dass ich gerne bereit bin, und das haben wir auch als Ausschuss dokumentiert, vor Ort weitere Gespräche zu führen. Ich denke, wenn wir dort durch diese Gespräche helfen können, den einzelnen Gremien noch mehr Sicherheit zu geben, dann wollen wir das gerne tun. Ich sehe hier in der vorderen Runde eine ganze Reihe Abgeordneter, die unmittelbar dort ihre Wahlkreise haben. Ich denke, diese Aufgabe sollten wir gemeinsam aufnehmen. Zum Antrag der Fraktion kann ich nur sagen, Ablehnung durch die CDU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lietz.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Peenetal, und darüber besteht ja Einigkeit, gehört ohne Zweifel zu den bedeutendsten Naturschätzen unseres Landes und darüber hinaus. Es ist Mitteleuropas größtes zusammenhängendes Niedermoorgebiet. Wir finden hier eine durch industrielle Nutzung und andere menschliche Aktivitäten nur wenig beeinflusste Naturlandschaft vor. So weit ich weiß, schätzen das sehr viele Menschen, die hier ihren Urlaub verbringen, und auch die Menschen, die dort leben. Dieses Gebiet gehört daher zu Recht zu den bedeutendsten Schutzgebieten Norddeutschlands mit überregionalem Bekanntheitsgrad und mit einer außerordentlichen naturschutzfachlichen Bedeutung, die unterstrichen und gewürdigt wird durch die fast flächendeckende Einbindung in europäische Natura-2000-Gebiete. Auch deshalb ist das Peenetal seit vielen Jahren unter der Bezeichnung Peenetal/Peenehaffmoor ein Naturschutzgroßprojekt des Bundesamtes für Naturschutz.

Für Mecklenburg-Vorpommern kann man durchaus sagen, dass das Peenetal mit seiner Artenvielfalt in Flora und Fauna unter naturschutzfachlichen Aspekten als das bedeutsamste Schutzvorhaben im Lande angesehen werden kann. Der Minister hat es hier ja auch ausführlich gewürdigt. Seinen Abschluss findet dieses Projekt am 31. Dezember dieses Jahres und natürlich gibt es Folgeverpflichtungen. Es gilt, die erreichte naturräumliche Entwicklung nachhaltig zu sichern und gleichzeitig die Regionalentwicklung zu fördern. So weit zu den allseits anerkannten und auch bekannten Fakten.

Die Fraktion der FDP verlangt nun in ihrem Antrag, die Festlegung des Schutzstatus im Peenetal zurückzustellen, weil sie der Auffassung ist, nur das Ministerium will diesen Schutzstatus.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Völlig falsch! Völlig falsch!)

Bereits hier liegt der erste große Fehler dieses Antrages. Die von der FDP herbeigeredete breite Ablehnung der Ausweisung des Naturparks und der dazugehörigen Naturschutzgebiete in der Öffentlichkeit ist schlichtweg falsch und entspricht nicht den Tatsachen. So ist die Öffentlichkeitsbeteiligung für die drei Peenetalnaturschutzgebiete des Landkreises Demmin bereits abgeschlossen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Es gab insgesamt nur mehr als 30 Einwendungen bei einer Unterschutzstellung von tausenden Hektar. Mir sind keine Naturschutzprojekte in ähnlicher Größenordnung bekannt, die so geringen Widerstand erfahren haben. Im Kreis Ostvorpommern ist Ähnliches zu erwarten. Für eines der zwei auszuweisenden Naturschutzgebiete ist die Öffentlichkeitsbeteiligung mit einer ebenfalls geringen Zahl von Einwendungen abgeschlossen.

Im Kreis Ostvorpommern – jetzt komme ich auf das, was Sie ausgeführt hatten, Frau Reese – hatten sich zunächst die in der Begründung des Antrags der FDP erwähnten Gemeinden Neetzow, Stolpe, Postlow und Liepen gegen die NSG-Ausweisung gewandt. Die Ablehnung dieser Gemeinden beruht im Wesentlichen auf Missverständnissen, Unkenntnis über die Verfahrensführung, diffusen und in aller Regel unbegründeten Ängsten. Die Gemeinde Liepen hat inzwischen nach nur einem Informationsgespräch ihren Einspruch zurückgenommen. Die Gemeinde Postlow ist lediglich mit einer Flur betroffen. Diese Flur stellt aber 1:1 den bereits vor Jahren mit ausdrücklicher Genehmigung der Gemeinde zurückgebauten und renaturierten Polder Görke dar. Im Rahmen des Polderrückbaus hat die Gemeinde Postlow sogar dazu benötigte Eigentumsflurstücke verkauft. Mit anderen Worten: Im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde Postlow kann die NSG-Ausweisung gar nichts mehr bewirken, was nicht schon längst und mit Zustimmung der Gemeinde geschehen ist.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Auch die Gemeinden Neetzow und Stolpe konnten ihre Bedenken nicht inhaltlich begründen. Im Bereich dieser Gemeinden wird kein einziger Weg, kein einziger Torfstich, keine landwirtschaftlich genutzte Fläche der bisherigen Nutzung entzogen. Aus meiner Sicht ist das die typische reflexartige Ablehnung, wenn das Wort „Naturschutz“ fällt.

Wie schon erwähnt, ist im Rahmen der NSG-Ausweisungen im Peenetal die Öffentlichkeitsbeteiligung bereits für die Naturschutzgebiete Salem bis Demmin, Demmin bis Loitz, Loitz bis Jarmen und Jarmen bis Anklam abgeschlossen. Und im Grunde müsste sich daher der FDP-Antrag zum Stopp der NSG-Ausweisung auf den letzten verbleibenden Teilbereich Anklam bis Peenemünde beschränken.

Aber es gibt auch räumliche Fakten, die den FDP-Antrag für diesen Bereich geradezu ad absurdum führen. Mit Ausnahme des Waldgebietes Großes Moorholz sowie der Polder Bargischow und Schanzenberg befinden sich nahezu alle Flächen dieses Bereiches im Eigentum des Zweckverbandes Peenetal-Landschaft oder werden durch langfristige Extensivierungsverträge des Zweckverbandes gefördert beziehungsweise sie gehören bereits zu existierenden Naturschutzgebieten. Und mit Ausnahme der drei genannten Gebiete existieren also für die überwiegenden Bereiche dieses Peenetalabschnittes nicht mal Betroffenheiten, die einen Stopp der Auswei-

sungen inhaltlich begründen könnten. Hinzu kommt, dass die Renaturierung des Polders Schanzenberg bereits Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses zur Errichtung eines GuD-Kraftwerkes bei Lubmin ist. Mit der Renaturierung ist also demnächst zu rechnen, wonach es ebenfalls keinen Grund mehr gibt, dieses Gebiet nicht in das Naturschutzgebiet zu integrieren.

Die Ausweisung der fünf avisierten Naturschutzgebiete ist integraler Bestandteil des Großschutzprojektes und des geplanten Naturparks als Nachfolgeregelung. Die flächendeckende NSG-Ausweisung ist nicht nur begründet, sondern auch zwingend. Es handelt sich dabei nämlich – und das hat der Minister auch schon auseinandergesetzt – um eine Förderbedingung des Bundes beziehungsweise um Verpflichtungen des Landes gegenüber dem Bund bei Verabschiedung des Naturschutzgroßprojektes Peenetal/Peenehaffmoor. Und angesichts der nationalen und übernationalen Bedeutung des Peenetals kommt ein niedrigerer Status als Naturschutzgebiet auch nicht infrage.

Und auch den zweiten Fehler des Antrages hat der Minister schon berichtigt: Naturparke stellen keine eigene Schutzkategorie dar, enthalten aber sehr wohl räumlich begrenzte Gebiete, die unter Schutz gestellt werden, weil die Natur hier eben Vorrang hat.

Meine Fraktion hält es für unabdingbar, dass dieser Naturpark als ungeteilte einheitliche Fläche kreisübergreifend ausgebildet wird,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

um eine einheitliche Entwicklung des Gebietes Peenetal zu ermöglichen, wirtschaftlichen und touristischen Prozessen langfristig Sicherheit zu gewähren und ein für die Kreise Anklam und Demmin einmaliges und wertvolles Marketinginstrument zu schaffen. Ich glaube, jetzt haben die kommunalen Politiker vor Ort begriffen, wie wertvoll dieses Instrument ist, denn nicht umsonst spricht der Landrat des Landkreises Demmin davon, dass man ja inzwischen eine Silbermedaille hat anstelle der Goldmedaille Nationalpark, worauf ich dann nur sagen kann: Nicht alles ist Gold, was glänzt.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD: Wie wahr.)

Meine Damen und Herren, welches Projekt in Deutschland, vor allem wenn es sich um ein Naturschutz- oder Umweltprojekt handelt, hat keine ungelösten Fragen und Bedenken zu überwinden? Welches Naturschutzprojekt muss sich nicht gegen den Widerstand von Lobbyisten der Wirtschaft und der Landwirtschaft sowie gegen Unwissenheit durchsetzen? Dass sich die FDP zum Lobbyisten dieser Interessen machen lässt, sind wir gewohnt, wir haben es auch nicht anders erwartet. Dass die FDP aber gleich mehrere Kommunen hierbei in Haftung nimmt und suggerieren will, dass die Mehrheit der betroffenen Gemeinden und Städte und die Bevölkerung gegen das Projekt „Naturpark Peenetal“ eingestellt ist, finde ich, ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und deshalb lehnt meine Fraktion diesen Antrag nochmals ganz entschieden ab.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Timm von der Fraktion der SPD.

Dr. Gottfried Timm, SPD: Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren!

Auch auf die Gefahr hin, Frau Kollegin Reese, dass ich von der FDP vielleicht wieder eine schlechte Zensur für meine Rede bekomme, muss ich ein paar Anmerkungen machen dürfen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das braucht
Sie nicht zu erschüttern. – Zurufe
von Volker Schlotmann, SPD,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Doch, doch, das wurmt mich schon sehr, muss ich sagen, aber das sei dahingestellt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Herr Minister Backhaus ebenso Frau Schwebs und alle meine Vorredner haben auf einige wesentliche Dinge hingewiesen, Herr Lietz ebenso. Die Auftragstellung wurde 1992 in Gang gesetzt durch eine Regierungskoalition im Land und im Bund, wo Ihre Partei beteiligt war. Der Bund finanziert mit zwei Dritteln, also circa 20 Millionen Euro, das Land das letzte Drittel dieses Projekt, das in 16 Jahren kontinuierlich auf den Weg gebracht worden ist. Es wurde Runde um Runde gedreht und in diesem Jahr soll es abgeschlossen werden. Und nun sagen Sie als Vertreterin der FDP: Wir machen eine Vollbremsung. So verstehe ich jedenfalls die Zurückstellung, denn wenn es dieses Jahr keinen Abschluss gibt,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Es gibt niemals einen.)

ist das Gesamtprojekt nicht erfüllt und der Auftrag unerledigt geblieben. Wir halten das für falsch, und zwar deswegen, weil unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern seine Einmaligkeit in seiner Naturlandschaft erhalten und entwickeln muss.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das stimmt.
Da hat sich auch viel mehr entwickelt.)

Frau Reese, Sie müssen langfristig und wirtschaftlich denken. Wenn wir unsere Natur nicht weiterentwickeln, dann werden wir im Tourismusbereich auch langfristig keine Erfolge mehr erzielen. Sie selber meinten, es sei 1992 nicht alles absehbar gewesen, was heute eingetreten ist. Und wenn ich Ihre Rede jetzt auf den Kern prüfe, meinen Sie, glaube ich, die touristische Entwicklung.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das stimmt.
Da hat sich auch viel mehr entwickelt.)

1990 und in den Jahren danach haben bereits viele Menschen in den Landkreisen des heutigen Gebietes Demmin und Ostvorpommern genau dieses gewollt, also eine touristische Entwicklung, und haben aktiv daran mitgearbeitet. Wir dürfen stolz darauf sein, dass gerade in Ihrem Bereich, in dem Sie leben, sozusagen im Großgebiet des Peeneinzugsbereiches, viele im Bereich des Tourismus Geld verdienen. Das ist gewollt und war auch absehbar. Aber das geht nur, wenn wir die Natur erhalten.

Man wusste 1992, dass es Abstimmungserfordernisse gibt bei so einem sensiblen Vorhaben wie der Entwicklung eines Naturschutzgebietes. Demzufolge sind inten-

sive Kommunikationsrunden und Diskussionsrunden vor Ort nötig gewesen und weiterhin nötig. Herr Backhaus hat schon darauf hingewiesen, wie intensiv die Mitarbeiter seines Hauses sich in diese Diskussion einbeziehen lassen. Auch von Frau Schildt weiß ich, dass die Abgeordneten des Landtages, die vor Ort sind, an dieser Diskussion aktiv teilnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben hier natürlich noch weitere Abstimmungsprobleme zu lösen, aber man kann ja vielleicht, wie ich es aus meiner DDR-Zeit noch kenne, sagen: „Es gibt ein Problem, packen wir es an!“ oder: „Es gibt ein Problem, lassen wir es los!“.

(Michael Andrejewski, NPD: Baut auf! Baut auf!)

Wir sind dafür, dass wir das Problem anpacken und dieses Vorhaben nicht zurückstellen, sondern es in diesem Jahr erfolgreich zu Ende führen, um einen möglichen Regress gegenüber dem Bund in Höhe von 20 Millionen nicht zahlen zu müssen.

Meine verehrten Damen und Herren, es ist schon einiges zum Thema Naturpark gesagt worden. Ich bin der Auffassung, wenn es vor Ort in diesem Gebiet an der Peene Initiativen gibt, einen Naturpark zu errichten – ich will Ihnen einmal aus dem Landesnaturschutzgesetz zitieren, Paragraph 24 „Naturparke“, da heißt es: Naturparke sind „Einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiete, die ... überwiegend Landschaftsschutzgebiete oder Naturschutzgebiete sind oder als solche ausgewiesen werden sollen“ –, dann heißt das, das Naturschutzgebiet ist die Voraussetzung dafür, dass sich ein Naturpark entwickeln kann.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: So, so! – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Wenn ein Naturpark für richtig gehalten wird, dann kann ein Naturschutzgebiet nicht für falsch erklärt werden. Deswegen, glaube ich, sollten wir diesen Weg bis zum Ende schreiten.

Meine verehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen und alles daransetzen, dass das Vorhaben, das 1992 in Gang gesetzt worden ist, in diesem Jahr erfolgreich zu Ende geführt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Timm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt hier eigentlich bei diesem Thema nur eine ungelöste Frage: Inwieweit kann man den Behörden und vor allem dem Ministerium in dieser Angelegenheit über den Weg trauen? In der Sache ...

(Stefan Köster, NPD: Gar nicht. –
Volker Schlotmann, SPD: Wenn Sie das sagen.)

Ja, rhetorische Frage.

In der Sache herrscht im Bereich des gegenwärtigen Naturschutzgroßprojektes Zweckverband Peenetal bei fast allen betroffenen Bürgern Einigkeit hinsichtlich der Frage, ob in diesem Gebiet ein Naturpark errichtet werden soll. Ja, sagen die meisten, warum nicht, wenn sich dieser Naturpark am Naturpark Usedom orientiert. Der

besteht zu etwa 15 Prozent aus Naturschutzgebieten, in denen die wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten in der Tat sehr eingeschränkt sind, während die restlichen 85 Prozent den Bürgern in weit großzügigerem Maße zum Wirtschaften offenstehen. Dazu beteiligt sich das Land auch noch an den Unterhaltskosten.

Gegen diese Konstruktion hat auf Usedom kein Mensch etwas. Das wäre auch im Peenetal so, wenn nicht Befürchtungen bestünden, wonach sich der Naturpark nur am Anfang einer Entwicklung befände, die schließlich zu einem Nationalpark führen würde. Wäre der Naturpark erst einmal etabliert, so gibt es Befürchtungen bei vielen Bürgern, dann würde auf leisen Sohlen innerhalb dieses Parks hinterher ein Naturschutzgebiet nach dem anderen ausgewiesen und schließlich käme der von der Bevölkerung überwiegend abgelehnte Nationalpark doch, den der Zweckverband Peenetal und der Landrat von Demmin vehement gefordert haben. Das liefe auf eine Aussperrung der Einheimischen hinaus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fahren Sie mal
in den Nationalpark Müritz, wie viel Leute
da wohnen. Das zeigt wieder, dass Sie
von nichts eine Ahnung haben.)

Das Peenetal als „Amazonas des Nordens“ wäre dann eine Spielwiese für ein paar Luxustouristen. Der Mensch geht, die Natur kommt. Dass sich ein solcher Verdacht bilden kann, kommt nicht von ungefähr. Bevölkerungswissenschaftler und westdeutsche Großstadtjournalisten verkünden immer wieder einmal, dass es ihnen herzlich egal ist, ob sich in Mitteldeutschland jahrhundertealte Kulturgebiete wieder zu menschenleeren Einöden entwickeln.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

„Lasst die Wölfe rein!“, so lautete einmal die Überschrift eines Artikels im „Stern“, unter anderem gemünzt auf den Landkreis Demmin.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Zudem jagt in Ostvorpommern eine Renaturierungsmaßnahme die andere, Polder werden geflutet oder vernetzt. In Anklam soll der Polder Schanzenberg geflutet werden, weil die Betreiber eines weiteren und von unendlich vielen geplanten Kraftwerkes in Lubmin gerne eine Wasserfläche zum Temperatúrausgleich hätten. Es wäre interessant, hier zu hören, dass das schon beschlossene Sache ist, dass der Polder Schanzenberg sogar Teil des Naturschutzgebiets werden soll, weil da direkt Menschen wohnen am Gneveziner Damm in Anklam, die befürchten, dass ihnen das Mückenplagen und überflutete Keller einbringt. Ein Übermaß an Natur, das gibt es nämlich auch.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wie bitte?!)

Im Peenetal leidet niemand an zu wenig Natur, sondern an zu wenig Arbeit und Wirtschaft. Wenn die Leute sicher sein könnten, dass es bei dem Naturpark nach Usedomer Muster bleibt, wäre damit bei den wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten alles in bester Ordnung. Die Landesregierung müsste verbindlich zusichern, dass sie innerhalb dieses Naturparks keine weiteren Naturschutzgebiete in überhöhtem Maße ausweist und vor allem keinen Nationalpark anstrebt.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Sie dürfte auch nicht Naturschutzgebiete direkt an Wohnsiedlungen kommen lassen,

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

sodass die Menschen dort unter großen Beeinträchtigungen zu leiden haben. Denn der Mensch kommt immer noch zuerst. Da diese Zusicherung nicht erfolgen wird, nützt eine Zurückstellung, wie sie von der leider fast nicht anwesenden FDP gefordert wird, gar nichts. Der beste Weg ist politisch, sich in den Kommunen gegen die Nationalparkpläne einzusetzen, die immer noch nicht auf Eis liegen, die immer noch verfolgt werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Von wem denn?! Ein Quatsch ist das hier!)

An diesem Widerstand sind entsprechende Absichten bisher gescheitert und gegen die Bürger und Kommunen im Peenetal sind sie auch nicht durchsetzbar.

(Ute Schildt, SPD: Nichts wissen Sie.)

Wir stimmen zwar mit der Intention des Antrags überein, aber da es der falsche Weg ist und sich die Sache besser auf kommunaler Ebene bekämpfen und regeln lässt, enthalten wir uns der Stimme.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Andrejewski.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Nun noch einmal einige Dinge zur Klarstellung: 16 Jahre ist eine lange Zeit und Dinge ändern sich. Und, Herr Minister, bei der SPD sind die Zeiträume, in denen sich Dinge ändern und Standpunkte, die von Links nach Rechts geschoben werden, oftmals sehr viel kürzer als 16 Jahre.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Von Rechts nach Links? – Volker Schlotmann, SPD: Aber Sie haben ja keine in der FDP, das ist es ja. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ein Drama, das Sie nicht sehen, ist es vielleicht im Vergleich zur Gesamtfläche des Landes Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich nicht, aber für die Betroffenen vor Ort kann es sich zu einem solchen auswachsen. Ich finde es unerhört, wie wir hier mit den Befindlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort umgehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Welche Bürger denn?!)

Gespräche vor Ort, die Sie ansprechen, 35 Stück an der Zahl, sind erst geführt worden, nachdem der Unmut publik wurde.

(Ute Schildt, SPD: Das stimmt nicht, Frau Reese. Das stimmt nicht. Das war ein ordentliches Verfahren. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber in den Orten in Ostvorpommern, in denen das Problem jetzt herrscht, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann reden Sie konkret von den Orten und nicht von den Bürgern!)

Ja, genau, diese Orte.

Aber in den Orten in Ostvorpommern, in denen das Problem jetzt herrscht, ziehen sich die Probleme von Anklam bis hin zur Autobahn bei Jarmen. Ich finde, das darf man nicht ignorieren. Und wenn Sie sagen, Ihre Mitarbeiter haben sich in den Gesprächen sehr bemüht, dann muss ich sagen, Frau Dr. Schütze soll gesagt haben,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Soll?!)

das muss ich hier einschränken, sie soll es gesagt haben, ich selbst war nicht dabei: „Es wird alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird.“ Und dass sich bei solch einer Aussage ein Kommunalpolitiker – ich weiß jetzt nicht genau, welches Wort ich wählen soll, damit es noch parlamentarisch anständig ist – über den Bart gefahren fühlt, wundert mich nicht. Denn wenn mir jemand im Rahmen der Erläuterung einer Verordnung sagt, es wird am Ende nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird, dann finde ich das schon etwas unglücklich.

Des Weiteren zur Klarstellung: Viele Beiträge, die Sie jetzt hier geleistet haben, scheinen darauf zu beruhen, dass Sie mir nicht zugehört haben. Wir sind nicht gegen einen Naturpark, denn dieser Naturpark, der wird vor Ort gewollt.

Und nun zu Ihnen, dass der nicht gewollt wird, das ist tatsächlich nicht korrekt.

(Raimund Borrmann, NPD: Habe ich gesagt? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Ausweisung eines Naturschutzgebietes hundert Prozent links und rechts der Peene ist nicht gewollt.

(Michael Andrejewski, NPD: Das haben wir nicht gesagt. Hallo, das haben wir nicht gesagt.)

Frau Schwebs hat es gesagt, viele Dinge basieren auf Missverständnissen und auf Unklarheiten. Genau deshalb ist es wichtig, diesen Antrag zurückzustellen, um genau diese Missverständnisse und Unklarheiten im Vorfeld zu klären und den Leuten nicht irgendetwas vorzusetzen, was sie nicht wollen. – Danke schön.

(Beifall Ralf Grabow, FDP – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Beifall bei Herrn Grabow!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Reese.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1395(neu) zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön.

(Volker Schlotmann, SPD: Die gesamte FDP?)

Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag der FDP mit Zustimmung der Fraktion der FDP,

(Volker Schlotmann, SPD: Die ganze FDP?)

gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei einer Stimmenthaltung, gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich möchte, bevor ich den Tagesordnungspunkt 34 aufrufe, Sie darüber informieren, dass nach diesem Tagesordnungspunkt ...

Ich habe Ihnen doch keine weitere Information mitzuteilen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh!)

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 34** auf: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Erbenhaftung im SGB II, Drucksache 5/1406.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Erbenhaftung im SGB II
– Drucksache 5/1406 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem dem Abgeordneten Borrmann zum Vorwurf gemacht worden war, dass er hier einen Thriller präsentiert hätte, gebe ich etwas zum Besten aus der Gruselsparte, und zwar Hartz-IV-Horror.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Irene Müller, DIE LINKE:
Schon wieder?!)

Ob es ein Leben nach dem Tode gibt, wissen wir nicht, aber Hartz IV nach dem Tode, das gibt es. Denn Paragraph 35 SGB II bestimmt, dass die Sozialbehörde im Augenblick des Todes wieder zuschlägt, sogar bei Leistungsempfängern, die schon jahrelang wieder in Arbeit waren. Der Erbe eines Empfängers von Leistungen ist nach dieser Vorschrift zum Ersatz verpflichtet, soweit diese innerhalb der letzten zehn Jahre vor dem Erbfall erbracht worden sind und 1.700 Euro übersteigen, wobei großzügigerweise die Ersatzpflicht auf den Nachlasswert zum Zeitpunkt des Erbfalls beschränkt ist.

Das heißt: Jemand wird arbeitslos, erwerbslos und erhält Arbeitslosengeld II nach einem Jahr, sagen wir, fünf Jahre lang. Die Leistungen belaufen sich pro Monat, sagen wir, auf 700 Euro, zusammengesetzt aus Unterkunftskosten, Regelsatz und Krankenkassenbeiträgen. Was ihm nicht klar ist, er häuft damit womöglich Schulden für seine Kinder an, 8.400 Euro pro Jahr, 42.000 Euro in fünf Jahren. Er hat vielleicht ein Schonvermögen, von dem nach fünf Jahren Hartz IV aber kaum noch etwas übrig sein dürfte, und er hat vielleicht ein Häuschen, das er als angemessen behalten darf. Dann kommt er wieder in Arbeit. In fünf Jahren schafft er es, wieder Ersparnisse aufzubauen, weil der Aufschwung ihn gestreift hat, und dann hat er Pech und stirbt. Es kommen Trauergäste und Beileidsschreiben und auch Post von der Arbeitsgemeinschaft. Die kann sofort kommen oder auch erst in drei Jahren. Der Ersatzanspruch erlischt nämlich erst in drei Jahren nach dem Tod des Leistungsempfängers. Vielleicht bringt die Arbeitsgemeinschaft ja auch ihr Beileid zum Ausdruck, aber dann will sie Bares sehen.

Der Verstorbene hat vielleicht 10.000 Euro gespart. Davon dürfen die Erben einen Freibetrag von 1.700 Euro behalten, alle zusammen wohl gemerkt, nicht jeder für sich. Das dürfte gerade für die Beerdigung reichen, wenn sie einen billigen Beerdigungsunternehmer finden. Aber es stehen ja noch 30.000 Euro offen und da ist noch das Haus, das auch zum Nachlass gehört. Das müssen die Erben verkaufen, um die Schulden abzubauen oder, wenn es ihr Elternhaus ist, und sie das nicht wollen, dann müssen sie eben 30.000 Euro aus ihrer eigenen Tasche aufbringen. Richtig Pech haben sie, wenn sie diese Regelung nicht kennen, das Erbe annehmen und verbrauchen, vielleicht das Haus verkaufen müssen, und dann nach drei Jahren kommt die Sozialbehörde und verlangt den Nachlasswert zum Zeitpunkt des Erbfalls. Die Leute fallen aus allen Wolken. Mit einer solchen Sippenhaftklausel rechnet im Staat der Menschenwürde ja keiner. Nebenbei reagieren die meisten Menschen, denen man von diesem

Paragrafen erzählt, mit völligem Unglauben. Man muss ihnen das wirklich zeigen im Gesetzbuch.

Doch in der Praxis gibt es das durchaus. Als Mitglied des Kreistags von Ostvorpommern habe ich eine entsprechende Anfrage gestellt und zur Antwort erhalten, dass die Vorschrift in mehreren Fällen tatsächlich zur Anwendung gekommen war, wobei aber nicht immer etwas zu holen gewesen ist. In zwei Fällen hat man das gemacht und sich Geld geholt, in zwei Fällen hatten die Erben nicht mehr genug. Wenn die Behörde Pech hat, dann war der Erbe der Partner des Verstorbenen oder mit ihm verwandt, hat mit diesem nicht nur vorübergehend in häuslicher Gemeinschaft gelebt und ihn auch noch gepflegt. Dann, nur wenn all diese Voraussetzungen erfüllt sind, steigt der Freibetrag auf 15.500 Euro, was im vorliegenden Fall bedeuten würde, dass derjenige, der den Verstorbenen vielleicht jahrelang aufopfernd gepflegt hat, das Haus dennoch verkaufen muss, und zwar zur Belohnung für sozialen Einsatz.

Nicht verschwiegen sei, dass es auch noch eine Gummi-Klausel gibt: Paragraph 35 Absatz 2 Nummer 2 SGB II, wonach „der Ersatzanspruch nicht geltend zu machen (ist), soweit die Inanspruchnahme des Erben nach der Besonderheit des Einzelfalles eine besondere Härte bedeuten würde.“ Aber was ist schon „eine besondere Härte“ in den Augen von Behörden? Wenn sie leer ausgehen, das finden sie hart. Ansonsten verschicken sie Bescheide und sagen: Verklage uns doch, wir haben Zeit und Geld und eine Rechtsabteilung!

Wer aus Hartz IV wieder herauskommt, der muss sich sehr genau überlegen, ob er sich überhaupt irgendwelche Vermögenswerte schafft. Falls er vor dem Ablauf der Frist stirbt, kann er nichts vererben. Der ganze Nachlass wird ins Visier genommen, alles, auch die Lebensversicherung, das Auto, der Hausrat, was immer man verschern kann. Nur weil der Erblasser vor Jahren mal Hartz-IV-Empfänger war, werden seine Kinder diskriminiert und faktisch enterbt. Wo bleibt da eigentlich der besondere Schutz der Familie, den Artikel 6 Grundgesetz angeblich gewährt? Hartz IV sorgt schon dafür, dass viele Paare gar nicht erst zusammenziehen, weil sie dann als Bedarfsgemeinschaften in vielen Fällen schlechter behandelt werden. Manche trennen sich deswegen und suchen sich wieder eigene Wohnungen.

Paragraph 35 SGB II stürzt zudem Familien in völlige Unsicherheit. Zehn Jahre muss es her sein, dass man Arbeitslosengeld-II-Leistungen bezog, erst dann ist man frei. Bis dahin läuft so eine Art Nach-Hartz-IV, als ob man auf Bewährung wäre, nur dass für Straftäter die Bewährungsfrist maximal drei Jahre beträgt.

Bisher hatten Sie Glück, dass dieser Paragraph in der Öffentlichkeit so unbekannt ist, sonst wäre die Parteienverdrossenheit wesentlich größer, als sie jetzt schon ist. Es wird uns daher ein Vergnügen sein, die Bürger darauf aufmerksam zu machen, um sie darauf hinzuweisen, dass Sie alle – CDU, SPD, LINKE und FDP – diese Regelung toll finden, weil Sie nämlich gleich unseren Antrag ablehnen werden, wie bisher all unsere Initiativen gegen Hartz-IV-Ungerechtigkeiten. Genau diese Ungerechtigkeiten machen Sie sich damit zu eigen. Es bleibt dabei, es gibt nur zwei Lager: Wir gegen die Hartz-IV-Parteien – sozial geht nur national. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Andrejewski.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Herr Schulte, einen Moment noch. Ich muss noch verkünden, dass wir im Ältestenrat eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart haben.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Herr Schulte, Sie haben jetzt das Wort, bitte sehr.

Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin! Es juckt mir in den Fingern, das jetzt noch auszunutzen, aber dann komme ich heute nicht mehr lebend aus dem Plenarsaal heraus.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Keine Gewalt!)

Das kommentiere ich jetzt nicht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Herren von der NPD, wer Ihre Redebeiträge auf der heutigen Landtagssitzung verfolgen musste – musste –, dem fällt es schwer, nicht daran zu glauben, dass bei manchen Menschen ein Gehirnschlag nicht doch ein Schlag ins Leere ist.

Meine Damen und Herren, man kann gegen das SGB II sein, das ist eine Frage der politischen Diskussionen. Ich glaube, das ist in Deutschland lang und breit diskutiert worden. Aber was man nicht machen kann, ist, ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das wird immer noch diskutiert.)

Es wird immer noch diskutiert. Ich weiß, gerade bei Ihrer Fraktion, auch bei meiner eigenen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

... zu sagen, ich greife mir aus dem Gesamtkontext einen einzelnen Paragraphen raus,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

und das ist es dann gewesen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Es gibt Gesetzesänderungen.)

Das System des SGB II ist ein Gesamtsystem.

(Udo Pastörs, NPD: Und was für eins!)

Und wer sich den Paragraphen 35 SGB II anschaut, der wird auch sehen, dass er letztendlich zum Beispiel mit dem Paragraphen 33 SGB II korrespondiert. Wenn ich auf der einen Seite eine Solidargemeinschaft habe – das ist ein Wort, das Ihnen wahrscheinlich fremd ist –, die auch dann, wenn ein Anspruchsberechtigter von denen, die zum Beispiel zur Unterhaltszahlung verpflichtet sind, keine Leistungen bekommt, weiß, dass er auf die Gesellschaft zurückgreifen kann, dass die Gesellschaft für ihn leistet, da muss ich auch in diesem Gesamtsystem bereit sein, dass diese Gesellschaft, wenn denn verwertbares Vermögen zu einem späteren Zeitpunkt tatsächlich wieder in Betracht kommt, sagt, ich muss mir einen Teil dieses Geldes dann im begrenzten Umfang zurückholen.

Man muss es einmal ganz deutlich sagen: Es ist hier ein Anspruch der Gesellschaft, der auf die Höhe begrenzt ist, der auf die Höhe des Nachlasses begrenzt ist, der

keinen, der Erbe ist, in eine Verschuldung stürzt. Und das Beste an Ihrem Antrag ist – und damit möchte ich dann auch schon aufhören, weil es einfach nicht lohnt, darüber zu sprechen –, dass in der Begründung steht, ich zitiere: „Dass Bezieher von Arbeitslosengeld II ... noch über den Tod hinaus behelligt werden“. Das ist allerdings etwas, was, glaube ich, nur die NPD fertigbringt, und zwar Menschen über den Tod hinaus noch zu behelligen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man kann Menschen durchaus über den Tod hinaus behelligen, auch wenn man in der SPD ist, indem man nämlich solche Gesetze macht. Denn ein Mensch, der weiß, dass alles, was er sich aufgebaut hat, wieder kassiert wird, wenn er seiner Familie nichts hinterlassen kann, der ist durchaus behelligt, auch über den Tod hinaus. Es ist eine Zweiklassengesellschaft.

Herr Schulte, wenn Sie hier mal aufpassen würden, hätten Sie mitbekommen,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

dass ich hier durchaus das SGB II in seiner Gesamtheit behandle, und zwar einen Artikel und einen Paragraphen nach dem anderen, ganz langsam, damit Sie es auch verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ich möchte noch einmal auf diese drollige Broschüre von Herrn Brodkorb zu sprechen kommen.

(Volker Schlotmann, SPD: Überlegen
Sie mal, wie viele Semester er gebraucht
hat und wie viele Sie gebraucht haben. –
Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Aber er hätte länger studieren sollen, nach dem, was er hier vorgetragen hat.

Die komische Broschüre von Herrn Brodkorb, wo ein einziges aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat von Herrn Pastörs genommen wird, um zu sagen, die NPD würde die Starken auf Kosten der Schwachen bevorzugen wollen und eine Politik gegen die Schwachen machen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Heinz Müller, SPD: Wir erinnern uns sehr
gut. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ein einziges aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat! Wir haben von Ihnen, wie Herr Schulte es richtig gesagt hat, ein ganzes Gesetzesbuch. Und dieses ganze Gesetzesbuch benachteiligt gerade die Schwächeren, die Älteren und die gesundheitlich Beeinträchtigten besonders, nicht nur beim Schonvermögen, wie ich schon ausgeführt habe, sondern auch bei dieser Sache.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Denn es gibt ja eine Zehnjahresfrist und die muss ich überleben. Dann erst bin ich frei, dann kann ich etwas vererben als Ex-Hartz-IV-Empfänger. Und wer überlebt die? Natürlich nicht die Älteren und die chronisch Kran-

ken, die sterben natürlich früher, sondern die Jungen, Gesunden und Starken. Das ist es, was Sie machen. Sie machen hier Sozialdarwinismus pur und nennen das sozial- und menschenwürdegetränkt. Die Jungen, Starken und Gesunden, die profitieren, und die Kranken und Schwachen sowie die Älteren, die haben Pech.

Und wie pervers das Ganze ist, können Sie sich vor Augen führen, wenn Sie sich das mal in der Praxis vorstellen. Wie kommen die Sozialbehörden eigentlich dahinter, dass ein ehemaliger Hartz-IV-Empfänger gestorben ist? Gibt es da eigene Sachbearbeiter, die Todesanzeigen studieren und sich immer freuen, wenn sie einen Treffer landen? Gibt es irgendeinen Datenlink zwischen dem Einwohnermeldeamt und der Sozialbehörde, dass ein Todesfall sofort gemeldet wird?

(Udo Pastörs, NPD: Wahrscheinlich.)

Gibt es eine Ermittlungspflicht? Polizisten und Staatsanwälte haben auch im Privatleben die Ermittlungspflicht, wenn sie nebenan am Tisch hören, dass einer damit prahlt, dass er irgendwelche Stasi-Millionen nach Liechtenstein verschoben hat. Dann müssen sie dem nachgehen. Und wenn nun eine Sozialbehördenmitarbeiterin durch den Friedhof schlendert und sie sieht den Namen eines ihrer ehemaligen Kunden, muss sie dann ermitteln? Wie ist das? Ich würde Ihnen einen Vorschlag machen: Führen Sie doch eine Meldepflicht für Hartz-IV-Empfänger ein, auch wenn sie rausgegangen sind! Sie müssen sich jedes halbe Jahr einmal bei der Behörde melden. Wenn sie sich nicht melden, gelten sie als verstorben, dann wird das Vermögen abkassiert. Und sie müssen ein amtsärztliches Zeugnis beibringen, sodass die Behörde gleich ausrechnen kann, wie lange sie leben und wann sie endlich kassieren kann, damit dieser Staat der Menschenwürde einen weiteren großen Triumph feiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das ist wirklich Unsinn!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Andrejewski.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Es ist eine namentliche Abstimmung beantragt worden und ich lasse sie jetzt vorbereiten.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1406 gefordert.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte jetzt den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete Mathias Brodkorb
wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, dass seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die

Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche die Sitzung ganz kurz.

Unterbrechung: 14.12 Uhr

Wiederbeginn: 14.14 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Ergebnis bekannt. 51 Abgeordnete haben an der Abstimmung teilgenommen. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 46 Abgeordnete, es enthielt sich kein Abgeordneter. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1406 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich muss noch einmal den **Tagesordnungspunkt 28** aufrufen, denn ich habe es unterlassen, in der Sache abzustimmen zu lassen.

Deswegen bitte ich jetzt um die Abstimmung in der Sache zu dem Tagesordnungspunkt der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1395(neu). Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag auf Drucksache 5/1395(neu) bei Zustimmung der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei einer Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen sowie zwei Enthaltungen der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 4. Juni 2008, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14.16 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jörg Heydorn, Helmut Holter, Vincent Kokert, Mathias Löttge, Dr. Norbert Nieszery, Sebastian Ratjen, Jürgen Seidel, Dr. Henning von Storch, Jörg Vierkant, Wolfgang Waldmüller und Dr. Gerd Zielenkiewitz.

**Schriftliche Beantwortung
zu den Fragen 24, 25, 26 und 27
der
Fragestunde
– Drucksache 5/1436 –**

Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

Zu Frage 24

„Sehr geehrter Herr Pommerening,

im Rahmen der Fragestunde der o. g. Landtagssitzung ist für eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Gabriele Měšťan, Fraktion DIE LINKE, zu Frage 24 der LT-Drs. 5/1436 eine schriftliche Beantwortung vereinbart worden. Hiermit übersende ich Ihnen die Antwort des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung zu dieser Zusatzfrage mit der Bitte um Weiterleitung an die Abgeordnete Frau Gabriele Měšťan.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Steffen Freiberg

Sehr geehrte Frau Měšťan,

in der Fragestunde der 41. Sitzung des Landtages stellen Sie zu Frage 24 der Landtags-Drucksache 5/1436 eine Zusatzfrage. Ihre Fragestellung bezog sich auf die Kosten, die bei der zusätzlichen Begutachtung von Varianten der Ortsumgehung Hagenow im Zuge der Bundesstraße B 321 unter dem Aspekt der Fledermausvorkommen entstehen. Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Die ergänzende Begutachtung besteht aus der Erhebung und Kartierung der Fledermausvorkommen. Diese Leistungen sind mit Kosten in Höhe von 7.913 € beauftragt worden und werden voraussichtlich im Sommer dieses Jahres erbracht. Danach erfolgt die Bewertung der Daten durch einen anerkannten Fledermausexperten sowie die Einarbeitung der Ergebnisse in den Variantenvergleich. Für diese Leistungen liegen jedoch noch keine Kostenangebote vor.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Otto Ebnet“

Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit

Zu den Fragen 25 und 26

„Sehr geehrter Herr Pommerening,

als Anlage übersende ich die Antwort des Ministers für Soziales und Gesundheit Herrn Erwin SELLERING in schriftlicher Form.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Katharina Jendis

**Anfrage des Abgeordneten Jörg Vierkant,
Fraktion der CDU für die Fragestunde in der
40. Sitzung des Landtages im April 2008
Drs.: 5/1436 vom 16.04.2008**

Mit zwei Anträgen aus 2001 bzw. 2006 hat das Hanse-Klinikum Stralsund die Bewilligung von Mitteln der Einzelförderung nach § 29 LKHG beantragt (vgl. Drucksache 5/1152). Geplant sind vor allem Maßnahmen zum Um- und Neubau des Krankenhauses ‚Am Sund‘ und des Krankenhauses ‚West‘. In den Verhandlungen mit dem Krankenhausträger hat das Sozialministerium bestätigt, dass aus krankenhausefachlicher Sicht die Notwendigkeit der Baumaßnahmen – auch in zeitlicher Hinsicht – gegeben ist.

Der Minister für Soziales und Gesundheit beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 25:

Warum wurde über die Anträge des Hanse-Klinikums Stralsund noch nicht entschieden bzw. beabsichtigt das Sozialministerium, hierüber eine Entscheidung zu treffen?

Antwort:

Wie Sie wissen, ist über diese Frage ein Rechtsstreit zwischen dem Krankenhausträger und dem Land Mecklenburg-Vorpommern anhängig.

Das Klinikum Stralsund hat bisher Einzelfördermittelbewilligungen in Höhe von rd. 90 Mio. Euro und Pauschal-fördermittel in Höhe von rd. 48 Mio. Euro erhalten. Nach dem Gesellschafterwechsel durch den Verkauf der städtischen Anteile an die Damp Holding AG (2004) wurde die abgestimmte Zielplanung durch den neuen Krankenhausträger überarbeitet. Dem Ministerium für Soziales und Gesundheit liegen weitere Einzelanträge aus der Zielplanung vor.

Die Förderwürdigkeit der vorliegenden Einzelfördermit-telanträge ist noch nicht abschließend geprüft, da u. a. ausreichende Mittel im Haushalt verfügbar sein müssen, um Detailprüfungen (HU-Bau) veranlassen zu können. In den Haushaltsjahren 2008 und 2009 konnten die vorlie-genden Anträge aufgrund anderer prioritärer Vorhaben keine Berücksichtigung finden. Für den Doppelhaus-halt 2010/11 werden zu gegebener Zeit Haushaltsmittel für prioritäre Vorhaben eingeworben.

Dem Krankenhausträger bleibt unbenommen, die geplanten Baumaßnahmen ohne Genehmigung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Frage 26:

Für welchen Zeitraum plant das Sozialministerium im Falle einer positiven Bescheidung der Anträge eine Einstellung der erforderlichen Haushaltsmittel in den Haushaltsplanentwurf der Landesregierung?

Antwort:

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.“

Zu Frage 27

„Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Abgeordnete Frau Irene Müller, Fraktion DIE LINKE hat im Rahmen der Fragestunde in der 40. Sitzung des Landtages eine Nachfrage zur Beantwortung der Frage 1a der Kleinen Anfrage Drs. 5/1359 ‚Situation der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen‘ gestellt. Die Abgeordnete fragte nach der aktuellen Zahl der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen, die ihre Personalausgaben anzupassen hätten.

Zwischenzeitlich hat sich ein neuer Sachstand hinsichtlich der Förderung von Schuldner-/Verbraucherinsolvenzberatungsstellen ergeben. Nach abschließender Einzelprüfung der vorliegenden Anträge werden in diesem Jahr keine Anpassungen wegen der Zugrundelegung der Einwohnerzahl auf den Stand vom 31.12.2006 notwendig sein. Ich habe insofern entschieden, den betreffenden Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2008 einzuräumen.

Die Zuwendungsbescheide für das Jahr 2008 wurden für die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen bis zur Höhe von 80 % (bisher freigegebene Haushaltsmittel) mit einer Ausnahme bereits erteilt. Vom Landkreis Ostvorpommern fehlt noch die verbindliche Aussage zur Mitfinanzierung der Schuldner-/Verbraucherinsolvenzberatungsstelle, so dass diese Bewilligung noch aussteht.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Wolfgang Schmülling“

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion DIE LINKE Für ein solidarisches Gesundheitswesen – Krankenhausinvestitionen als Landesaufgabe erhalten – Drucksache 5/1412 –

Jastimmen

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker

Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried

CDU

Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kuhn, Werner
Lenz, Burkhard
Lietz, Matthias
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Reinhardt, Marc
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Stein, Peter
Strenz, Karin
Timm, Udo

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	58
Gültige Stimmen	58
Jastimmen.....	17
Neinstimmen	41
Enthaltungen	-

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der NPD Erbenhaftung im SGB II

– Drucksache 5/1406 –

Jastimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Pastörs, Udo

Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Reinhardt, Marc
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Stein, Peter
Strenz, Karin
Timm, Udo

Neinstimmen

SPD

Dr. Till Backhaus
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Dr. Linke, Marianne
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Reese, Sigrun
Schnur, Toralf

CDU

Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Lenz, Burkhard
Lietz, Matthias

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	51
Gültige Stimmen	51
Jastimmen.....	5
Neinstimmen	46
Enthaltungen	-